
**Neue Planungsmodelle für das Soziale!
Erfahrungsaustausch und Prototyping unter deutschen und
Schweizer Expertinnen und Experten**

Dokumentation der Fachtagung am 28. und 29. Januar 2016 in der
Technischen Hochschule Köln im Rahmen des Forschungsvorha-
bens „Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung
im Alter“ (ISPIInoVA)

Herbert Schubert

Stephanie Bremstahler

Annika Hensel

Mareike Hammes

Katharina Kappler

Anna Nutz

Annabelle Schächinger

Julia Zinn



Forschungsschwerpunkt
Sozial • Raum • Management

Technology
Arts Sciences
TH Köln



Das diesem Bericht zugrundeliegende Vorhaben wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderlinie SILQUA-FH („Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“) unter dem Förderkennzeichen 03FH003SX4 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Praxispartner sind die Städte Bielefeld und Viersen sowie der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge und der Verein für Sozialplanung.

Wissenschaftlicher Kooperationspartner ist die Hochschule Luzern Soziale Arbeit in der Schweiz.

Projektleitung:

Prof. Dr. phil. Dr. rer. hort. habil. Herbert Schubert

Projektbearbeitung:

Stephanie Bremstahler, M.A.

Annika Hensel, M.A.

Karin Papenfuß, M.A.

Julia Zinn, B.A.

SRM-Arbeitspapier 63

Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management (SRM)
Technische Hochschule Köln
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften
Ubierring 48
50678 Köln
<http://www.th-koeln.de>
<http://www.sozial-raum-management.de>

Köln, im Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	6
1.1	Vorstellung des Projekts „ISPIInoVA“	7
1.2	Fachtagung	8
2	Dokumentation der Workshops zu den Dimensionen einer integrierten Sozialplanung	10
2.1	Workshop „Orientierung am Sozialraum“	10
2.1.1	Vorstellung der Teilnehmenden	10
2.1.2	Was bedeutet Sozialraumorientierung in Ihrer Kommune?	10
2.1.3	Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie sozialraumorientiert arbeiten können?	13
2.1.4	Wie muss sich das sozialraumorientierte Vorgehen in der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?	15
2.2	Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen der Adressaten“	16
2.2.1	Vorstellung der Teilnehmenden	16
2.2.2	Was bedeutet es in Ihrer Kommune orientiert an den Bedürfnissen der AdressatInnen zu planen?	17
2.2.3	Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie bedürfnisorientiert arbeiten können?	18
2.2.4	Wie muss sich das bedürfnisorientierte Vorgehen in der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?	21
2.3	Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	22
2.3.1	Vorstellung der Teilnehmenden	22
2.3.2	Was bedeutet Steuerung von Planungsprozessen in Ihrer Kommune?	22
2.3.3	Welche Bedingungen sind bei Ihnen für die Steuerung von Planungsprozessen gegeben?	23
2.3.4	Welche Bedeutung hat Steuerung für eine gelingende soziale Planung?	26
2.4	Workshop „Innovation in Strukturen und Prozessen“	27
2.4.1	Vorstellung der Teilnehmenden	27
2.4.2	Was bedeutet Innovation in Strukturen und Prozessen in Ihrer Kommune?	28
2.4.3	Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie Strukturen/Prozesse innovativ gestalten können?	29
2.4.4	Wie muss sich der Umgang mit Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?	31
2.5	Workshop „Beteiligung und Partizipation“	32

2.5.1	Vorstellung der Teilnehmenden	32
2.5.2	Was bedeutet Partizipation in Ihrer Kommune?	32
2.5.3	Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie partizipativ arbeiten können?	33
2.5.4	Wie muss sich das partizipative Vorgehen in der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?.....	36
2.6	Zusammenfassung der Ergebnisse	37
3	Dokumentation des Prototypings.....	39
3.1	Arbeitsgruppe „Altstädter“	42
3.1.1	Problemanalyse	42
3.1.2	Ideensammlung.....	42
3.1.3	Selektionsphase.....	43
3.1.4	Konstruktionsphase.....	43
3.2	Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	45
3.2.1	Problemanalyse	45
3.2.2	Ideensammlung.....	47
3.2.3	Selektionsphase	48
3.2.4	Konstruktionsphase.....	48
3.3	Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	49
3.3.1	Problemanalyse	49
3.3.2	Ideensammlung.....	51
3.3.3	Selektionsphase	53
3.3.4	Konstruktionsphase.....	54
3.4	Arbeitsgruppe „Blaue Funken“	55
3.4.1	Problemanalyse	55
3.4.2	Ideensammlung.....	57
3.4.3	Selektionsphase	57
3.4.4	Konstruktionsphase.....	58
3.5	Arbeitsgruppe „Rote Funken“	59
3.5.1	Problemanalyse	59
3.5.2	Ideensammlung.....	60
3.5.3	Selektionsphase	61
3.5.4	Konstruktionsphase.....	62

3.6 Zusammenfassung der Ergebnisse	63
3.6.1 Arbeitsgruppe „Altstädter“	63
3.6.2 Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	64
3.6.3 Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	65
3.6.4 Arbeitsgruppe „Blaue Funken“	66
3.6.5 Arbeitsgruppe „Rote Funken“	67
4 Synthese der Ergebnisse und Ausblick	68
4.1 Entwicklung eines integrierten Modells.....	69
4.2 Weiteres Vorgehen.....	74
5 Verzeichnisse	75
5.1 Literaturverzeichnis	75
5.2 Abbildungsverzeichnis	75
5.3 Tabellenverzeichnis	77
6 Anhang	78

Im nachfolgenden Text wird eine geschlechtsneutrale Sprache verwendet. Bei der konkreten Ansprache von Personen werden sowohl die weiblichen als auch männlichen Personen benannt.

1 Einführung

In der sozialen Daseinsvorsorge der Kommunen gibt die „Altenhilfeplanung“ (als operative Fachplanung) im Rahmen der örtlichen Sozialplanung (als übergeordnete strategische Planung sozialer Belange in der Kommune) für die Seniorenarbeit und die Altenhilfe traditionell Impulse und eröffnet neue Aktivierungs-, Unterstützungs- und Versorgungsperspektiven. Die kommunale Altenhilfeplanung erkundet die Lebenslagen der älteren Generationen im Ort und im Landkreis – zum Beispiel im Rahmen der Sozialberichterstattung – und leitet im Planungsprozess aus den empirisch ermittelten Bedarfen konkrete, umsetzbare Maßnahmen ab, die den älteren Einwohnern eine lange eigenständige Lebensführung ermöglichen sollen. Da sich die Bedürfnisse in der Generationenabfolge von Kohorte zu Kohorte sukzessiv verändern, besteht die Aufgabe der Altenhilfeplanung darin, die soziale Unterstützungsinfrastruktur weiterzuentwickeln und generationenspezifisch anzupassen.

In Folge des generationenbedingten Wandels der Bedarfsstrukturen sind auch die Konzepte, Modelle und Methoden der Sozialplanung selbst fortzuschreiben und die Chancen neuer Ansätze zu überprüfen. So wird vermehrt Kritik daran geäußert, dass die traditionelle Sozialplanung für ältere Menschen nicht ihre gesamte Lebenssituation berücksichtigt, sondern auf das sozialpolitische Feld der Altenhilfe enggeführt wird. Durch diesen eingeschränkten Blickwinkel der sozialen Fachplanungen werden die örtlichen Lebensräume und die Lebenswelten älterer Menschen institutionell zergliedert. Die Gesamtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge wurde mit dem Ausbau der Kommunalverwaltung im Sozialstaat seit etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts in funktionale Teilaufgaben zerlegt. Beispielsweise beschränkt sich die Altenhilfeplanung auf Angebote der Seniorenarbeit und Altenhilfe; relativ unabhängig davon konzentrieren sich die Gesundheitsplanung, die Planungen der Behindertenhilfe und auch die Bildungsplanung auf ihre jeweilige Feldzuständigkeit und auch die Wohn- und Stadtquartiersplanung entwickeln ein Eigenleben, obwohl die genannten Planungsfacetten aus Sicht vieler älterer Menschen zusammengenommen den Gesamtrahmen ihrer alltäglichen Lebensqualität abbilden.

Das Spektrum der Dienstleistungen vor Ort wird in eine Reihe unverbundener planerischer Zuständigkeiten zergliedert. Die Barrieren des Ressortdenkens und die fehlende Transparenz der – aus der Sicht der Adressaten – zergliederten Abläufe führen zu „operativen Inseln“, auf denen die Fachplanungen der verschiedenen Ressorts relativ isoliert voneinander Konzepte entwickeln, ohne deren Schnittstellen zu beachten. Wenn es darum geht, welches „Gesamtpaket“ an Hilfen und Förderungen ältere Menschen aus ihrer alltäglichen Sicht brauchen, findet zwischen den Funktionsbarrieren der Ressorts und Fachbereiche kaum eine vermittelnde Integration statt, wobei die Hierarchiebarrieren zwischen Ratsgremien, Kommunalverwaltung und operativen Stadtteileinrichtungen der freien Träger weitere Grenzen setzen. Es kann somit konstatiert werden, dass zwischen den Fachplanungen des Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Stadtentwicklungsbereichs Vermittlungswege zu einer integrierten sowohl generationenübergreifenden als auch zugleich generationendifferenzierenden Sozialplanung fehlen.

1.1 Vorstellung des Projekts „ISPIInoVA“

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bedarfsstrukturen älterer Menschen verändern und die Barrieren zwischen Ressorts und Fachbereichen eine integrierte, generationsübergreifende und passgenaue Konzeptentwicklung und Sozialplanung erschweren, empfiehlt sich die Restrukturierung der Sozialplanung für ältere Menschen nach einem innovativen Ansatz. Im Rahmen des Projekts ISPIInoVA („Integrierte Sozialplanung als Innovation in der Versorgung im Alter“), welches mittels der Förderlinie SILQUA („Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Zeitraum von 2014-2017 an der Technischen Hochschule Köln durchgeführt wird, wird ein erneuertes Modell bzw. verschiedene Module der „örtlichen Sozialplanung für die Versorgung im Alter“ entwickelt, erprobt und abschließend verbreitet. Ziel ist, dass das Modell die Grenzen des traditionellen Ansatzes der Altenhilfeplanung überwindet und unter *Versorgung* das *Aufrechterhalten aller Lebensgrundlagen im Alter* versteht.

Auf der Basis der eigenen lokalen Potenziale soll das neue Planungsmodell vor Ort (1.) Entwicklungsprozesse einer ressortübergreifenden Seniorenarbeit generieren und (2.) die Zielgruppe der älteren Menschen nicht von einer inklusiven (generationenübergreifenden) Gesamtstrategie der sozialen Planungen losgelöst betrachten. Im Fachdiskurs wird in jüngerer Zeit dafür ein integrierter Planungsansatz gefordert, in dem die sozialen Planungsperspektiven mit anderen Planungen der Daseinsvorsorge wie zum Beispiel der Gesundheitsplanung, Bildungsplanung und Stadtplanung verknüpft werden. Das Modell beinhaltet deshalb eine dreifache Integrationsstrategie: (1) Die verschiedenen Ressort- und Fachbereichsperspektiven – von sozialer Hilfe über Gesundheit, Kultur und Bildung bis hin zu Wohnen und Gestaltung des Stadtquartiers – werden aufeinander bezogen. (2) Die verschiedenen Bedarfsgruppen im kommunalen Raum werden inklusiv in einer „Planung für alle“ generationenübergreifend zusammengeführt. (3) Die integrierte Sozialplanung bezieht alle kommunalen Managementebenen mit ein (vgl. Abbildung 1).



Abbildung 1: Dreifache Integrationsstrategie im Projekt ISPIInoVA

Das Modell einer integrierten Sozialplanung für das Aufrechterhalten der Lebensgrundlagen im Alter soll im Praxisbezug entwickelt und erprobt werden. Die Technische Hochschule Köln kooperiert dazu mit strategischen und operativen Partnern. Die strategischen Partner sind: (1) der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge und (2) der Verein für Sozialplanung (VSOP). Als operative Praxispartner wirken die zwei Städte Bielefeld und Viersen aus Nordrhein-Westfalen mit. Im Hinblick auf Partizipation als methodisches Element der Sozialplanung wird auch mit der „Hochschule Luzern Soziale Arbeit“ in der Schweiz zusammengearbeitet.

Im Projektverlauf wurden der Status-Quo der Sozialplanung und gute Beispiele innovativer Ansätze in der Altenhilfeplanung im Rahmen einer onlinebasierten Good-Practices-Analyse zunächst ermittelt. Um die gesammelten Beispiele „guter Praxis“ vertiefend zu betrachten und die entsprechenden Vertreter der Praxisbeispiele im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs zusammenzubringen, veranstaltete das Projektteam der Technischen Hochschule Köln am 28. und 29. Januar 2016 eine Tagung mit dem Titel „Neue Planungsmodelle für das Soziale! Erfahrungsaustausch und Prototyping unter deutschen und Schweizer Expertinnen und Experten“.

Unter Einbezug von Erfahrungen mit der Beteiligungspraxis in Schweizer Städten sollten während der zweitägigen Tagung Prototypen einer integrierten Sozialplanung entwickelt werden. Für den weiteren Projektverlauf besteht das Ziel darin, die konzipierten Modelle bzw. prototypischen Module einer integrierten Sozialplanung auf eine Anwendungsperspektive zuzuschneiden. Im Anschluss sollen die konzipierten Module im Kontext der Praxis örtlicher Altenhilfeplanung bewertet, erprobt und evaluiert werden.

1.2 Fachtagung

Zu der Fachtagung mit dem Titel „Neue Planungsmodelle für das Soziale! Erfahrungsaustausch und Prototyping unter deutschen und Schweizer Expertinnen und Experten“, die im Rahmen des Projekts ISPIInoVA an der Technischen Hochschule Köln am 28. und 29. Januar 2016 stattfand, wurden unter anderem Vertreter von deutschen Gebietskörperschaften eingeladen, deren Sozialplanungsansätze im Rahmen der Onlinerecherche von Sozialplanungsbeispielen als gute Planungspraxis identifiziert wurden. Dazu zählten Akteure aus verschiedenen Landkreisen und Städten Deutschlands. Außerdem nahmen die strategischen Partner des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. sowie des Vereins für Sozialplanung e.V. an der Tagung teil. Aus der Schweiz waren Vertreter der Städte Schaffhausen und Chur anwesend. Ferner die Geschäftsführerin des „Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte“. Die Teilnehmerliste kann dem Anhang entnommen werden (vgl. Kapitel 0).

Im Vorfeld der Tagung wurden die Teilnehmer gebeten, eine einseitige Übersicht zu erstellen, die verschiedene Dimensionen der Sozialplanungspraxis deutlich macht (vgl. Kapitel 2). In diesem Zusammenhang nahmen sie dazu Stellung, inwiefern eine Orientierung am Sozialraum und an den Bedürfnissen der Adressaten gelingt, welches Steuerungsverständnis in ihrer Sozialplanungspraxis vorherrscht und wie mit Innovationen in den Strukturen und Prozessen der sozialen Planung umgegangen wird (vgl. auch Kapitel 6.2). Im Verlauf des zweitägigen Workshops erhielten die Vertreter der jeweiligen Gebietskörperschaften dann Gelegenheit, sich über ihre Planungsansätze auszutauschen. Darüber hinaus wurde am zweiten Tag der Tagung in die Methode des „Design Thinking“ eingeführt und dazu eingeladen, im Rahmen verschiedener Workshops an der gemeinsamen Ent-

wicklung von Prototypen einer integrierten Sozialplanung zu arbeiten (vgl. Tabelle 1). In den Kapiteln 2 und 3 werden die Ergebnisse der beiden Tage dokumentiert.

Tabelle 1: Programm der Fachtagung

Donnerstag 28.01.2016		Freitag 29.01.2016	
		09:00	Einführung in die Methode des „Design Thinking“
		09:30	Workshops: Entwicklung von Prototypen einer integrierten Sozialplanung
		11:30	Pause
12:00	Ankommen bei Fingerfood in der Rotunde, Claudiusstraße 1	12:00	Präsentation der Modell und abschließende Diskussion
12:30	Eröffnung und Begrüßung Impulsvortrag: Soziale Planung in der Schweiz und in Deutschland: Untersuchungsstand, Orientierungsrahmen und Dimensionen	13:30	Ende des Erfahrungsaustauschs
14:00	Workshops zu den Dimensionen der Sozialplanung		
16:00	Pause		
16:30	Diskussion der Ergebnisse im Plenum		
18:00	Schlussbemerkungen		
18:30	Ende des ersten Tages		

2 Dokumentation der Workshops zu den Dimensionen einer integrierten Sozialplanung

Die Hochschule Luzern Soziale Arbeit hatte im Rahmen eines Unterauftrags des Forschungsvorhabens ISPlnoVA Vergleichsdimensionen erarbeitet, anhand derer die soziale Planung in Schweizer Städten untersucht wurde. Die Synthese der Schweizer und der deutschen Forschungsergebnisse führte zur Identifizierung folgender Dimensionen der Sozialplanung:

- Orientierung am Sozialraum,
- Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten,
- Steuerungsverständnis in der sozialen Planung,
- Innovation in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung,
- Beteiligung und Partizipation.

Zur Konkretisierung der Forschungsergebnisse diskutierten die Tagungsteilnehmer in Arbeitsgruppen über Bedeutung, Bedingungen und notwendige Entwicklungen der Planungsdimensionen.

2.1 Workshop „Orientierung am Sozialraum“

Teilnehmende:

Birgit Anders	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Volkhard Dörr	Kreis Heinsberg
Rita Gisler	Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte RITA GISLER . STRATEGIEN für Alter und Gesundheit
Johannes Weber	Stadt Wiesbaden
Annika Hensel	Technische Hochschule Köln, Protokoll
Holger Spieckermann	Technische Hochschule Köln, Moderation

2.1.1 Vorstellung der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden stellen sich, ihre Gebietskörperschaft sowie ihre Arbeit in der Sozialplanung vor.

2.1.2 Was bedeutet Sozialraumorientierung in Ihrer Kommune?

Bevor die Teilnehmenden zur Beantwortung der Frage übergehen, merkt Herr Dörr an, dass die Formulierung „in Ihrer Kommune“ nicht zutreffend sei, da sie Landkreise nicht berücksichtigt. Im Einverständnis aller Anwesenden wird die Fragestellung deshalb in „Was bedeutet Sozialraumorientierung in Ihrem Wirkungsbereich?“ abgewandelt (vgl. Abbildung 2). Frau Gisler, die nicht in der Kommunalverwaltung tätig ist, weist darauf hin, sich bei der Beantwortung auf Städte, mit denen sie zusammenarbeitet, zu beziehen.

Herr Weber beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, dass Stadtteile die Orte seien, an dem soziales Leben stattfindet. Er berichtet, dass in der Stadt Wiesbaden Räume definiert seien, die sowohl für alle sozialen Dienste des Amtes als auch für die Sozialberichte der Jugendhilfe- und Altenhilfeplanung grundlegend seien. Als ein Beispiel für ein sozialraumorientiertes Vorgehen benennt Herr Weber die Wiesbadener Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter, die kleinräumig im Stadtgebiet angesiedelt seien und so eine Beratung vor Ort ermöglichen.

Als Planungs- und Arbeitsgrundlage diene in der Stadt Wiesbaden der Sozialatlas, der für die Altenhilfeplanung durch den Grundlagenbericht zur Altenhilfeplanung ergänzt und konkretisiert werde. Dieser werde alle 10 Jahre neu aufgelegt sowie kontinuierlich fortgeschrieben.

Herr Weber berichtet weiter von Indikatoren zur Bestimmung der sozialen Bedarfslage der Stadtteile („Belastungs-Indikatoren“), mit deren Hilfe in Wiesbaden benachteiligte Stadtteile identifiziert und Entwicklungen beobachtet werden können. Sie seien auch für die Altenhilfeplanung von Bedeutung.

Einrichtungen der Altenhilfe seien in Wiesbaden auch in den Stadtteilkonferenzen vertreten, spielen dort allerdings neben der Jugendhilfeplanung noch eine zu geringe Rolle.

Als Fragen wirft Herr Weber auf, wie sichergestellt werden könne, dass die Planung in den „richtigen“ Stadtteilen ansetze, ob die Belastungs-Indikatoren für eine genaue Identifizierung von Planungsbedarfen ausreichen und ob der Ressourceneinsatz vor Ort passgenau sei.

Herr Dörr berichtet aus dem Kreis Heinsberg, dass sich die Definition des Sozialraumbegriffs dort nach dem Verständnis des MAIS richte, nach dem ein Sozialraum etwa 10.000 bis 15.000 Einwohner umfasse. Diese Definition sei politisch anerkannt und vor allem aus statistischen Gründen sinnvoll. Sie berge aber im Hinblick auf eine lebensraumorientierte, an den Erfahrungen der Adressaten anknüpfende Planung Schwierigkeiten. Aus diesem Grund sei der Kreis Heinsberg in über 20 Sozialräume und 64 Quartiere gegliedert. Quartier meine dabei eine von den Bewohnern empfundene Einheit und stelle somit keinen statischen Begriff dar. Deshalb sei beispielsweise im Rahmen einer Studie, die von der RWTH Aachen durchgeführt wurde, eine Kommune in fünf anstelle der bisher zugrunde gelegten vier Quartiere gegliedert worden.

Nach Herrn Dörr kennzeichne sich Sozialraumorientierung im Kreis Heinsberg außerdem in Form eines regelmäßigen Sozialraummonitorings. Sozialraumbudgets entsprechen bisher zwar nicht der Realität, seien seiner Meinung nach jedoch sinnvoll und richtungsweisend. Ein sozialraumorientiertes Vorgehen manifestiere sich zudem in Sozialraumkonferenzen. An diesen sollen nicht nur Akteure, die im Sozialraum aktiv sind oder ausgewählte Zielgruppe teilnehmen, sondern sie müssen multidimensional angelegt sein und der Bündelung von Ressourcen dienen.

Einen hohen Stellenwert spricht Herr Dörr einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen zu. Sie erfordere aufgrund der kleinräumigen Datenanalyse ein höchst sensibles Vorgehen und stelle deswegen eine hohe Anforderung an die Herstellung von Transparenz, um Stigmatisierungen von Quartieren weitestgehend zu vermeiden. Frau Anders verweist an dieser Stelle auf den Landkreis Schmalkalden-Meinungen. Ein aktuell durchgeführtes kleinräumiges Vorgehen verdeutliche dort, dass eine solche Zusammenarbeit möglich sei. So haben bspw. die Bürgermeister der beteiligten Kommunen den Nutzen einer Kooperation und die gemeinsamen Problemlagen als Chancen erkannt.

Frau Anders berichtet weiter, dass Sozialräume im Landkreis Schmalkalden-Meiningen in ländlichen Regionen den politischen Grenzen, also den (Verbands-) Gemeinden entsprechen. Die Städte hingegen seien in einem gemeinsamen Prozess mit den Stadtplanungämtern in Sozialräume gegliedert. Planungsrelevante Daten erhebe der Landkreis weitestgehend selbständig, um eine Verzerrung der Ergebnisse durch Anonymisierungsprozesse zu vermeiden. Auch die Auswertung obliege dem Landratsamt. Im Rahmen eines Projekts mit der Fachhochschule Erfurt werden die erhobenen Daten verglichen, Indikatoren übereinander gelegt und so die Erlangung neuer, innovativer Erkenntnisse erwartet.

Frau Gisler stellt heraus, dass Sozialraumorientierung im Alterswesen in der Schweiz ein neueres Thema sei und im Zuge der Diskussionen über Dezentralisierungsprozesse aktuell an Bedeutung gewinne.

Um darzustellen, wie sich ein sozialraumorientiertes Vorgehen in der Schweiz darstelle, wählt sie als Beispiel die Stadt Bern. In Bern gebe es sechs fest definierte Stadtteile, in denen alle zwei Jahre Stadtteilkonferenzen stattfinden. Allerdings werde in der Schweiz vor allem in Quartieren und Nachbarschaften gearbeitet. Diese seien nicht planerisch festgelegt, sondern stellen „gelebte Räume“ dar, Räume, mit denen sich die Bewohner identifizieren. In diesen Räumen werden mit den sozialen Dienstleistungsanbietern Leistungsverträge geschlossen, um informelle, nachbarschaftliche Zusammenarbeit zu formalisieren. Die Autonomie der einzelnen Gemeinden sei in der Schweiz bei allen Planungsvorhaben besonders wichtig.

Da es bis auf die Stadtteile, die fest definiert sind und anhand derer bspw. Schulen geplant werden, in Bern wenig Vorgaben gebe, könne sich Planung stark an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren.

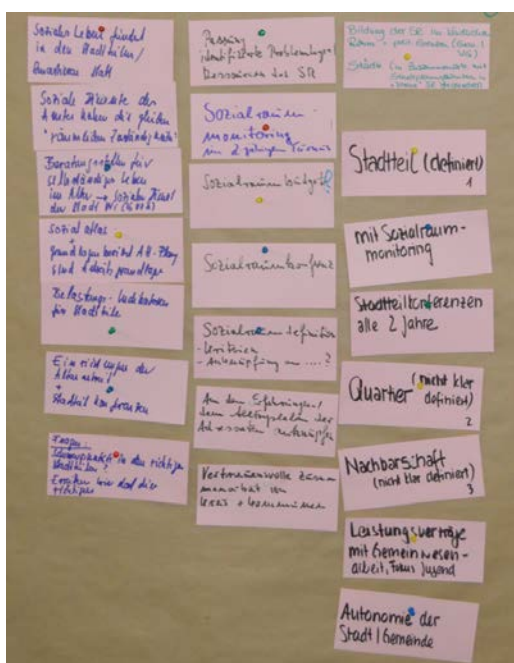


Abbildung 2: Bedeutung einer sozialraumorientierten Sozialplanung – Workshop „Orientierung am Sozialraum“

2.1.3 Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie sozialraumorientiert arbeiten können?

Hinsichtlich der Organisationsform machen die Teilnehmenden darauf aufmerksam, dass eine Verortung der Planungseinheit direkt unter der Abteilungs-/Fachbereichsleitung die Planung erleichtern würde, da Abstimmungen auf kurzem Wege getroffen werden können. Dies könne auch durch die Einbindung und Beteiligung der Abteilungs-/Fachbereichsleitung erreicht werden. Steuerungsgruppen, die sich der Sozialplanung widmen, wären ebenfalls zielführend (vgl. Abbildung 3).



Abbildung 3: Organisationsform und Ressourcen – Workshop „Orientierung am Sozialraum“

Eine Herausforderung stellen die unterschiedlichen rechtlichen, organisatorischen Grundlagen und Strategien der Landkreise und Kommunen dar. Sie müssen bei der Planung berücksichtigt und diese entsprechend angepasst werden.

Als wichtige Ressource wird die Kontinuität der Sozialplanung und der Sozialberichterstattung benannt. Langfristige Zielsetzungen und Finanzierungen seien ausschlaggebend für eine erfolgreiche Planung.

Herr Weber ergänzt, dass Sozialplanung diskursiv und somit als Ko-Produkt eines größeren Dialogs entstehen müsse. Dies könne bspw. durch eine partizipative Sozialberichterstattung verwirklicht werden.

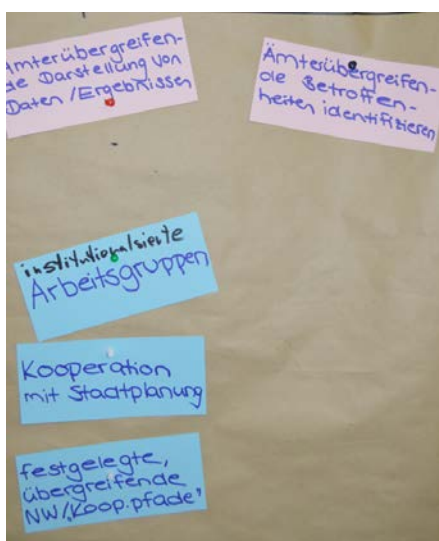


Abbildung 4: Verwaltungsinterne Kooperationen – Workshop „Orientierung am Sozialraum“

Als bedeutsame verwaltungsinterne Kooperationen benennen die Teilnehmenden institutionalisierte Arbeitsgruppen sowie die Zusammenarbeit mit der Stadtplanung. Die Identifizierung ämterübergreifender Betroffenheit könne hier ebenso hilfreich sein wie eine ämterübergreifende Darstellung von Daten und Ergebnissen. Zudem würden festgelegte „Kooperationspfade“, also definierte, ämterübergreifende Netzwerke den Weg für eine verwaltungsinterne Zusammenarbeit ebnen (vgl. Abbildung 4).

Hinsichtlich verwaltungsexterner Kooperationen merkt Herr Weber an, dass Plattformen für Austausch- und Aushandlungsprozesse notwendig seien. Diese sollten sozialraum- und systemübergreifend sein. Frau Anders berichtet, dass eine solche Plattform in Thüringen vom Land bereitgestellt werde. Dies sei im Hinblick auf den Verhandlungsbedarf zwischen Kommunen und Landkreisen sinnvoll, da so Neutralität sichergestellt werden könne, der es bei einer Plattform, die direkt dem Landkreis angeschlossen ist, fehle (vgl. Abbildung 5).

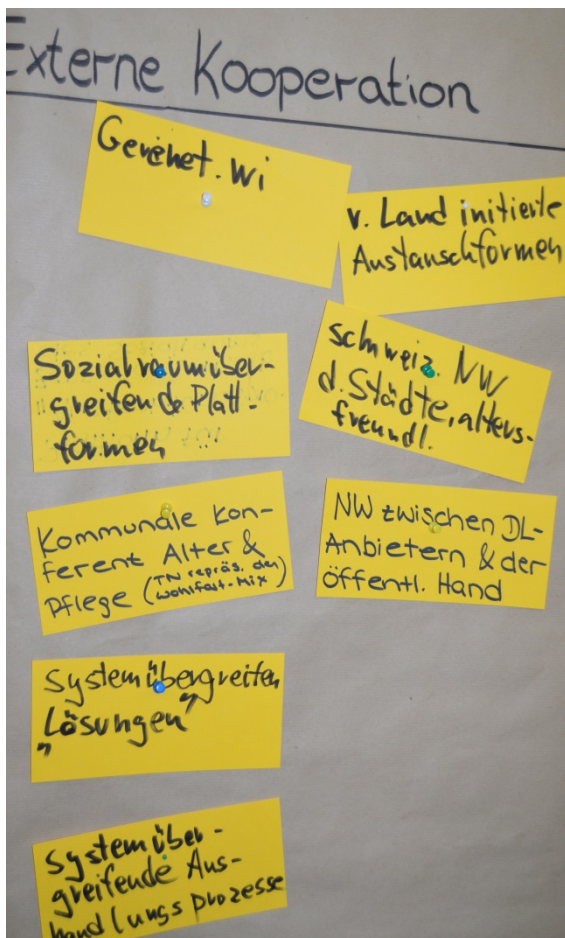


Abbildung 5: Verwaltungsexterne Kooperationen – Workshop „Orientierung am Sozialraum“

In der Schweiz bietet das Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte eine solche, landesweite Plattform, berichtet Frau Gisler. Mit dem Ziel das Konzept der WHO zu altersfreundlichen Städten zu verbreiten und zu diskutieren, treffen sich in diesem Rahmen regelmäßig Vertreter Schweizer Städte.

Als ein weiteres Beispiel für ein Netzwerk, das über die Verwaltung hinausreicht, benennt Herr Weber GeReNet.Wi (Netzwerk für geriatrische Rehabilitation). Es ermögliche in Wiesbaden allen Dienstleistern und Einrichtungen, die sich mit älteren Menschen beschäftigen, einen Raum zum Austausch und zur Zusammenarbeit.

Demselben Ziel diene die Kommunale Konferenz Alter und Pflege im Kreis Heinsberg. Herr Dörr erzählt, dass zu den regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen Vertreter der örtlichen Einrichtungen und Institutionen kommen, um gemeinsam Entscheidungen bezüglich der Altenhilfe- und Pflegeplanung im Kreis zu treffen und ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren.

2.1.4 Wie muss sich das sozialraumorientierte Vorgehen in der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?

Die Teilnehmenden stellen fest, dass sich soziale Planung künftig mehr als Steuerung verstehen müsse und in diesem Zuge einen wirkungsorientierten Ansatz verfolgen solle. Dies könne unter anderem durch regelmäßige Evaluationen sichergestellt werden.

Zudem müssen die Ressourcen im Sozialraum besser gebündelt und verstärkt für ältere Menschen eingesetzt werden, deren Berücksichtigung bisher an vielen Stellen zu kurz gekommen sei.

Kooperationen zwischen Hochschulen und der Kommunalverwaltung seien künftig richtungsweisend. Der Vergleich der wissenschaftlichen und der Praxisperspektive könne zu neuen Erkenntnissen führen. Hochschulen können des Weiteren die Funktion eines Moderators übernehmen und als externer Akteur das Planungsgeschehen neutral koordinieren und begleiten (vgl. Abbildung 6).

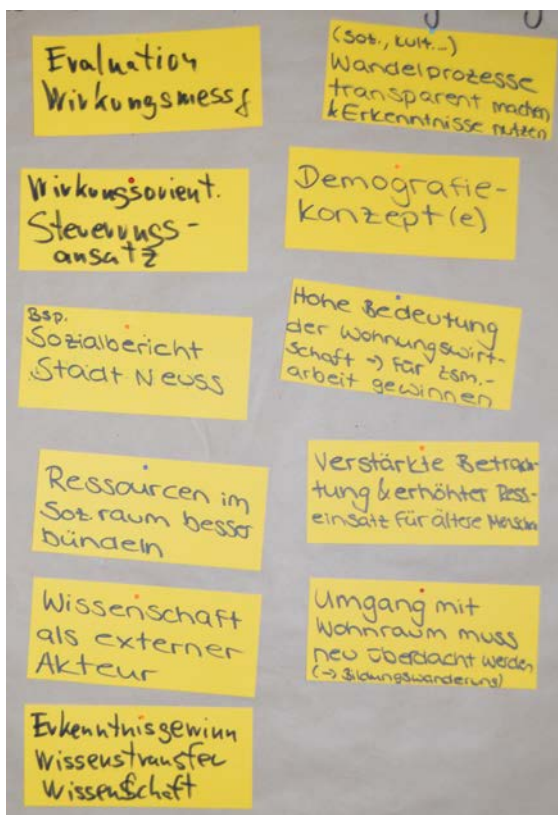


Abbildung 6: Entwicklungsperspektiven – Workshop „Orientierung am Sozialraum“

Einen besonderen Fokus legen die Teilnehmenden auf soziale und kulturelle Wandelprozesse, die auch in Zukunft für die soziale Planung von großer Relevanz seien. Es gelte deshalb, diese transparent zu machen und aus bereits vollzogenen Wandelprozessen zu lernen. So wird vermutet, dass bspw. die Handhabung der aktuellen Herausforderungen, die mit der wachsenden Zahl an Flüchtling, die nach Deutschland und in die Schweiz einreisen, einhergehen, zu neuen Handlungs- und Vorgehensweisen in der sozialen Planung führen könne. Diese Lösungsansätze können auch für folgende Veränderungen genutzt werden. Neben dem Umgang mit Flüchtlingen benennen die Teilnehmenden die demografischen Veränderungen als wichtiges Thema, das die soziale Planung künftig beschäftigen wird. Vor diesem Hintergrund werde die Erstellung von Demografiekonzepten immer wichtiger. Auch die Bildungswanderung, die Fluktuation junger, gebildeter Menschen vom Land in die Städte, stelle vor allem für ländliche Regionen in Zukunft eine Herausforderung dar. In diesem Zuge müsse unter anderem der Umgang mit (leerstehendem, ungenutztem) Wohnraum neu überdacht werden. Hier werde die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, wie bspw. der Wohnungswirtschaft an Bedeutung gewinnen.

2.2 Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen der Adressaten“

Teilnehmende:

Karin Knaup	Stadt Wiesbaden
Martin Polenz	Stadt Arnsberg
Bernd Quick	Stadt Mainz
Simon Stocker	Stadt Schaffhausen
Annabelle Schächinger	Technische Hochschule Köln, Protokoll
Prof. Herbert Schubert	Technische Hochschule Köln, Moderation

2.2.1 Vorstellung der Teilnehmenden

Zu Beginn stellen sich die Teilnehmer des Workshops nacheinander vor. Im Verlauf der Vorstellungsrunde merkt Herr Polenz an, dass er keine aktive und direkte Sozialplanung gestalten kann, da dies in den Aufgabenbereich des Landkreises falle. Dieser übermittle die erhobenen Daten sowie eine daraus abgeleitete Handreichung im Anschluss an die kreisangehörigen Städte. Zwar nutze Herr Polenz in der Fachstelle Zukunft Alter der Stadt Arnsberg die Daten, er würde sich jedoch eine genaue Auslegung der Handreichung auf die Stadt Arnsberg wünschen.

Herr Stocker, Stadtrat der Stadt Schaffhausen (Schweiz), erläutert seine Position – er führt aus, dass in der Funktion eines Stadtrates Strukturen und Prozesse der Sozialplanung angestoßen, kontrolliert sowie geplant werden.

2.2.2 Was bedeutet es in Ihrer Kommune orientiert an den Bedürfnissen der AdressatInnen zu planen?

Frau Knaup, die als Sozialplanerin im Amt für Soziale Arbeit in der Abteilung 'Grundsatz und Planung' arbeitet, berichtet, bei der Sozialplanung in Wiesbaden sei hervorzuheben, dass die aktuelle Ausrichtung auf Grundlage des innovativen Konzepts „Capability-Approach“ stattfinde. Im Fokus stehe dabei die Orientierung an den Bedürfnissen der Adressaten – basierend auf ihren Lebenslagen, da die Adressaten die Experten ihrer Lebenswelt seien. Frau Knaup merkt jedoch an, dass die für einen lebenslagenorientierten Planungsansatz grundlegende Mehrdimensionalität hinsichtlich der rechtlichen Bedarfsgrundlagen kaum für die Sozialplanung zu erfüllen sei. In der Praxis stehe hauptsächlich die Befriedigung der Grundbedürfnisse im Vordergrund.

Herr Quick, Sozialplaner in der Stadtverwaltung Mainz im Amt für soziale Leistung, berichtet, dass Aufgabe der dortigen Jugend- und Sozialplanung ein bedürfnis- und bedarfsorientiertes Ausgestalten und Weiterentwickeln unterschiedlicher kommunaler sozialer Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern sei. Hier sei besonders anzumerken, dass sich der Bedarf, der von Experten als solcher definiert wird, deutlich von den tatsächlichen Bedürfnissen der Adressaten unterscheide. Die Stadt Mainz Sorge deshalb für dynamische Rückkopplungsmöglichkeiten zwischen den Abteilungen der Verwaltung. Zudem setze die Sozialplanung auf den Aufbau und die Stärkung von Selbstorganisation der Adressaten im Sozialraum, die durch das Ausbilden und die Einbindung von Multiplikatoren unterstützt werden.

Einen Ansatz zur Stärkung der Selbstorganisation von Adressaten verfolge auch die Zukunftsagentur | Fachstelle Zukunft Alter der Stadt Arnsberg, vertreten durch Herrn Polenz. In Form von Maßnahmen, die mit Bürgern und der Verwaltung abgestimmt seien, sowie durch eine integrierte Planung werde dieser Ansatz gefördert. Neben der Versorgung auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen sei es hier ein Anliegen durch ein bedürfnisorientiertes Vorgehen zur Entlastung der Adressaten beizutragen. Dies gelinge nach Polenz aber nur, wenn die Bedürfnisse vor Ort auch erkannt werden. Daher werde für eine formelle und eine informelle Kommunikationsstruktur gesorgt. Die Verwaltung sehe sich als Dienstleister und verstehe ihre Aufgaben einerseits in der Administration und Planung sowie andererseits in der Gewährleistung einer Bürgerkommune mit niederschwelligem Zugang (bspw. „Kultur der offenen Türen“).

In der schweizerischen Gemeinde Schaffhausen bedeute Bedürfnisorientierung, dass die quartiers- und siedlungsspezifischen Gegebenheiten erkannt sowie beachtet werden, führt Herr Stocker an. Dies werde durch eine mit dem Sozialatlas vergleichbare Methode regelmäßig erhoben. Die Ergebnisse des Berichts werden weitergehend zur Angebotsplanung verwendet und seien die Grundlage für die weitere Ausgestaltung der verwaltungsinternen Sozialplanung. Die Schwierigkeit der Angebotswahrnehmung sehe er in der Kommunikation. Sie sei durch unterschiedliche und neue Medien, Formen und Strukturen immer wieder zu hinterfragen.

Abschließend sei festzuhalten, dass die gesetzlich bestimmten Bedarfe der Adressaten nicht zwangsläufig mit den tatsächlichen Bedürfnissen übereinstimmen. Die Sozialplanung müsse sich daher der Frage stellen, ob der gesetzliche Bedarf das Minimum oder das Maximum für die Adressaten darstelle (vgl. Abbildung 7).

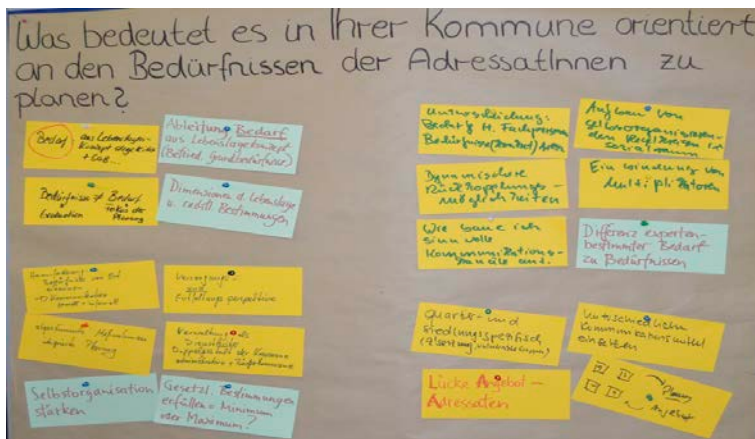


Abbildung 7: Bedeutung einer an den Bedürfnissen orientierten Sozialplanung – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“

2.2.3 Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie bedürfnisorientiert arbeiten können?

Eine bedürfnisorientierte Arbeit bzw. Planung sei von den gegebenen verwaltungsinternen Strukturen abhängig. Die Teilnehmenden berichten über Organisationsformen von Fachstellen bzw. Stabsstellen innerhalb der Verwaltungen, deren Gründung sowie Arbeitsaufträgen ein (zielgruppenspezifisches) bedürfnisorientiertes Verständnis zugrunde liege (beispielsweise die Stabsstelle Quartiersentwicklung der Stadt Schaffhausen). Zudem werden diese Fachstellen in interne Netzwerke einbezogen und mit dem Aufbau sowie der Pflege eines verwaltungsexternen Netzwerkes beauftragt. Es wird festgehalten, dass die unterschiedlichen internen Organisationsformen so die Chance bieten würden, als Kommunikator für die Sozialplanung nach 'außen' und nach 'innen' zu wirken (vgl. Abbildung 8).

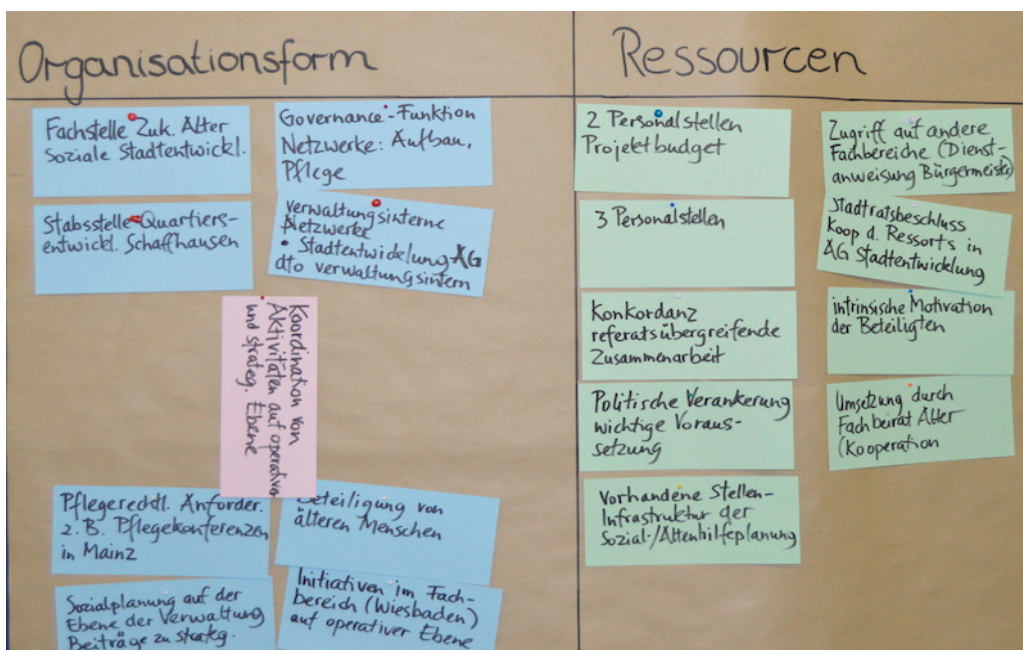


Abbildung 8: Organisationsformen/ Ressourcen – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“

Herr Stocker ergänzt, dass die Bedürfnislage der Adressaten durch übergeordnete Projektarbeit häufig schneller und effektiver erfasst und bedient werden könne. Dabei würden die verwaltungs-internen Strukturen ausgehebelt und eine direkte Planung am Projekt ermöglicht. Zudem würde bei gezielten Projekten die intrinsische Motivation der einzelnen Projektpartner geweckt und so gegebenenfalls bessere Ergebnisse erzielt.

Es wird festgehalten, dass die Koordination von Aktivitäten auf operativer sowie strategischer Ebene bei allen Verwaltungen der am Workshop Teilnehmenden von besonderer Bedeutung sei.

Auf Seiten der zur Verfügung stehenden Ressourcen wird der Zugriff auf andere Fachbereiche/Ämter benannt, beispielsweise in Form von Kooperationen zwischen den Ressorts, die durch Dienstanweisungen des Bürgermeisters oder durch Stadtratsbeschlüsse festgelegt werden. Diese politische Verankerung schaffe eine der wichtigsten Voraussetzungen zur referats-übergreifenden Zusammenarbeit. Auch die Gewährleistung der notwendigen Stelleninfrastruktur stelle eine wichtige Ressource dar.

Hinsichtlich der verwaltungsinternen Kooperationen benennen die Teilnehmenden ämterübergreifende Zusammenarbeiten, unter anderem in Form fester Kooperationen, Projektgruppen oder Arbeitskreise. Herr Stocker und Herr Polenz sind sich darüber einig, dass dies aber nur funktioniere, wenn die Politik einen Auftrag darin sehe, herauszufinden, ob es über den gesetzlichen Bedarf hinaus noch zu ergründende Bedürfnisse der Adressaten gibt.

Bei den verwaltungsexternen Kooperationen erläutert Herr Polenz, dass die bedürfnisorientierte Sozialplanung der Zukunftsagentur durch langjährige Präsenz bei öffentlichen Veranstaltungen und Arbeitskreisen zu betreffenden Themen und Zielgruppen gefördert werde. Die persönliche Präsenz, beziehungsweise das persönliche Engagement, habe ebenfalls positive Effekte, da sie zur Gestaltung der Schnittstelle Verwaltung und Bürger beitrage und die Kommunikation erleichtere. Dem schließt sich Herr Quick an und betont dabei die in Mainz fest etablierte regionale Verbandsarbeit.

Frau Knaup aus der Landeshauptstadt Wiesbaden benennt zudem wichtige Kooperationspartner wie die Wissenschaft (Hochschulen), Politik (Bundesland Hessen) und andere Städte und Leistungserbringer.

Gemeinsam wird festgestellt, dass sowohl interne als auch externe Kooperationen zum Thema bedürfnisorientierte Sozialplanung eng miteinander verzahnt seien. So Sorge unter anderem eine große Anzahl an Arbeitsgruppen, Fachbeiräten, Netzwerken und Projektarbeiten für einen gegenseitigen Austausch und lasse die Grenzen zwischen „verwaltungsintern“ und „verwaltungsextern“ schmelzen (vgl. Abbildung 9).

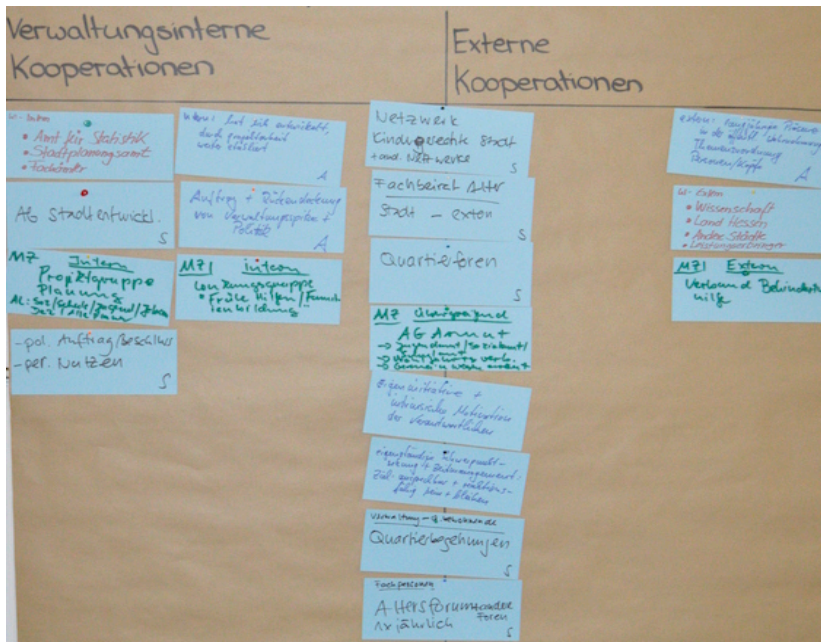


Abbildung 9: Verwaltungsinterne/verwaltungsexterne Kooperationen – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“

Als ein realisiertes bedürfnisorientiertes Angebot beschreibt Frau Knaup beispielsweise die Versorgung mit einem im Notfall benötigten stationären Heimplatz beziehungsweise einer ambulanten Pflegehilfe. Sie betont, dass die Sicherstellung dieses Angebotes vom Erfolgsfaktor 'Zeit' abhängt. Je schneller das Angebot realisiert werden könne, desto erfolgreicher sei die bedürfnisorientierte Planung.

Herr Stocker aus der Stadt Schaffhausen benennt als realisiertes bedürfnisorientiertes Angebot die Förderung der bürgerlichen Selbstorganisation, wie zum Beispiel die Unterstützung bei der Realisierung eines Seniorencafés. Hier sei der Erfolgsfaktor in der 'Kommunikation' sowie in der 'Sicherstellung der Problemlösung' zu sehen. Es reiche nicht nur aus, den Adressaten die Gelegenheit zu geben, ihre Bedürfnisse zu äußern, sondern es müsse darauffolgend auch sichergestellt werden, dass diese befriedigt werden.

In der kreisangehörigen Stadt Arnsberg wird, so Herr Polenz, das Angebot nach öffentlichen Begegnungsmöglichkeiten wie Stadtteilwohnzimmer realisiert. Dabei sei ein besonderer Erfolgsfaktor für die bedürfnisorientierte Planung die 'Aktivierung'. Das Identifizieren von Potenzialen seitens aller Stakeholder könne so nutzbar gemacht werden (vgl. Abbildung 10).

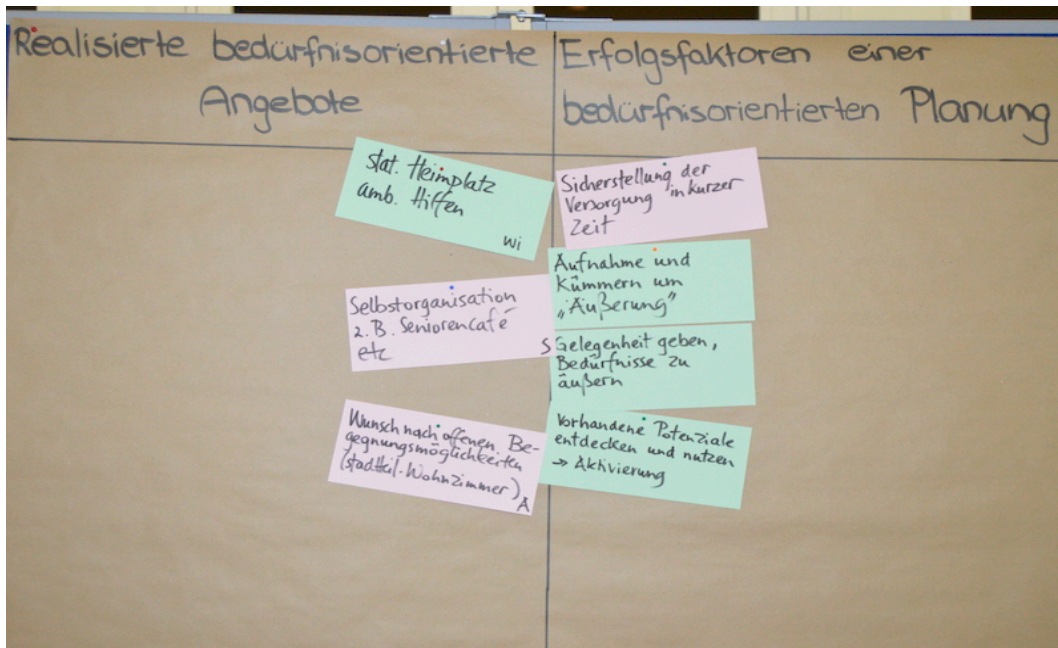


Abbildung 10: Realisierte Angebote / Erfolgsfaktoren – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“

2.2.4 Wie muss sich das bedürfnisorientierte Vorgehen in der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?

Als Grundlage einer gelungenen bedürfnisorientierten sozialen Planung sehen die Teilnehmenden die Nutzung verschiedener Wege der Kommunikation zwischen Sozialplanung und Adressaten. Durch die unterschiedlichen Medien sowie die speziellen Beziehungssysteme können Adressaten erstmals erreicht und angesprochen werden, um im nächsten Schritt Auskunft über ihre Lebenslagen und daraus abgeleitete Bedürfnisse zu geben, die wiederum in die Sozialplanung mit einbezogen werden können.

Die Teilnehmenden stellen weiterhin fest, dass die Potenziale der vulnerablen Bevölkerungsgruppen gezielt erkannt sowie aktiviert werden müssen. Dabei sei die Defizitbetrachtung und Zielgruppenstigmatisierung zukünftig kritisch zu hinterfragen, um der Heterogenität der Bevölkerung gerecht werden zu können. Zudem schaffe die Fokussierung einer speziellen Personengruppe Exklusion, was zu vermeiden sei. Die Sozialplanung soll hier Inklusionsstrategien miteinbeziehen. Das Ziel bestehe dabei darin, die Entwicklung der Stadt in sozialer Hinsicht als inklusiv zu verstehen und zu betreiben.

Weiterhin plädieren die Teilnehmenden für eine gesetzliche Grundlage zur Sozialplanung. Die derzeitige Versorgungslandschaft sei - zum Leidwesen der Adressaten - nicht verpflichtet, sich auf die Bedürfnisse auszurichten, die über den gesetzlichen Bedarf hinausgehen. Dabei bleibe die Sozialplanung lediglich Re-aktiv statt Pro-aktiv und verkenne den politischen Auftrag und dessen Erfüllungspflicht, der sich auch aus der Bedürfnislage ableite. Die Teilnehmenden würden sich wünschen, dass die Bedarfe nach der SGB VIII-Logik anstatt nach der SGB XII-Logik gedeckt würden. Eine umfassende Sozialplanung, die Bedarfe und Bedürfnisse zusammenfasst, sei die Sozialplanung der Zukunft. Dazu ein Zitat von Frau Knaup (Wiesbadener Leitspruch des Sozialamtes): „Wir sind nicht nur für die armen Alten da, aber in erster Linie besonders für diese.“ (vgl. Abbildung 11).

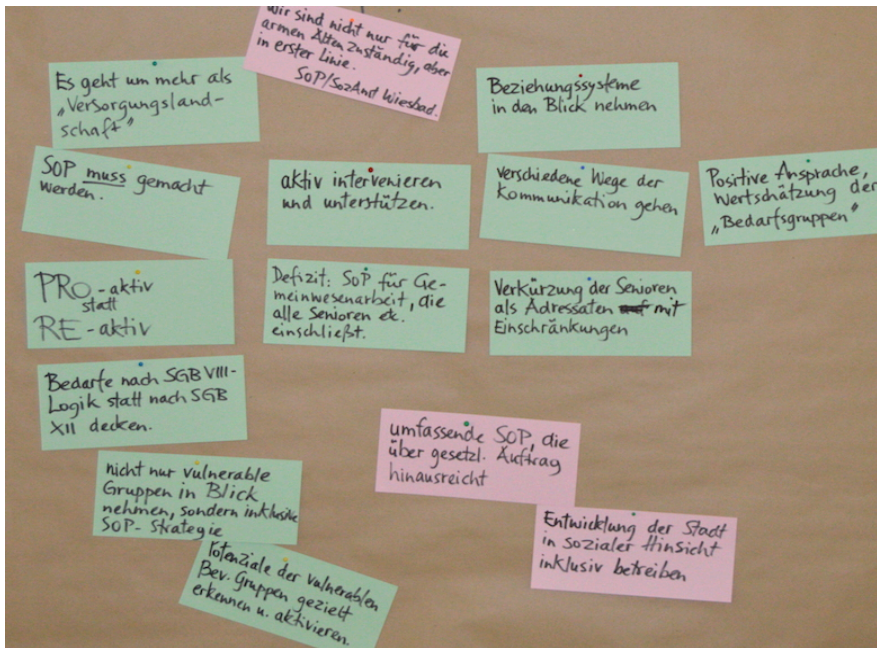


Abbildung 11: Entwicklungsperspektiven – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“

2.3 Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

Teilnehmende:

Anna Hampe	Bezirk Hamburg-Altona
Uwe Hellwig	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Prof. Gerrit Köster	Stadt Aachen
Annina Meinherz	Stadt Chur
Katharina Kappler	Technische Hochschule Köln, Protokoll
Prof. Jürgen StremLOW	Hochschule Luzern Soziale Arbeit, Moderation

2.3.1 Vorstellung der Teilnehmenden

Der Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“ beginnt mit einer knappen Darstellung des Ablaufs durch den Moderator, der anschließend eine kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer einleitet. Hier treten bereits Besonderheiten der sozialen Planung in den einzelnen Kommunen hervor: So gebe es nach Frau Meinherz zum einen regionale Sozialdienste in ländlich geprägten Bergtälern in der Schweiz und zum anderen stellt Prof. Köster einen qualitativen und partizipativen Ansatz der Sozialraumorientierung (Einteilung in Lebensräume) heraus.

2.3.2 Was bedeutet Steuerung von Planungsprozessen in Ihrer Kommune?

Der thematische Einstieg erfolgt anhand der Leitfrage: Was bedeutet Steuerung von Planungsprozessen in Ihrer Kommune? In Form eines Brainstormings schreiben die Teilnehmer hierzu Aspekte

auf Karten, die anschließend zunächst auf der Metaplanwand gesammelt und in einem nächsten Schritt, unter Anleitung des Moderators, zu Clustern zusammengefasst werden. Im Austausch treten verschiedene Dimensionen bei der Steuerung von Planungsprozessen hervor, welche Überschneidungen hinsichtlich des Steuerungsverständnisses in den verschiedenen Kommunen deutlich machen. So stellen folgende Dimensionen wichtige Aspekte der Steuerung dar: Partizipation, Finanzen, Strategie und Umsetzung, Kooperation auf Arbeitsebene, ein mittel- und langfristiger Planungshorizont, Koordination/Strukturen, Analyse und Sozialraumorientierung.



Abbildung 12: Bedeutung von Steuerung von Planungsprozessen in der Kommune – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

In der Diskussion stellt sich insgesamt heraus, dass bei den Teilnehmern eine kurzfristige, situative und punktuelle Steuerung – wie sie Frau Meinherz für ihre Kommune anspricht – einer mittel- und langfristigen Steuerung, welche basisorientiert, partizipativ und sozialräumlich angelegt sei, entgegenstehe. Auch können fehlende legislaturbezogene Ziele zu einer punktuellen Steuerung führen. Zudem würden Steuerungsimpulse über Finanzen das Vorgehen auf kurzfristige und kurzfristige Entscheidungshorizonte beschränken (vgl. Abbildung 12).

2.3.3 Welche Bedingungen sind bei Ihnen für die Steuerung von Planungsprozessen gegeben?

Hinsichtlich der Frage, welche Bedingungen für die Steuerung von Planungsprozessen in den einzelnen Kommunen gegeben sind, werden unterschiedliche Aspekte betrachtet. In Bezug auf die

Rolle der politischen Unterstützung herrscht Einigkeit darüber, dass ein politischer Auftrag eine wesentliche Unterstützung für die Steuerung und Planung darstelle. Allerdings bemängelt Frau Hampe, dass oftmals ein politischer Auftrag fehle und somit Initiative gefragt sei: Man müsse sich den politischen Auftrag einholen, auch vor dem Hintergrund des potentiellen Risikos zu scheitern. Hinsichtlich der Entscheidungsbefugnisse der Steuerung von Planungsprozessen identifizieren die Teilnehmer eine Ansiedlung als Stabstelle als vorteilhafter für die Durchsetzung von Befugnissen gegenüber einer Ansiedlung in der Linie, da eine Stabstelle im Optimalfall Übersicht und Zugriff auf unterschiedliche Bereiche nehmen könne. Damit sei ein direkter Zugang zur „Macht“ und ein Mitspracherecht gewährleistet, wohingegen in der Linie Hierarchiestrukturen umgangen werden müssen. In der weiteren Diskussion nehmen die Teilnehmer eine Begriffsschärfung vor, indem sie die „Steuerung von oben“ der „Steuerung von unten“ gegenüberstellen. Im Austausch verfestigt sich die Ansicht, dass ein verbindlicher Bescheid „von oben“ eine Notwendigkeit und Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der „Steuerung von unten“, in den Stadtteilen, darstelle. Für das Quartiersmanagement seien folglich Handlungskompetenzen notwendig. In Konsequenz erhält bei den Teilnehmern die „Steuerung von unten“ eine gesteigerte Bedeutung hinsichtlich der Entscheidungsbefugnisse.

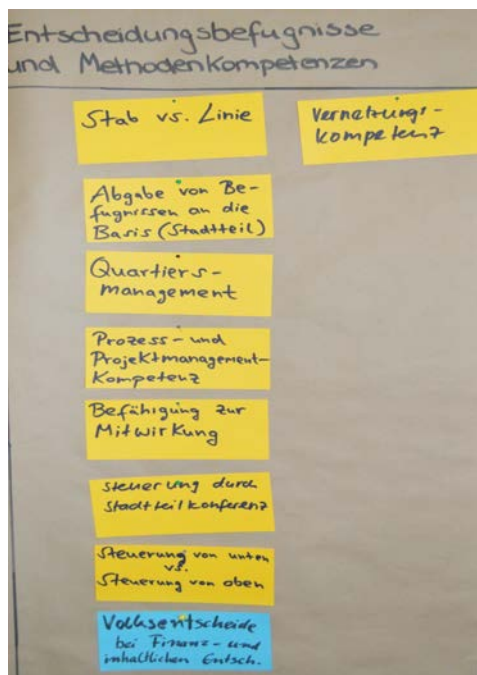


Abbildung 13: Entscheidungsbefugnisse und Methodenkompetenzen – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

Hier knüpfe die Bedeutung von Stadtteifonds und Volksentscheiden an. Allerdings problematisiert Herr Hellwig auch die Tatsache, dass bei einer „Steuerung von unten“ kein direkter Zugang zur Hierarchie gegeben sei (vgl. Abbildung 13).

Die Methodenkompetenzen der Steuerung von Planungsprozessen werden insgesamt als sehr vielschichtig angesehen. So diskutieren die Teilnehmer beispielweise die Kompetenz als zentral, die Menschen im Stadtteil zur Beteiligung und Mitwirkung zu befähigen. Außerdem benennen sie die Fähigkeit zur Vernetzung als wesentlich, so müsse der Sozialplaner, gemäß Frau Hampe, als eine Spinne im Netz auftreten.

Die Methodenkompetenzen finden Anschluss und Entsprechung bei der Betrachtung der Ressourcen und den verwaltungsinternen und externen Kooperationen, die weiter unter der Fragestellung nach den Voraussetzungen und Bedingungen zur Steuerung von Planungsprozessen diskutiert werden und zudem laut den Teilnehmern als Erfolgsfaktoren für die Steuerung gelten. Die Fragestellung nach den Faktoren einer gelingenden Steuerung wird somit nicht extra behandelt. Diesbezügliche Anmerkungen werden den Bedingungen für die Steuerung von Planungsprozessen zugeordnet. Als eine wesentliche Ressource für den Erfolg benennen Frau Hampe und Prof. Köster die Person des Sozialplaners, die sich ihre Zuständigkeit im besten Fall mit weiteren Kollegen teilt. So sei das notwendige Know-how zur Steuerung von Planungsprozessen gewährleistet. In der Diskussion wird die Zuständigkeit einer einzigen Person aufgrund der festgestellten Methodenkompetenzbreite – im Sinne von „man muss alles können“ – als problematisch benannt. In diesem Falle stelle für Frau Hampe jedoch die Verbindung zu Sozialplanernetzwerken einen wichtigen Aspekt dar, um die unterschiedlichen Methodenkompetenzen sowie die Reflexion im Planungsprozess zu gewährleisten. Außerdem sei ein solcher Zusammenschluss von Bedeutung, um Interessen gegenüber der Stadt durchzusetzen. Um ein Aufhalten mit Verwaltungsangelegenheiten zu vermeiden, sei eine klare Aufgabenteilung der Steuerungsebenen von Bedeutung. Eine Trennung von operativer und strategischer Planung sehen die Teilnehmer als schwierig an, weil gleichzeitig die Schnittstelle geklärt sein müsse, um eine Begegnung und Kooperation auf Augenhöhe – eine strategische Kooperation – zu erzielen.

Wie bereits zuvor in der Diskussion angesprochen, sehen die Gruppenteilnehmer eine Vernetzung, auch beispielsweise im Sinne einer Einbindung externer Kooperationspartner wie zum Beispiel der Polizei, als sinnvoll an. Als weitere Ressource und Faktor einer gelingenden Steuerung sei zudem die Einstellung und Haltung des Sozialplaners zentral: ein langer Atem, ein Dabeibleiben und Dranbleiben an Ideen stelle eine Daueraufgabe dar, die mit Rückschlägen verbunden sein könne (vgl. Abbildung 14).

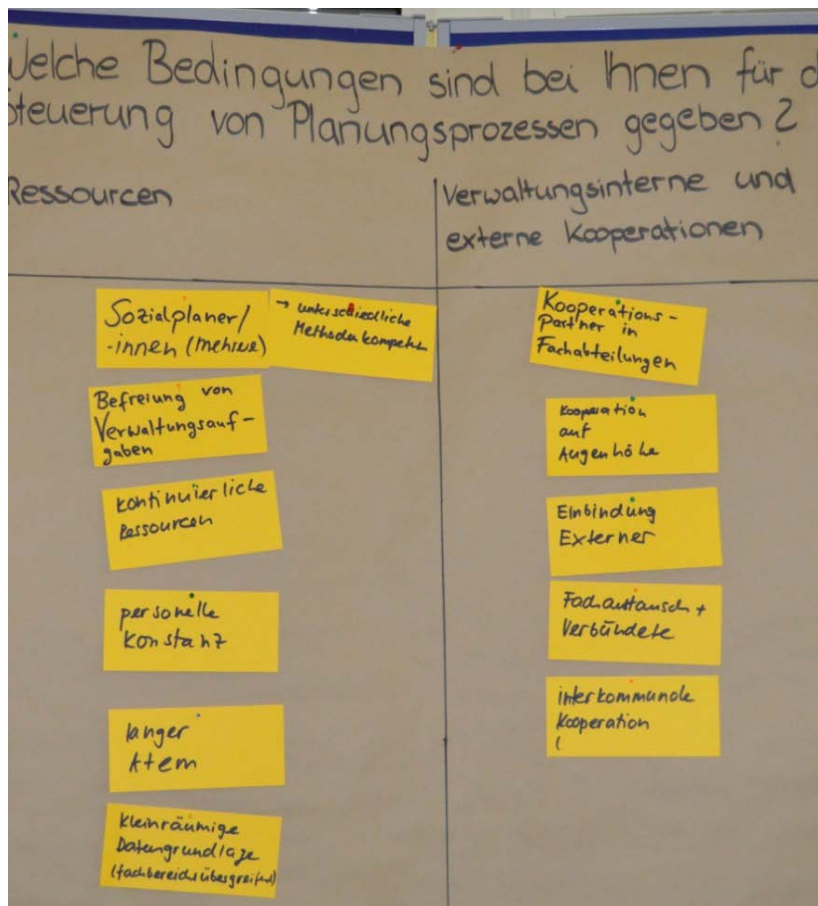


Abbildung 14: Ressourcen und Kooperationen – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

2.3.4 Welche Bedeutung hat Steuerung für eine gelingende soziale Planung?

Auf die abschließende Frage nach der Bedeutung der Steuerung für eine gelingende soziale Planung stellen sich die Teilnehmer die Gegenfrage, was Planung ohne Steuerung wäre. Es folgt eine Verständigung über die Begrifflichkeit, bei der eine Trennung von Steuerung und Planung als schwierig benannt wird, da Steuerung nicht ohne Planung und andersrum gedacht werden könne. Steuerung im Sinne von Auftrag - Planung - Umsetzung schaffe Entscheidungssicherheit und sei somit von fundamentaler Bedeutung um Beliebigkeit entgegenzuwirken. Das Fazit der Gruppe bezüglich der Bedeutung der Steuerung für eine gelingende soziale Planung fasst Herr Hellwig folgendermaßen zusammen: Steuerung ist nicht alles, aber ohne Steuerung ist fast alles nichts (vgl. Abbildung 15).

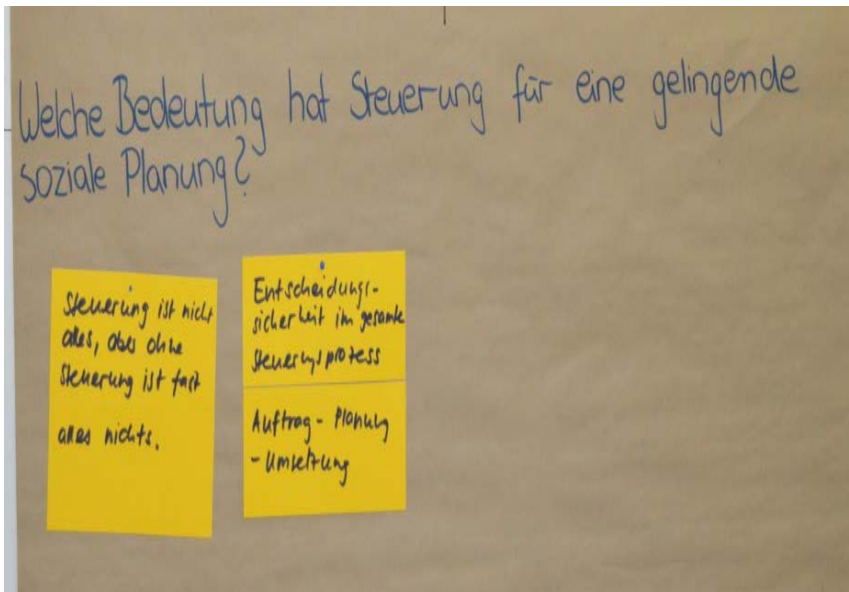


Abbildung 15: Bedeutung von Steuerung – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

2.4 Workshop „Innovation in Strukturen und Prozessen“

Teilnehmende:

Matthias Reuter	Landkreis Görlitz
Enrico Stehr	Stadt Chur
Manfred Wittmann	Stadt Viersen
Mareike Hammes	Technische Hochschule Köln, Protokoll
Werner Riedweg	Hochschule Luzern Soziale Arbeit, Moderation

2.4.1 Vorstellung der Teilnehmenden

Die teilnehmenden Vertreter der Kommunen starteten in die moderierte Gruppendiskussion mit einer kurzen Vorstellungsrunde.

Herr Matthias Reuter aus dem Landkreis Görlitz berichtet, dass sich der demographische Wandel im Landkreis Görlitz derzeit stark bemerkbar mache. So sei jeder zehnte Bürger über 80 Jahre alt. Darüber hinaus sei vor allem das Thema „Alterung und Behinderung“ in Sachsen derzeit ein häufig diskutiertes Thema. Als Besonderheit und als Innovation gibt Herr Reuter an, dass der Sozialplaner im Landkreis Görlitz außerhalb der Fachämter agiere und auf Augenhöhe mit den Amtsleitungen des Jugend-, Sozial- und Gesundheitsamts sowie des Jobcenters diskutiere und im Austausch stehe.

Herr Enrico Stehr als Vertreter der Stadt Chur bekundet, dass die Altersversorgung in der Schweiz insbesondere ein Thema der Verwaltung sei. Das Thema Innovationen entwickle sich derzeit und

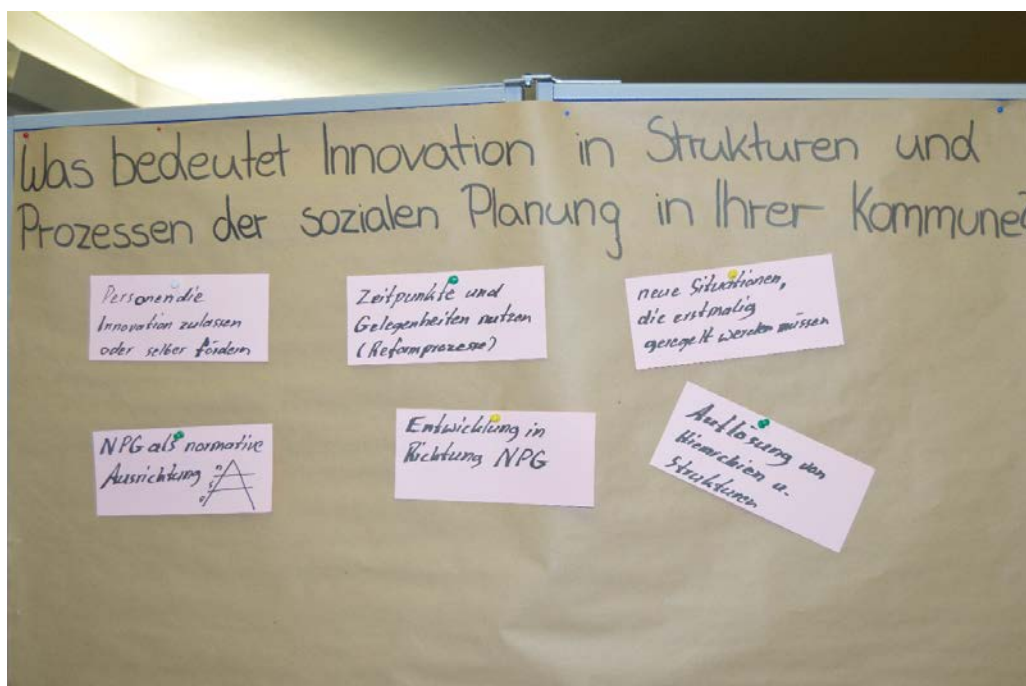
aktuell stelle man Überlegungen bezüglich neuer Quartierstrukturen an. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt Chur äußern sich vor allem durch Leistungsvereinbarungen. Die Fachstelle Alter (bestehend seit ca. fünf Jahren) befasse sich momentan mit der Planung eines umfassenden Alterskonzepts. Themen seien dabei unter anderem Gender, Migration, Partizipation und pflegende Angehörige.

Herr Manfred Wittmann, angehörig der Stadt Viersen, erklärt, Gegenstand der Sozialplanung sei vor allem die Sozialberichterstattung sowie die strategische Steuerung. Vorschläge der Sozialplanung werden politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt und diskutiert. Die Berichterstattung erscheine alle zwei bis drei Jahre und orientiere sich an Bedürfnissen der Adressaten. Der Bericht beinhalte strategische Ziele für die Praxis. Ob eine tatsächliche Umsetzung in der Praxis erfolge, liege nicht immer in der Hand der Sozialplanung.

Nach den jeweiligen Inputs begibt sich die Gruppe in das gemeinsame Gespräch und bearbeitet folgende Frage:

2.4.2 Was bedeutet Innovation in Strukturen und Prozessen in Ihrer Kommune?

Zu Beginn halten die Vertreter der Kommunen fest, was Innovation in Strukturen und Prozessen in den jeweiligen Kommunen bedeute und was im Zusammenhang mit Innovationen stehe. Es wird gemeinsam definiert, dass Innovation vor allem von drei Komponenten abhängen: Zum einen seien Innovationen *von Personen abhängig*, es brauche in der Praxis Personen die Innovationen zulassen und diese auch bereit sind zu fördern. Zum anderen spiele der richtige *Zeitpunkt* eine tragende Rolle. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, Gelegenheiten zu nutzen. Zudem brauche es die passende *Situation*. Es bedürfe einer neuen Situation, in der etwas Erstmals geregelt werden müsse. Diese drei Komponenten stehen in einem wechselseitigen Prozess, welcher Innovationen ermögliche. Eine ebenfalls wichtige Bedeutung schreibt die Gruppe der Auflösung von Hierarchien zu. Hierarchien können die Entstehung von Innovationen zum Teil einschränken. Plädiert wird im Zusammenhang mit Innovationen für eine New Public Governance auf normativer Ebene (vgl. Abbildung 16).



2.4.3 Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie Strukturen/Prozesse innovativ gestalten können?

Hinsichtlich der Fragestellung, welche Rahmenbedingungen durch die Politik oder die Verwaltung vorgegeben seien, kristallisiert sich im Gruppenprozess heraus, dass vor allem Partizipation als Bedingung gegeben sein müsse. Partizipation als Rahmenbedingung stelle eine Voraussetzung dar, damit Innovationen gestaltet und umgesetzt werden können. Für eine gelingende Umsetzung sei es darüber hinaus wichtig, dass sich verschiedene Akteure an einen Tisch setzen.

Die Diskussion über notwendige Ressourcen führt zu folgenden Erkenntnissen: Wenn genügend Geld als Ressource zur Verfügung steht, bestehe die Gefahr, dass „alles gut läuft“ und Status quo beibehalten wird. So stehen Innovationen in der Praxis oft im Zusammenhang mit einem Mangel. Mängel führen also zu Innovationen. Die Schwierigkeit dabei sei, dass Innovationen oftmals „zu spät“ kommen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die bestehenden Mängel bereits zu dominant seien, um Innovationen zuzulassen. Auf der anderen Seite können und sollen Ressourcen Innovationen ermöglichen und werden benötigt, damit Akteure aktiv werden können (vgl. Abbildung 17).

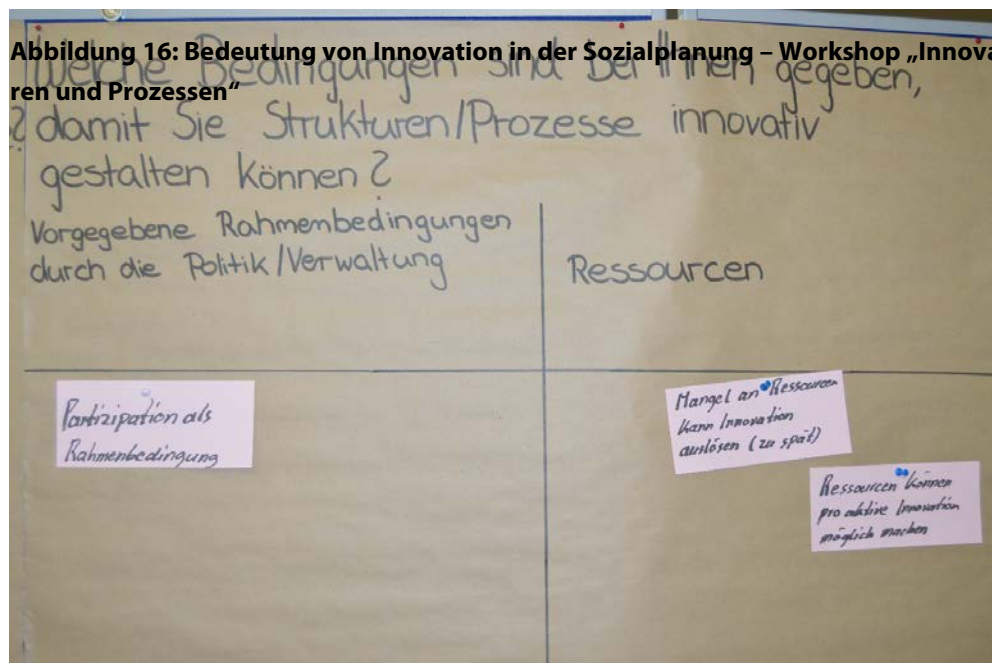


Abbildung 17: Rahmenbedingungen/Ressourcen – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“

Innovationen entstehen zumeist in Verbindung mit einem Problem, welches gelöst werden soll. Um dies realisieren zu können, brauche es zum einen die Organisationsform des Projekts und zum anderen ein sogenanntes Problemlöserteam. Wichtig sei des Weiteren, dass neu gedacht und mit verschiedenen Interessensgruppen zusammengearbeitet werde. Hierzu zählen unter anderem Personen, die ein anderes Ziel verfolgen, zum Beispiel das Ziel der Gewinnmaximierung (Public-Private-Partnership Modelle). Aus dieser Zusammenarbeit können innovative Erkenntnisse für das eigene Projekt gewonnen werden.

Hinsichtlich der Bedeutung anderer Fachbereiche stellen die Teilnehmenden fest, dass ressort- und ämterübergreifende Arbeit wichtig sei, um innovativ zu agieren. So können Absprachen getroffen und effektiv bearbeitet werden. Das Beispiel der Stadt Görlitz zeige, dass die Kooperation und Gleichstellung von Sozialplaner und Amtsleiter Innovationen ermögliche (vgl. Abbildung 18).

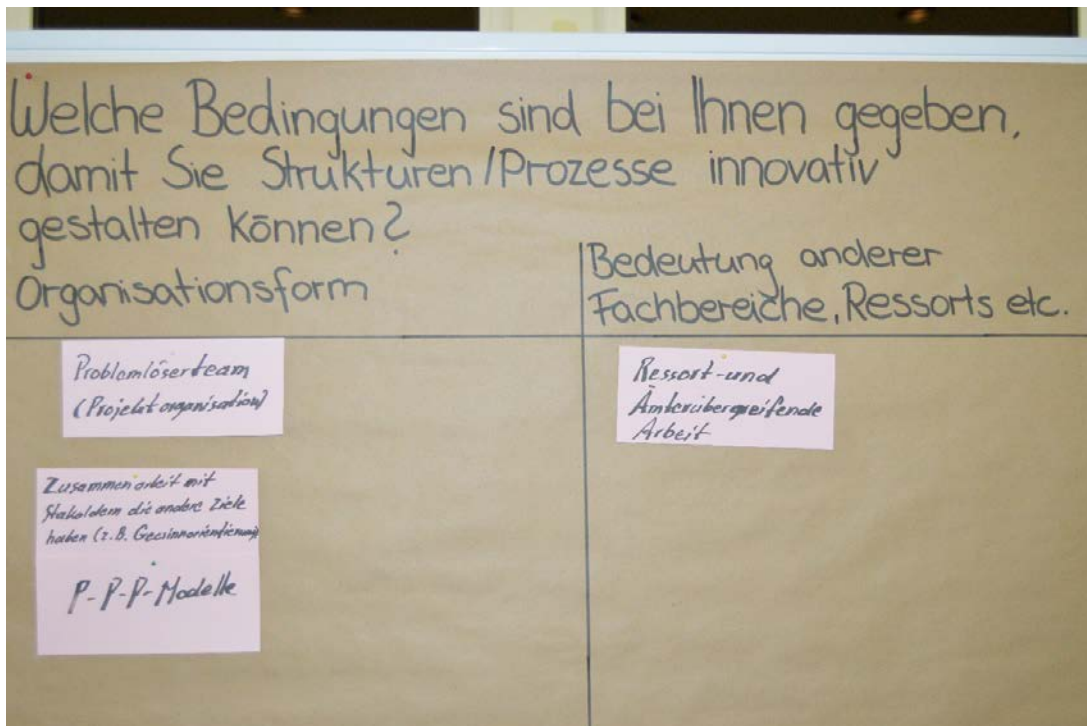


Abbildung 18: Organisationsformen/Bedeutung anderer Fachbereiche – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“

Die Teilnehmenden erarbeiten folgende Erfolgsfaktoren für ein gelingendes, innovatives Vorgehen: Ein erteilter politischer Auftrag gelte zum einen als Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Innovationen. Die Unterstützung von „oben“ ermögliche Innovationen. Zum anderen spiele auch die Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Hier können Probleme, Schwierigkeiten und Herausforderungen transportiert und in politische Prozesse transformiert werden. Daraus erhaltene Unterstützung könne zu einer erfolgreichen Innovationsfindung und -umsetzung beitragen. Auch die Kommunikation bezüglich neuer Ideen mit der Bevölkerung stelle für eine reale Verwirklichung einen Erfolgsfaktor dar. Instrumente können dabei ebenso mediale Kommunikationswege sein, wie auch die direkte Kommunikation im Quartier. Es solle vor allem auch darum gehen, die Attraktivität der Mitbestimmung seitens der Bürger zu steigern und den Bedarf und die Bedürfnisse dieser zu erkennen und einzubeziehen. Auch eine Marktanalyse könne hierfür hilfreich sein, um Interessen und Bedürfnisse zu identifizieren. Damit gegebenenfalls notwendige Überzeugungsarbeit geleistet werden könne, bedürfe es des Weiteren einer Schriftlichkeit und Ausformulierung der Innovation. Diese schaffe zum einen Verbindlichkeit und zum anderen die Möglichkeit, sich bei Uneinigkeiten und Unklarheiten auf diese berufen zu können. Es gehe auch darum, Zahlen und Fakten vorzulegen. Wichtig sei es überdies, eigene Grenzen zu überwinden und sich zu öffnen. Dies gelinge zum Beispiel durch Vergleiche mit Modellen anderer Städte, um daraus eigene Kenntnisse zu gewinnen und neue Möglichkeiten zu schöpfen.

Um als Sozialplaner wahrgenommen zu werden und Innovationen nach vorne bringen zu können, sei es entscheidend sich anzubieten und keine Scheu vor Pilotprojekten zu haben. Veränderungen seien häufig, zumindest vorerst, für Beteiligte schwierig. Wichtig sei es außerdem, selbst als innovativer Dienstleister aufzutreten. Ein weiterer erfolgversprechender Faktor sei auch die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Hier könne wichtiges Wissen bezüglich der Gestaltung von Innovationen generiert werden (vgl. Abbildung 19).

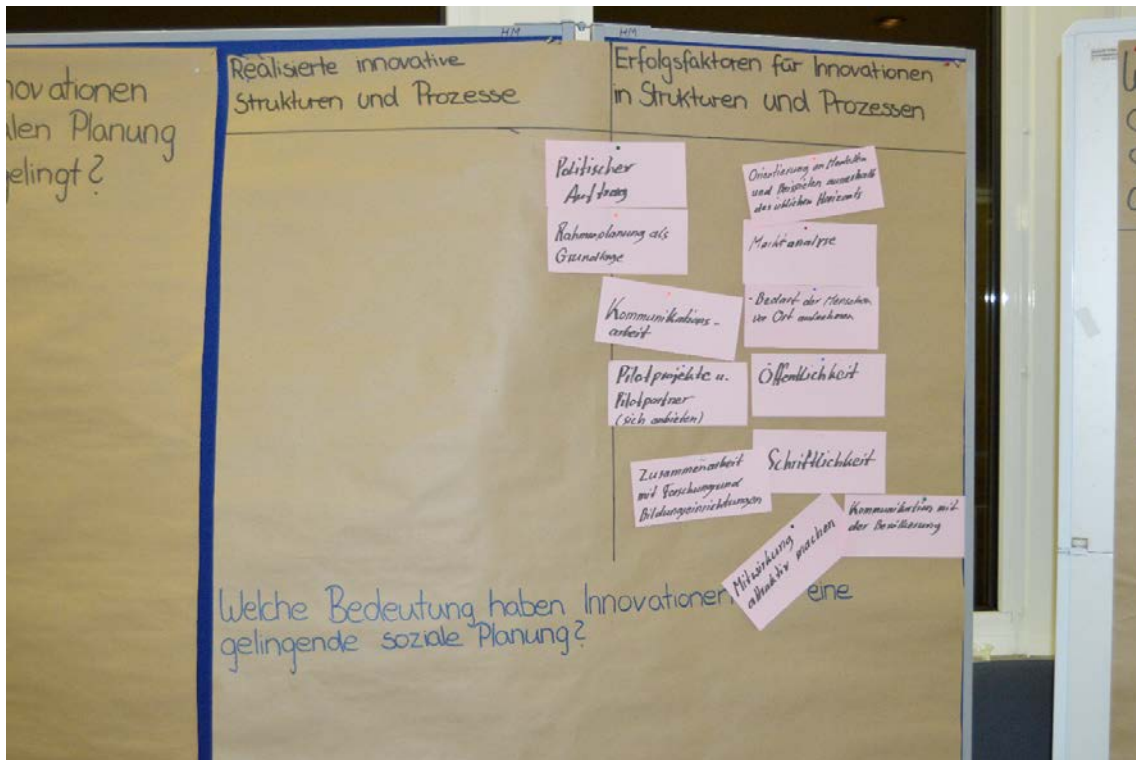


Abbildung 19: Innovative Projekte/Erfolgsfaktoren – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“

2.4.4 Wie muss sich der Umgang mit Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?

Folgende Punkte wurden von der Gruppe benannt: Für ein noch besseres Gelingen von Innovationen müsse sich der Sozialplaner als innovativer Dienstleister verstehen und präsentieren. Eine Sozialplanung solle stets im Zusammenhang mit einer Finanzplanung stehen – sowohl für Teilprozesse als auch für die Planungsgesamtheit, da deren Verknüpfung neue und realistische Verfahren hervorbringen könne. Darüber hinaus müsse es im Kontext einer innovativen Planung auch darum gehen, sich von subjektiven und anderen äußeren Faktoren zu lösen und so weit wie möglich Objektivität als Bezugsrahmen zu schaffen. Um Innovationen im Sozialraum entstehen zu lassen, sei es hilfreich, sich auf das Finanzierungssystem des Sozialraumbudgets zu beziehen (vgl. Abbildung 20).

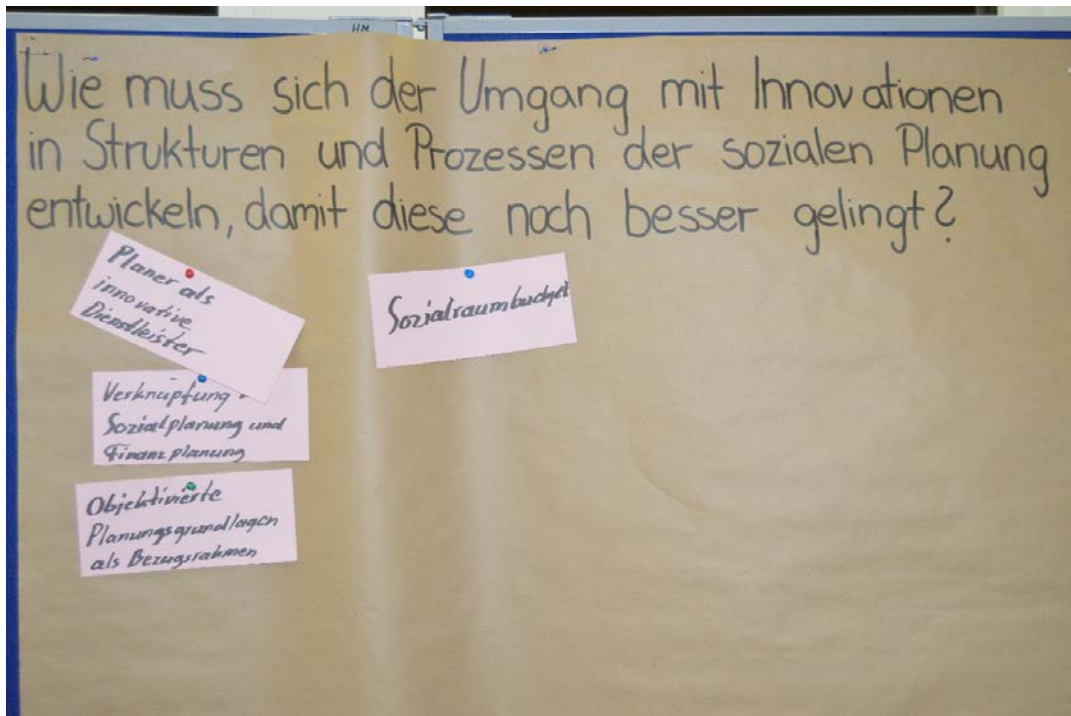


Abbildung 20: Entwicklungsmöglichkeiten – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“

2.5 Workshop „Beteiligung und Partizipation“

Teilnehmende:

Bernadette Bueren	Stadt Bielefeld
Yvonne Krosse	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Andrea Schumacher	Sozialplanung, Stadt Neuss
Helge Wallmeier	Verein für Sozialplanung e.V.
Stephanie Bremstahler	Technische Hochschule Köln, Protokoll
Gena Da Rui	Hochschule Luzern, Moderation

2.5.1 Vorstellung der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden stellen sich, ihre Gebietskörperschaft sowie ihre Arbeit in der Sozialplanung vor.

2.5.2 Was bedeutet Partizipation in Ihrer Kommune?

Herr Wallmeier verweist darauf, dass das Grundverständnis von Sozialplanung einen Einbezug der Betroffenen vorsehe. Er problematisiert in diesem Zusammenhang, ein Einbezug und Partizipation der Betroffenen komme jedoch nur in einigen Planungsbereichen vor, wie beispielsweise in der offenen Jugendarbeit. Im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Hilfen zur Erziehung dagegen nicht. Darüber hinaus fehle es oftmals an Wertschätzung denen gegenüber, die die Hilfen in

Anspruch nehmen. Um zu evaluieren, wie die Umsetzung partizipativer Prozesse in der Jugendhilfeplanung erfolgt, habe die Stadt Neuss einen Antrag beim Land gestellt. Im Rahmen eines dreijährigen Projekts sollen die konkreten Beteiligungsformen ermittelt werden.

Frau Schumacher ergänzt, eine echte Beteiligung sei wichtig und werde deshalb angestrebt. Die Ergebnisse in Form von fachlichen Vorschlägen sollen nach Möglichkeit in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden, auch wenn die Politik über die konkrete Umsetzung und Bereitstellung der finanziellen Mittel entscheide.

Auch aus Sicht der übrigen Teilnehmer der Workshops komme die Sozialplanung ohne Beteiligung und Partizipation nicht aus. In diesem Kontext wird von Seiten der Stadt Bielefeld auf das Problem verwiesen, die Bedarfe einer Lebenssituation, die in der Zukunft liegen, zu erfassen. Frau Bueren erläutert, oft würden sich die Bedürfnislagen erst in der konkreten Lebenssituation ergeben, wodurch sie schwer messbar seien. Außerdem fehle es insbesondere in der Altenhilfeplanung oft an finanziellen Mitteln, um differenzierte Beteiligungsprozesse zu realisieren.

Frau Krosse informiert darüber, es gebe im Landkreis Schmalkalden-Meiningen einige Beteiligungsformen, wie zum Beispiel Netzwerke, Senioren- und Behindertenbeiräte sowie Mitarbeiter- und Kundenbefragungen. Aus diesem Grund sei der Stellenwert der Partizipation hoch (vgl. Abbildung 21).

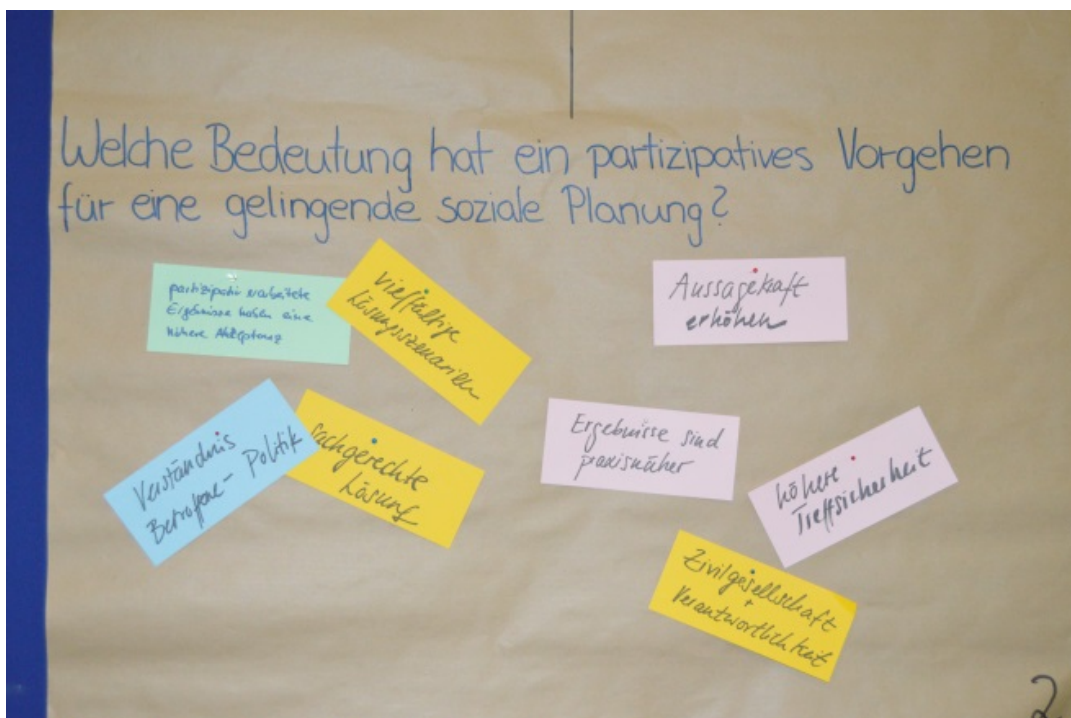


Abbildung 21: Bedeutung eines partizipativen Vorgehens für die Sozialplanung – Workshop „Partizipation und Beteiligung“

2.5.3 Welche Bedingungen sind bei Ihnen gegeben, damit Sie partizipativ arbeiten können?

Hinsichtlich der Organisationsform berichtet Frau Krosse darüber, dass es Netzwerke, Gremien und Ausschüsse als verwaltungsinterne Strukturen gebe, um partizipative Planung zu ermöglichen. Herr Wallmeier ergänzt, es gebe einen gemeinsamen Workshop von Politik und Verwaltung (AG

78). Darüber hinaus sei die Beteiligung der Träger bei der Jugendhilfe gesetzlich vorgeschrieben. Frau Bueren berichtet über den Seniorenrat, der über die Beschlüsse aus der Verwaltung berät. Der Seniorenrat setze sich aus Laien zusammen und vertrete die Interessen der über 60jährigen in allen Bereichen der Kommunalpolitik und des öffentlichen Lebens.

In Bezug auf die Ressourcen, die für eine partizipative Arbeit benötigt werden, informiert Herr Wallmeier darüber, dass die Jugendhilfeplanung der Stadt Neuss eine halbe Stelle umfasst. Er problematisiert, es gebe für Partizipation kaum Ressourcen. Vieles baue auf der Freiwilligkeit und dem Engagement der Mitarbeiter auf. Frau Schumacher ergänzt, partizipative Prozesse würden Zeit benötigen. Oftmals seien die Mitarbeiter mit dem Tagesgeschäft jedoch bereits ausgelastet. Zu den Ressourcen, um partizipative Prozesse zu ermöglichen, zählen aus Sicht des Landkreises Schmalkalden-Meiningen deshalb auch Befragungen von Praktikanten. Die Ergebnisse dieser Befragungen würden in die Prozesse der Sozialplanung integriert.

Zu den verwaltungsinternen Kooperationen zählen nach Angaben der Teilnehmer des Workshops nicht nur die zuvor genannten Strukturen, sondern auch die Kooperationen mit der Politik und Verwaltung. Für partizipative Prozesse sei insbesondere der Rückhalt und die Legitimation seitens der Politik elementar. Als verwaltungsexterne Kooperationen werden von den Teilnehmern des Workshops unter anderem das Institut für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE) in Erfurt, die FH Erfurt und kommunale Träger genannt.

Im Hinblick auf partizipative Projekte wird von Frau Bueren erneut der Seniorenrat angegeben. Frau Schumacher ergänzt die Projekte „Neuss barrierefrei“ und hebt die Beteiligung der Betroffenen hervor. Denn in der Vergangenheit sei im Rahmen des Projekts ein Begehungsteam gegründet worden, das sich aus Vertretern der Verwaltung, betroffenen Selbsthilfegruppen und Runden Tischen sowie Freiwilligen zusammensetzt, um die Belange von Menschen mit Behinderungen zu erörtern. Von Seiten des Landkreis Schmalkalden-Meiningen werden als realisierte partizipative Projekte unter anderem Runde Tische, die Aktion „Bürger helfen Bürgern“, die Befragung von Alleinerziehenden und Schülern sowie Stadtteilprojekte und ein Bürgerbüro aufgeführt (vgl. Abbildung 22).



Abbildung 22: Partizipative Angebote – Workshop „Beteiligung und Partizipation“

Zu den Erfolgsfaktoren einer partizipativen Sozialplanung zählen aus Sicht der Teilnehmer unter anderem:

- die Bereitstellung der personellen Ressourcen durch die normative Ebene,
- die Umsetzung der Maßnahmen und dadurch Motivierung der Beteiligten,
- eine Wertschätzung und Anerkennung der Beteiligten,
- Transparenz hinsichtlich partizipativer Prozesse für alle Beteiligten sowie
- eine Diskussion über geeignete Methoden zur Partizipation (vgl. Abbildung 23).

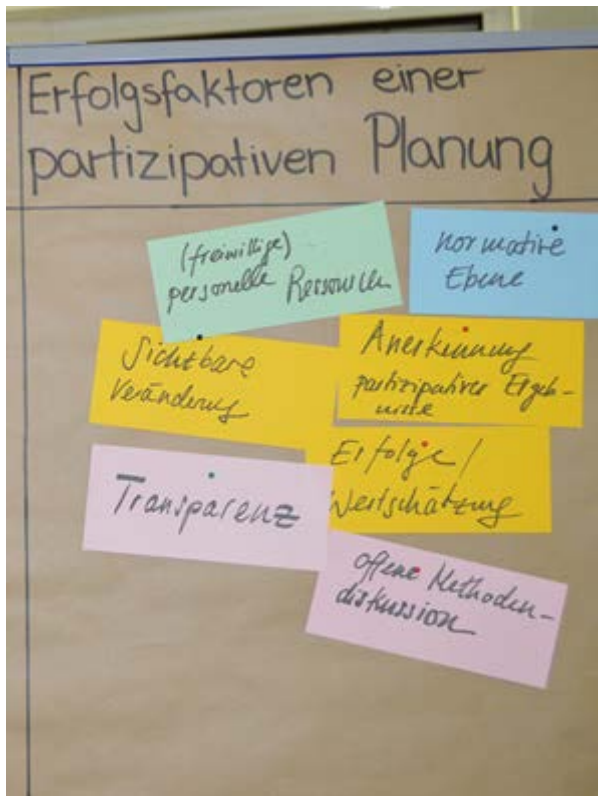


Abbildung 23: Erfolgsfaktoren – Workshop „Beteiligung und Partizipation“

Dabei benennen die Teilnehmer des Workshops folgende Vorteile eines partizipativen Vorgehens:

- eine erhöhte Aussagekraft und Treffsicherheit für eine Versorgung in der Zukunft,
- ein praxisnäheres Ergebnis,
- sachgerechtere Lösungen,
- den Kontakt zwischen der Politik und den Betroffenen (zum Beispiel Jugendliche),
- die Förderung des Verständnisses zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern sowie
- die Förderung der Zivilgesellschaft.

Gleichzeitig wird von den Teilnehmern auf das Problem verwiesen, dass das Ehrenamt oft missbraucht werde, indem die Freiwilligen ausgenutzt werden. Darüber hinaus würden mit Befragungen und Workshops häufig immer nur dieselben Zielgruppen erreicht. Aus quantitativen Befragungen würde außerdem nicht immer klar hervorgehen, welche Bedürfnisse die Betroffenen haben.

2.5.4 Wie muss sich das partizipative Vorgehen in der sozialen Planung entwickeln, damit diese noch besser gelingt?

Damit soziale Planung noch besser gelingt, sei es nach Meinung der Teilnehmenden wichtig, dass Partizipation quartiersbezogen erfolge und regelmäßig praktiziert werde. Dies könne beispielsweise mittels Bürgerforen realisiert werden. Ein wichtiger Gelingensfaktor sei die Bereitstellung der finanziellen und personellen Mittel. Es sei ratsam, dass Partizipation auf allen Ebenen selbstverständlich werde. Die Teilnehmer des Workshops merken an, Partizipation würde sowohl von einem ausreichend normativen Rückhalt als auch der Wertschätzung abhängen, die die Beteiligten erfah-

ren. Außerdem sei es von Bedeutung, die Ergebnisse partizipativer Projekte öffentlich bekannt zu machen, da dies für die Betroffenen motivierend sei, sich auch in Zukunft zu beteiligen. Auch Erläuterungen zur konkreten Umsetzung seien in diesem Zusammenhang wichtig. Es sei zielführend, ein möglichst großes Publikum zu erreichen und ein Höchstmaß an Transparenz („Wer beteiligt wen?“) zu garantieren. Darüber hinaus sei es empfehlenswert, die Wirkung regelmäßig zu evaluieren und Erfolge entsprechend zu vermarkten (vgl. Abbildung 24).

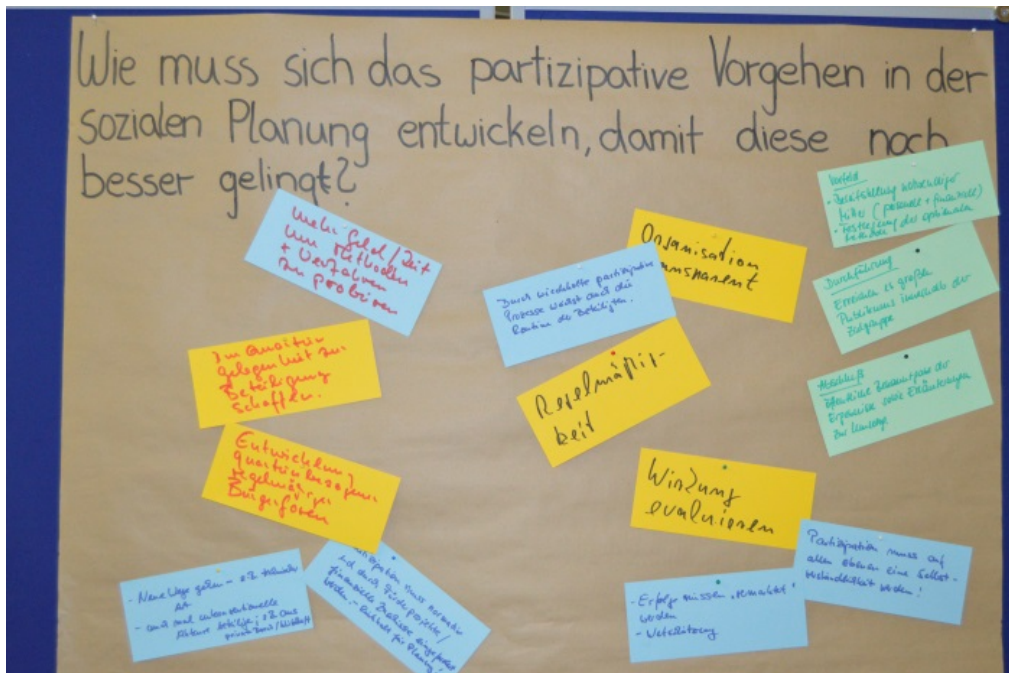


Abbildung 24: Entwicklungsperspektiven – Workshop „Beteiligung und Partizipation“

2.6 Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Workshop „Orientierung am Sozialraum“

Bei der Sozialraumorientierung gelten die Kleinteiligkeit des Sozialraums und die Orientierung an den Bewohnern eine wichtige Rolle. Auch verwaltungsexterne Kooperationen, die Bürger miteinander (beispielsweise in Form von Stadtteilkonferenzen), sind wesentlich. Insgesamt kristallisierte sich im Ländervergleich heraus, dass die Schweiz bei der Sozialraumorientierung an einigen Stellen bereits realisiert, was in Deutschland noch als wünschenswert gilt. Beispielhaft wurde hier die Stadt Bern angeführt (Stichwort „lebende Quartiere“). Als Entwicklungspotenzial für die Sozialraumorientierung in der sozialen Planung gelten: ein wirkungsorientierter Steuerungsansatz, eine bessere Ressourcenbündelung sowie die Bedeutung der Wissenschaft als Beteiligter für die Wissensgenerierung und Durchsetzung sozialraumorientierter Planungsvorgänge.

Bei der anschließenden Miteinbeziehung des Plenums stellte sich der Begriff der „lebenden Quartiere“ als diskussionsbedürftig heraus. Es wurde gefragt, wie sich „lebende Quartiere“ erfassen lassen, was diese Begrifflichkeit im Umkehrschluss bedeutet, ob also Quartiere mit wenigen Ressourcen nicht „leben“ und wie hier Quartiere mit Förderbedarf identifiziert und unterstützt werden können. Hierauf wurde geantwortet, dass sich die Erfassung am vorhandenen beziehungsweise fehlenden Sozialkapital der Bevölkerung orientiert. Der kritischen Anmerkung in Bezug auf die Ein-

teilung in „lebende Quartiere“ und der Gefahr der Benachteiligung ärmerer Viertel wurde entgegnet, dass dies keinen Widerspruch darstellt, insofern ein Pilotprojekt in einer Umgebung mit gut vorhandener Infrastruktur auch Vorteile und Erkenntnisse für die „nicht lebenden Quartiere“ mit sich bringt. Zudem war sich das Plenum einig, dass ein offenes Denken für die Sozialraumorientierung bedeutsam ist (unter anderem vor dem Hintergrund der Gentrifizierung); in dem Sinne, dass beispielsweise die Kriminalpolizei, Wohnungswirtschaft, Verkehrsplanung etc. in die Sozialraumorientierung zu integrieren sind.

2. Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen der Adressaten“

Hinsichtlich der Bedeutung der bedürfnisorientierten Planung differenzierte die Gruppe zunächst die Begriffe Bedarf und Bedürfnis und sah einen fachlichen Orientierungsrahmen als bedeutsam an. Allerdings engen gesetzliche Bestimmungen den Blickwinkel der Sozialplanung ein und führen zu einer Orientierung am Minimum. Ausreichende personelle Ressourcen gelten als Bedingung für bedürfnisorientiertes Arbeiten – hierbei scheint die Schweiz besser ausgestattet zu sein als es in deutschen Gebietskörperschaften der Fall ist. Hinsichtlich der Organisationsform wurde in der Gruppe zwischen kreisangehörigen und kreisfreien Städten unterschieden, worunter letztgenannte positiv hervortraten, da alles aus einer Hand koordinierbar ist. In Bezug auf ein besseres Gelingen des bedürfnisorientierten Vorgehens in der sozialen Planung ist eine Abkehr von der Vorstellung einer reinen Versorgungslandschaft zentral. „Proaktiv statt reaktiv“ lautet hierbei die Devise.

In der Plenumsdiskussion kam die Frage auf, wie die Sozialplanung „aktives Altern“ gestalten kann, wenn doch der Adressat mit Einschränkungen und Schwierigkeiten interessant für die Sozialplanung ist. Hier wurde bemerkt, dass sich die Ganzheitlichkeit – im Gegensatz zu SGB VIII – nicht durch das SGB XII ziehe und damit ein Denken über den gesetzlichen Auftrag hinaus neue Blickwinkel eröffnet. Ist aber eine umfassende Sozialplanung, die über den gesetzlichen Auftrag hinausreicht, realistisch? Der Frage wurde ein Querbezug entgegengebracht: Es gilt, jeden im Sozialraum einzubeziehen und zu beteiligen, denn im Sozialraum können Menschen, die im gesetzlichen Verständnis keine Bedarfe haben, wichtige Ressourcenträger und Kontaktpersonen darstellen. Kritisch wurde hierzu die Finanzierungsproblematik benannt.

3. Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“

Als Bedingungen für die Steuerung von Planungsprozessen gelten die kleinräumige Analyse des Sozialraums, Kooperationen sowie ein langfristiges Denken, für das ein politischer Auftrag notwendig ist. Eine klare Aufgabenklärung der Steuerung von unten und oben ist ebenfalls essentiell, wobei die Gruppe eine schwerpunktmäßige Steuerung von unten als wichtig diskutierte. Zudem birgt eine Position als Stabsstelle mehr Vorteile als eine Linienstelle. Vernetzungsfähigkeit und ein langer Atem – im Sinne von „die kleinen Erfolge wertschätzen und an Ideen festhalten“ – stellen unter anderem bedeutsame Eigenschaften und Kompetenzen eines Sozialplaners dar. Die Bedeutung der Steuerung für eine gelingende Planung fasste die Gruppe mit folgender Quintessenz zusammen: Steuerung ist nicht alles, aber ohne Steuerung ist fast alles nichts.

Den Einstieg in die Diskussion mit dem Plenum machte die beispielhafte Schilderung der Gegebenheiten in Aachen: Hier findet eine operative Steuerung in den Stadtteilen selber (Steuerung von unten), beispielsweise in Form von Stadtteilkonferenzen, statt. Dort wird die Verteilung der Finanzmittel geregelt. Die vorhandenen Stadtteilmittels ermöglichen zudem, dass Stadtteile mit hohem Bedarf mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt bekommen. Auf die Frage, ob eine derartige Konzentration der Finanzen auf Bedarfsräume auch in der Schweiz vorzufinden ist, wurde aus

dem Plenum auf die Gemeindeebene verwiesen, in der direkt-demokratisch, in Form von Gemeindeversammlungen, die Ausgaben der Geldmittel diskutiert werden. Über die Quartiersarbeit werden die Gelder auf Räume mit hohem Bedarf konzentriert.

4. Workshop „Innovation in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung“

Den Einstieg in die Gruppenarbeit markierte die Frage: Wie ist Innovation einzuordnen? Als Diskussionsgrundlage diente die Definition nach Wendt: Innovation als Neuerung, die Verbesserung bringt. Für die Gruppe wird Innovation sichtbar, wenn neue Situationen entstehen, bei welchen man auf keine Erfahrungswerte zurückgreifen kann. Das Zulassen von Innovation bedarf Partizipation, einer ämterübergreifenden Arbeit und Personen, die innovative Sozialplanung fördern. In Bezug auf Ressourcen werden zwei Seiten einer Medaille sichtbar: Einerseits gilt ein Mangel an Ressourcen als Innovationstreiber, andererseits sind Ressourcen die Voraussetzung für die Prävention von Mangelerscheinungen und die Innovationsentwicklung. Als Erfolgsfaktoren gelten: politischer Auftrag, Bedarfsanalyse und die Förderung von Mitwirkung und Beteiligung – Punkte, die Gemeinsamkeiten zu anderen Gruppen erkennen ließen. Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und Pilotprojekte wurden darüber hinaus benannt. Außerdem bedarf es einer Kommunikationsfähigkeit, um die Öffentlichkeit für bestimmte Themen zu gewinnen. Eine Diskussion im Plenum blieb aus Zeitgründen aus.

5. Workshop „Beteiligung und Partizipation“

Transparenz, eine Dokumentation partizipativer Prozesse sowie deren Nachvollziehbarkeit für alle Beteiligten sind zentrale Aspekte für ein Gelingen der Beteiligung und Partizipation. Hieraus folgt zudem, dass Partizipation nicht aus dem laufenden Tagesgeschäft heraus organisiert werden kann – es bedarf mehr Geld und Zeit. Partizipative Prozesse zu reinen Legitimationszwecken sind falsch. Folglich sind die Gestaltung und Implementierung regelmäßiger Partizipationsanlässe essentiell und es gilt die Erfolge zu vermarkten. Für die Verbesserung der Beteiligung sind für die Teilnehmer zudem neue Wege denkbar, beispielsweise technischer Art.

Im Plenum wurde auf die Schweiz Bezug genommen. Als Stichwort in Bezug auf Partizipation wurde die direkte Demokratie genannt, welche in dörflichen Strukturen eine direkte Einflussnahme gewährleistete. Eine weitere Frage aus dem Plenum richtete sich an die Jugendhilfeplaner des Workshops: Werden Jugendliche bei Bedarfserhebung miteinbezogen und beteiligt? Die Zielgruppe der Jugendhilfeplanung wird in Form von standardisierten Fragebögen angesprochen. Daran anknüpfend wurde aus dem Plenum eine Problematik bei der Befragung und Partizipation der Zielgruppen benannt: Wie soll und kann die Sozialplanung beispielsweise alte Menschen nach ihren Bedarfen im Falle von Demenz befragen?

3 Dokumentation des Prototypings

Die Methode „*Design Thinking*“ beschreibt eine systematische Herangehensweise zur Entwicklung neuer Ideen und Lösung komplexer Problemstellungen aus allen Fach- und Lebensbereichen. Begrifflich geprägt wurde das *Design Thinking* durch David Kelley, dem Gründer der international bekannten Design-Agentur „IDEO“ in Silicon Valley. In Zusammenarbeit mit weiteren Professoren wurde der Ansatz durch die Errichtung der „d.school“ an der Stanford University weiterentwickelt. Der Ansatz beruht auf der Annahme, dass kreative Problemlösungen und Innovationen nur dann erfolgreich sein können, wenn sich multidisziplinäre Teams zusammenschließen, eine gemeinsame

Denk- und Arbeitskultur bilden und die Schnittstellen der verschiedenen Perspektiven erforschen (vgl. Plattner; Meinel; Weinberg 2011: 42f).

Design Thinking basiert auf einem Dreiklang aus Team, Raum und Prozess. Im Fokus dieser Innovationsmethode steht die Nutzerorientierung. Eine Empathie zu den potentiellen Nutzern ermöglicht, Lösungen für deren existierenden Bedürfnisse zu finden (Meinel; Weinberg; Krohn 2015, S. 14ff). Auf diese Weise können neue Produkte oder Dienstleistungen passgenau (weiter-) entwickelt werden.

Für die Durchführung gibt es keinen vorgefertigten Algorithmus. *Design Thinking* erfolgt in einem sechsstufigen iterativen Innovationsprozess. Die Abfolge ist flexibel und orientiert sich an den Schritten Verstehen, Beobachten, Sichtweisen definieren, Ideen finden, Prototypen entwickeln und Testen. Um eine möglichst hohe Quantität der Ideen- bzw. Lösungsvielfalt zu erhalten, erfolgt die Arbeit zunächst divergent. Im weiteren Verlauf werden die gesammelten Ideen selektiert und vielversprechende Ansätze weiter verdichtet (vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Design Thinking).

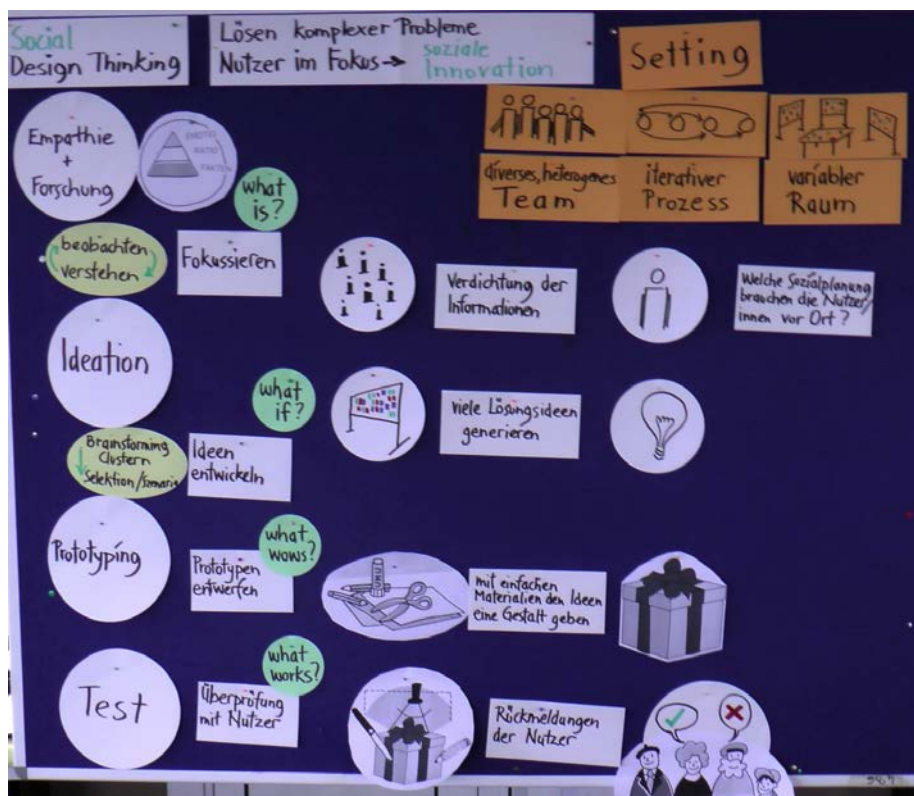


Abbildung 25: Social Design Thinking – Einführung

Für den Erfolg einer Innovation müssen die drei Grundvoraussetzungen der Wünschbarkeit bzw. Bedürfniserfüllung, physikalischen Machbarkeit und der Wirtschaftlichkeit erfüllt werden. Zudem ist es notwendig, dass alle Beteiligten teamorientiert zusammenarbeiten und für den kreativen Arbeitsprozess alle notwendigen Materialien (z.B. Whiteboard, Post-it) und flexible Räumlichkeiten (z.B. Stehtische, Trennwände) zur Verfügung stehen. Es finden sowohl analytische als auch kreativ-intuitive Elemente ihre Anwendung. Durch anschauliche Methoden wie der Entwicklung von Pro-

totypen oder Storyboards können mögliche Barrieren aufgrund unterschiedlicher Wissens- oder Disziplinintergründen im Team kompensiert werden (vgl. Gürtler; Meyer 2013, S.18ff).

Aufbauend auf diesen Grundlagen wurde für die Fachtagung der zugespitzte Ansatz des *Social Design Thinking* vorgestellt. Im Betrachtungsfokus steht die soziale Innovation im Feld der Sozialplanung, die sich zentral am Nutzer orientiert. Im Rahmen der Einführung in die Methode des *Design Thinking* wurden auch deren Prinzipien erläutert. Zu den Prinzipien zählt unter anderem die Aufforderung, wilde Ideen zuzulassen, diese von Beginn an zu visualisieren und erst zu einem späteren Zeitpunkt des Prozesses zu bewerten (vgl. Abbildung 25).

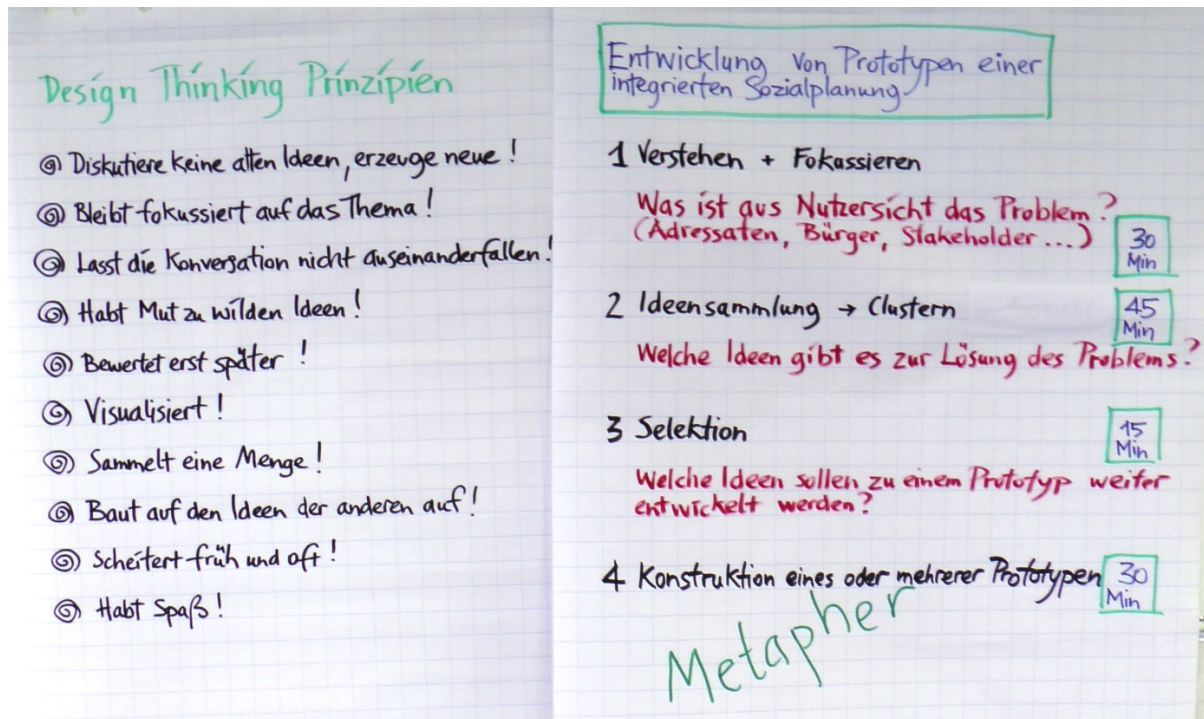


Abbildung 26: Social Design Thinking – Prinzipien und Ablauf

Die Teilnehmenden der Fachtagung wurden in vier heterogene Gruppen eingeteilt. Als Ziel des *Design Thinking* wurde die Entwicklung von Prototypen einer integrierten Sozialplanung ausgegeben. Der zeitlichen und inhaltlichen Strukturierung der Gruppenarbeit diente dabei ein Ablaufplan, der als ersten Schritt das Verstehen und Fokussieren der Problemlage vorsieht. In ca. 30 Minuten sollten die Gruppen während dieser Phase festhalten, welche Schwierigkeiten, Herausforderungen und Störfaktoren hinsichtlich der Sozialplanung aus Sicht der Nutzer existieren. Im Anschluss standen etwa 45 Minuten für eine Ideensammlung zur Verfügung. Von Interesse waren dabei mögliche Lösungsansätze, die zunächst frei benannt und anschließend gemeinsam zu Clustern zusammengefasst werden. Diese wurden in einem nächsten Schritt selektiert und die Ideen, die als Prototyp konkretisiert und veranschaulicht werden sollen, identifiziert. Für den Bau des Prototyps standen etwa 30 Minuten Zeit zur Verfügung. Dem Prototyp sollte eine Metapher zu Grunde gelegt werden, um einen Transfer der Überlegungen auf eine bildhafte Ebene vollziehen (vgl. Abbildung 26). Denn die Sozialplanung repräsentiert ein abstraktes Strukturelement der Kommunalen Verwaltung, für das Prototypen nur im übertragenen Sinn generiert werden können.

3.1 Arbeitsgruppe „Altstädter“

Teilnehmende:

Volkhard Dörr	Kreis Heinsberg
Uwe Hellwig	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Karin Knaup	Stadt Wiesbaden
Helge Wallmeier	Verein für Sozialplanung e.V.
Anna Nutz	Technische Hochschule Köln (Protokoll)

3.1.1 Problemanalyse

Zunächst verständigt sich die Gruppe auf eine relevante Fragestellung, die mit der Methode des „Social Design Thinking“ bearbeitet werden soll. Aufgrund persönlicher Erfahrung der Teilnehmenden mit älteren oder pflegebedürftigen Angehörigen wird der Schwerpunkt auf das Thema Autonomie im Alter gelegt. Die zentrale Fragestellung lautet: „*Wie kann ich ein zufriedenes Leben mit Pflegebedürftigkeit erreichen?*“. Alle vier Gruppenmitglieder schreiben auf Kärtchen, welche Bedürfnisse aus Nutzersicht in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind.

Dabei werden unter anderem genannt:

- Gute Versorgung (Essen, Zimmer, Pflege)
- Mich einbringen können (Ich kann noch was)
- Als Mensch gesehen werden, nicht nur als pflegebedürftig
- Ich möchte weiter mit meiner Frau oder meinem Mann leben können
- Ich möchte entscheiden, wer mich wie unterstützt
- Ich möchte weiter in das Fußballstadion gehen / gefahren werden
- Alltagsbewältigung gelingt
- Mit Wünschen und Bedürfnissen ernst genommen / gehört werden
- Kontakte aufrecht erhalten können

3.1.2 Ideensammlung

Es werden Ideen entwickelt, wie die genannten Bedürfnisse und Wünsche erfüllt werden könnten. Die Ideen werden auf Kärtchen geschrieben und anschließend geclustert, wobei folgende vier Kategorien entstehen:

1. *Früh anfangen*: Es wird vorgeschlagen, sich schon vor dem Seniorenalter mit Tabuthemen, die im Alter relevant seien (zum Beispiel Tod, Partnerschaft/Sexualität, Pflegebedürftigkeit), auseinanderzusetzen. Wichtig sei es auch, sich der eigenen Wünsche für ein Leben im Alter bewusst zu werden und diese zu dokumentieren. Dadurch, dass man sich schon früh mit dem Prozess des Alterns auseinandersetzt, werde man auch für die Situation von Senioren sensibilisiert. Ein Seminar könne vermitteln, frühzeitig zu lernen, Hilfe anzunehmen, da dies häufig eine Schwierigkeit im Alter darstelle. Ein ressourcenorientierter Blick solle helfen, die eigenen Stärken zu erkennen und diese einzusetzen.
2. *„Mit 66 Jahren fängt das Leben an“*: Das Motto aus Udo Jürgens Lied beziehe sich auf die Möglichkeiten, die man im Alter habe. So könne man auch im Alter noch etwas Neues beginnen

beziehungsweise erlernen (zum Beispiel eine Sprache, ein Musikinstrument), die eigene körperliche Fitness durch Sport erhalten, mit Lebensfreude das eigene Alter aktiv gestalten und auch „irrationale“ Dinge tun, wie zum Beispiel das Glücksspiel.

3. *Pflegesystem nutzen*: Die Gruppe plädiert dafür, umfassende und altersgerechte Informationsmöglichkeiten zu schaffen, die relevante Informationen rund um die Pflege bereitstellen. Die Pflegeleistungen sollen in Form von Budgets an die Leistungsnehmenden gezahlt werden, sodass diese autonom und individuell entscheiden können, welche Leistungen sie von welchem Anbieter einkaufen. Regelmäßige Überprüfungen können die Qualität der Leistungen sicherstellen.
4. *Aktive Teilhabe*: Zentral sei die aktive und soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Es gelte, Ohnmacht in Macht zu transformieren und sich selbst etwas zuzutrauen. Durch sog. Neue Medien könne sozialer Isolation entgegengewirkt werden, sodass auch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sozial gut vernetzt seien.

3.1.3 Selektionsphase

Die Gruppe entschließt sich, vor allem die Autonomie und die Ressourcen im Alter in der Konstruktionsphase des Prototyps zu fokussieren. Ziel sei die Stärkung des „Ich“, denn nur wenn man selbst weiß, was man braucht, könne man dementsprechend ein Unterstützungssystem um sich aufbauen.

3.1.4 Konstruktionsphase

Der Baum im Raum wird als Metapher für ein Leben aus der Nutzerperspektive gewählt. Aus einem Kern erwachse ein dünner Stamm, der nach und nach kräftiger werde und nach einiger Zeit eine Baumkrone ausbilde. Die Früchte können den Nachwuchs darstellen. Der Baum sei im Sozialraum verankert und „nutze“ das Pflegesystem, zum Beispiel in Form eines Gärtners, verliere immer wieder Äste, durchlebe gute und schlechte Jahre. Selbst wenn ein alter Baum schon viele morsche Äste habe, könne ein junger Trieb erwachsen, der die Kraft des Lebens symbolisiere. Da jeder Baum einmalig sei und je nach Standort und Art des Baums verschiedene Bedingungen für ein erfolgreiches Wachstum brauche, sei das Unterstützungssystem genau auf jeden einzelnen Baum abzustimmen.

Der Leitgedanke sei die Stärkung der Nutzer verschiedener Planungsbereiche, damit diese individuell nach ihren Wünschen und Bedürfnissen ein Unterstützungssystem um sich herum aufbauen können. Diese Stärkung solle schon weit vor dem Seniorenalter fokussiert werden. Verschiedene Bereiche der Sozialplanung, die in diesem Kontext Angebote bereitstellen, werden exemplarisch aufgezählt (vgl. Abbildung 27): Jugendhilfeplanung, Teilhabeplanung, Bildungsplanung, Seniorenplanung, Gesundheitsplanung, Pflegeplanung, Sozialraumplanung, Regionale Planung, Stadtplanung. Diese seien die Planungen, die das Individuum umgeben. Sie bilden untereinander Querverbindungen und beeinflussen sich gegenseitig.

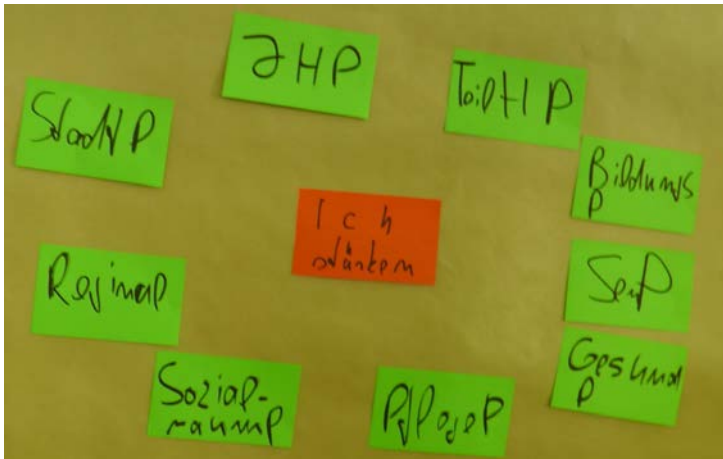


Abbildung 27: Individuumzentrierte Planung – Arbeitsgruppe „Altstädter“

Diese individuumzentrierte Planung sei ein flexibles Modell, das an die jeweiligen Bedürfnisse des Individuums angepasst werden könne. Damit diese Flexibilität erreicht werden könne, müsse die Angebotsstruktur der Planungen heterogener werden, als sie derzeit sei. Es existiere nicht *ein* Angebot, das für alle Nutzer passt, vielmehr solle jeder Nutzer aus einem breiten Angebot die für sich passenden Leistungen auswählen können.

Die Gruppe entwickelt einen Prototyp (vgl. Abbildung 28) in Form eines Baumes, der einen Nutzer sozialplanerischer Leistungen verkörpert. Aus den bunten Strängen ergibt sich ein kräftiger Stamm, der bei jedem Individuum unterschiedliche Farbkombinationen, einen variierenden Umfang und verschiedene Muster hat. Aus dem Stamm haben sich viele Verästelungen, teilweise mit Früchten daran gebildet, an welchen die verschiedenen Unterstützungsleistungen ansetzen können. Eine Baumkrone bildet den Höhepunkt des Baumes. Der grüne Trieb, der an der rechten Seite kraftvoll zwischen den älteren Ästen hervorsproßt, stelle den Mittelpunkt planerischer Leistungen dar, da er die Potenz und die Ressourcen des Individuums verkörpere, die gestärkt werden sollten.

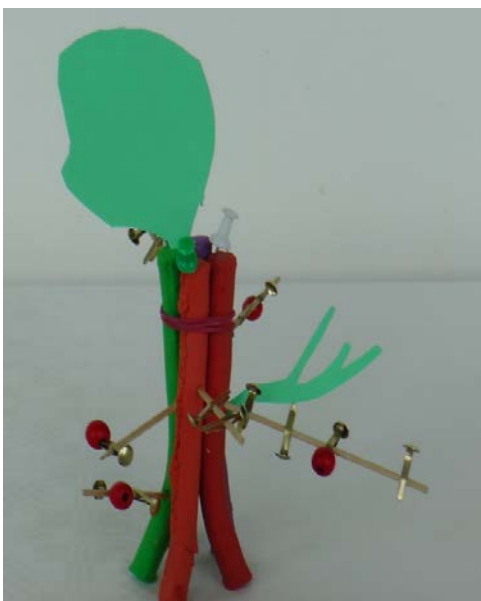


Abbildung 28: Modell der Arbeitsgruppe „Altstädter“ I

Ziel sei also nicht das Zurechtstutzen des Baums auf die vorhandenen Leistungen, sondern eine Anpassung der verschiedenen Planungsbereiche, die den Baum umgeben, sodass dieser das aus seiner Sicht ideale Unterstützungsarrangement wählen kann.

3.2 Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

Teilnehmende:

Birgit Anders Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Prof. Gerrit Köster Stadt Aachen

Andrea Schumacher Stadt Neuss

Enrico Stehr Stadt Chur

Simon Stocker Stadt Schaffhausen

Annabelle Schächinger Technische Hochschule Köln (Protokoll)

3.2.1 Problemanalyse

In der ersten Phase des „Design Thinking“ unter der Aufgabenstellung „Entwicklung von einem Prototypen einer integrierenden Sozialplanung“ beschäftigen sich die Teilnehmenden mit der Problemanalyse. Dabei wird die Frage formuliert, für welche Nutzergruppe ein Konzept für eine integrierte Sozialplanung entwickelt werden soll. Zur Beantwortung der Frage beschließen die Gruppenmitglieder eine betroffene Zielgruppe bzw. Nutzergruppe zu definieren. Die Teilnehmenden einigen sich auf die Bevölkerungsgruppe „Ältere Menschen“. Sie präzisieren diese Nutzergruppe im weiteren Verlauf auf Demenzerkrankte, deren nahe und ferne Angehörige sowie deren soziales Umfeld. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die Gruppe, mögliche Hemmnisse, Problemlagen und Schwierigkeiten der Nutzergruppen zu sammeln und auf Klebezetteln zu verschriftlichen (vgl. Abbildung 29).

In einem weiteren Schritt sammelt die Gruppe die Ergebnisse, unterteilt diese und heftet sie zur besseren Übersicht auf eine Pinnwand.

Der Demenzerkrankte sei unter anderem von folgenden Problemen betroffen:

- Hilflosigkeit
- Scham
- Perspektivlosigkeit
- Bewegungsdrang
- Aggression
- Pflegebedürftigkeit
- Phasenweise krank/nicht fit
- Stetig wachsender Unterstützungsbedarf und
- Probleme bei der Orientierung (u.a. Raum, Zeit, Personen).



Abbildung 29: Problemanalyse – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

Der nahe Angehörige (Ehepartner oder pflegende Angehörige) sei unter anderem mit folgenden Problemen konfrontiert:

- Überforderung physisch/psychisch,
- Hohe emotionale Belastung/Gefühl, alleine gelassen zu sein,
- Reduktion eigener Freiräume/eigener Lebensqualität,
- Fehlende Informationen über vollständiges Hilfsangebot,
- Fehlende Informationen über das Krankheitsbild,
- Finanzielle Belastungen,
- Scham für den Betroffenen,
- Verweigerungshaltung externen Hilfen und
- Verlust der eigenen sozialen Kontakte.

Die fernen Angehörigen (unter anderem weitere Familienmitglieder, wie Kinder und Enkelkinder) seien von folgenden Problemen betroffen:

- Zeitliche Überforderung,
- Doppelbelastende Situationen,
- Abgrenzung „betrifft mich nicht“ und
- räumliche Distanz.

Das soziale Umfeld sehe weitere Probleme:

- Distanz in der Wahrnehmung der Betroffenen (Wissen um Demenzerkrankung) und
- Hilflosigkeit im Umgang mit Erkrankten.

Durch die visuelle Trennung der Nutzergruppen und der zugehörigen Probleme deckt die Gruppe Problemkonstellationen auf und strebt eine Problemverdichtung an. Nach einiger Diskussion einigt sich die Gruppe auf drei „Hauptproblemkonstellationen“:

Hierzu zähle zum einen die schlecht ausgebaute Schnittstelle zwischen Betroffenen und fachlicher Hilfe, die zum großen Teil ungenutzten Angebote sowie das fehlende Wissen, wie im besten Falle mit der Erkrankung beziehungsweise dem Erkrankten umzugehen sei. Die Teilnehmenden halten fest, dass durch eine integrierte Sozialplanung Verbesserung geschaffen werden müsse.

Zum anderen sei die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz für die Erkrankten und deren Krankheitsbild ein Grund für Ausgrenzung, Scham und Verheimlichung auf Seiten der Betroffenen und deren Angehörigen. Diese Mechanismen würden die betroffenen Nutzergruppen unter anderem behindern, das bestehende Angebot zu nutzen und/oder dafür sorgen, dass sich Betroffene eher aus ihrem sozialen Netzwerk zurückziehen, als sich dessen Unterstützung zu sichern.

Die letzte Herausforderung sei es, die Angebotsvielfalt im Bereich der fachlichen Hilfen im Alter (Ambulante Pflege, Seniorenkreise, Selbsthilfegruppen, etc.) zugunsten der Nachfrage zu regulieren. Durch ein zu spezialisiertes Überangebot, welches nicht ausgenutzt werde, würden wirkliche Bedarfe und Bedürfnisse außer Acht gelassen werden und die Betroffenen seien auf sich allein gestellt.

3.2.2 Ideensammlung

Bei der anschließenden Ideenfindung für ein Konzept einer integrierten Sozialplanung werden die Problemkonstellationen und die damit verbundenen Herausforderungen diskutiert. Die Teilnehmenden sammeln Lösungsansätze auf der praktisch-anwendbaren Ebene, unter anderen in Form einer Informationsoffensive zur Thematisierung und Sensibilisierung für das Thema „Demenz“. Des Weiteren werden die Ernennung eines Demenzbotschafters, verpflichtende Fortbildungen für alle Mediziner sowie standardisierte Einladungen an alle Bürger zur Demenz-Vorsorge-Untersuchung als Ideen genannt (vgl. Abbildung 30).



Abbildung 30: Ideensammlung I – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

Besonders wichtig ist es für die Gruppe, das Quartier als Aktionsraum für Demenzerkrankte und deren Angehörige anzusehen, da die Betroffenen in die Mitte der Gesellschaft gehören. Um dies sicherzustellen, können unter anderem eine regelmäßige Informationstag, eine jährliche Info-Woche oder ein Jahr zum Thema der Demenz im Sozialraum verankert werden (vgl. Abbildung 31).

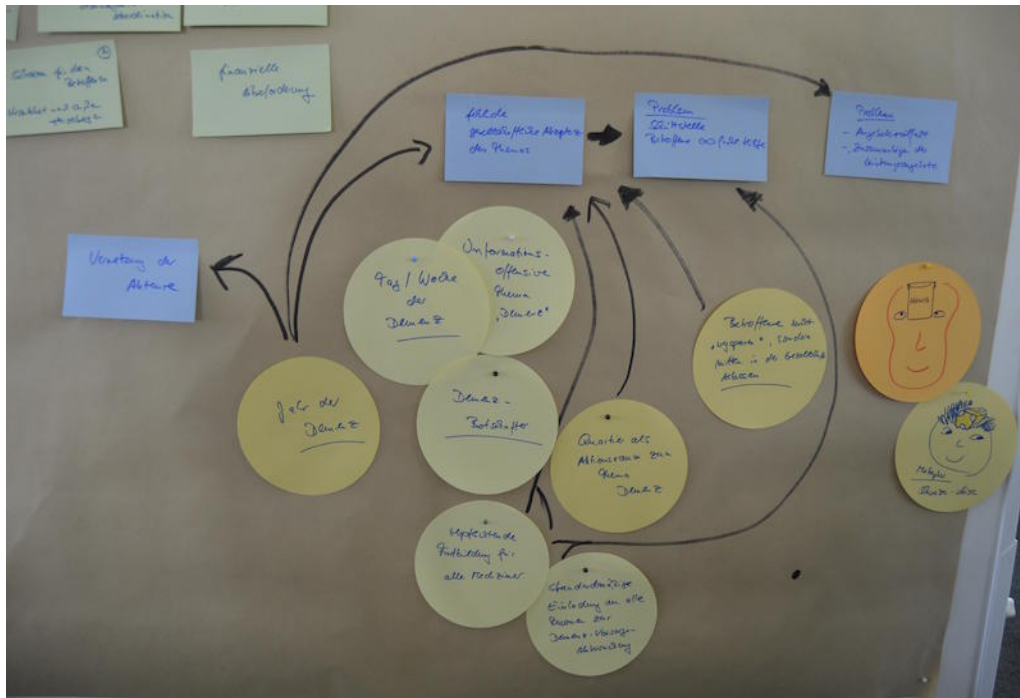


Abbildung 31: Ideensammlung II – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

In einem zweiten Schritt werden Ideen für den Modellbau gesammelt. Die Teilnehmenden verständigen sich darauf, dass die fehlende gesellschaftliche Anerkennung sowie Unwissenheit über die Erkrankung, Auslöser und Verstärker der genannten Problemkonstellationen sein können. Sie einigen sich darauf, das Modell als Teil einer Werbekampagne zu entwickeln. Als Metapher nutzen sie dabei die Blume „Vergissmeinnicht“ sowie die Slogans „Die Gesellschaft von heute sind die Demenztendenzen von morgen“ und in Anlehnung an den Kinofilm „Honig im Kopf“ „Ich habe Schweizerkäse im Kopf“.

3.2.3 Selektionsphase

In der Selektionsphase entscheiden die Teilnehmenden, dass die Konstruktion des Modells beide Metaphern vereinen soll. Der Schweizerkäse stehe in diesem Falle für den Kopf beziehungsweise für das Gehirn eines Demenzerkrankten. Verschiedene Blumen bilden die Gesellschaft ab und unter ihnen blühen die Vergissmeinnicht, die für die Demenzerkrankten stehen. So soll symbolisch die Integration der erkrankten Menschen in die Gesellschaft dargestellt werden.

3.2.4 Konstruktionsphase

Nachdem die Aufgaben verteilt sind, wird mit dem Bau des Modells begonnen. Die Blumen werden aus buntem Papier, Kugeln und Strohhalmen gebastelt. Für den Schweizerkäse wird gelbes Tonpapier verwendet, wobei die Löcher im Käse mit einem schwarzen Filzstift aufgezeichnet werden. Die Blumen, darunter die Vergissmeinnicht, werden in der Mitte des Schweizerkäses durch ein Loch

gesteckt und dort fixiert. Die Blumen ragen so aus dem Käse hinaus und verbinden die Slogans in einem Modell (vgl. Abbildung 32).



Abbildung 32: Konstruktionsphase und Modell – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

3.3 Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Teilnehmende:

Stephanie Bremstahler	Technische Hochschule Köln
Gena Da Rui	Hochschule Luzern Soziale Arbeit
Annika Hensel	Technische Hochschule Köln (Protokoll)
Werner Riedweg	Hochschule Luzern Soziale Arbeit
Prof. Herbert Schubert	Technische Hochschule Köln
Holger Spieckermann	Technische Hochschule Köln
Prof. Jürgen StremLOW	Hochschule Luzern Soziale Arbeit

3.3.1 Problemanalyse

Als Probleme und Herausforderungen, denen Sozialplanung gegenüberstehe, identifiziert die Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ den Wunsch der Adressaten nach individuellen, situativen Lösungen und Angeboten. Diese erfordern ein flexibles und schnelles Handeln der Planung. In diesem Zuge wird die Frage nach Methoden, die der Bedarfsermittlung dienen, aufgeworfen. Die

Bedarfsbefriedigung solle außerdem direkt vor Ort, im Sozialraum erfolgen. Hier könne ein Verständnis von Sozialräumen und Quartieren als „lebende Räume“ zu einer Neuorientierung der Sozialplanung führen, da es der Individualität der Räume gerecht werde und diese als eigenständige „Körper“ (→ Raumkörper) verstehe. Des Weiteren können künftig virtuelle Räume ein neues Handlungsfeld der Sozialplanung darstellen (vgl. Abbildung 33).



Abbildung 33: Problemanalyse – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Im Hinblick auf eine Beteiligung der Adressaten an der Planung sei das Verhältnis zwischen direkter Beteiligung und vermittelten Informationen diskussionswürdig. Zudem wird gefragt, inwieweit Partizipation den Bedürfnissen entspreche und über wie viel Autonomie die Adressaten tatsächlich verfügen. Der Capability Approach, der Verwirklichungsmöglichkeiten als Referenz für individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand betrachte, könne hier richtungsweisend sein. An dieser Stelle sei jedoch die Zielsetzung der Sozialplanung zu definieren: Möchte sie steuern oder befähigen?

Die „Nippeser Bürgerwehr“ diskutiert weitergehend über die unterschiedlichen Ebenen, auf denen sich eine Planung des Sozialen vollziehe bzw. die von ihr beeinflusst werden. Es wird die Metapher der Sozialplanung als „kommunizierende Röhre“ zwischen den Adressaten, der Administration und der Politik angeführt.

Weitere Herausforderungen der Sozialplanung seien die Messbarkeit der Wirkung der Planung sowie die Schaffung eines Werterahmens, welcher der Sozialplanung als Orientierung diene.

3.3.2 Ideensammlung



Abbildung 34: Ideensammlung I – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Basierend auf der Problemanalyse entwickelt die Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ folgende Ideen:

- Es sei eine *bedingungslose Grundversorgung* einzuführen. Darüber hinaus solle jedem Einwohner ein *Budget* zur Verfügung stehen, das er entsprechend der eigenen Bedarfe für die Sozialplanung und die Entwicklung von Maßnahmen einsetzen könne.
- Die „klassische“ Sozialplanung werde einer *virtuellen Planung des Sozialen* weichen. Hierfür könne ein *virtueller Marktplatz* bereitgestellt werden, der der Vermittlung von Hilfeleistungen diene und umfassend über die Angebote informiere.
- Sozialplanungsabteilungen werden zugunsten einer *Verankerung der Sozialplanung in allen Planungsbereichen* aufgelöst.
- Alles – auch die Sozialplanung – habe einen *Preis*, der über Angebot und Nachfrage gesteuert werde. Als Metapher hierfür wird der *Supermarkt* gewählt. Die Sozialplanung sei in diesem Fall für das Sortiment des Supermarktes zuständig. Der Nutzer beziehungsweise der Kunde könne die für ihn passenden Produkte auswählen und einkaufen (metaphorisch: „in den Einkaufswagen legen“).
- Die Sozialplanung solle nicht länger in der Stadt-/Kreisverwaltung angesiedelt sein, sondern dezentral *im Sozialraum verankert*.
- Die *Sozialräume*, an denen sich die Planung orientiert, seien alle zwei bis vier Jahre *neu festzulegen*. Grundlage dafür solle ein „*Stimmungsbarometer*“ der Bevölkerung, das Zugehörigkeitsgefühle messe, sein.
- Der (Ober-)Bürgermeister/Stadtrat/Landrat der Gebietskörperschaft solle sich als *oberster Sozialplaner* der Kommune/des Landkreises verstehen. In diesem Zuge werde ein *neues Ausbildungssystem* der Sozialplanung eingeführt, das als Adressaten nicht nur (angehende) Sozialplaner, sondern ebenso Politiker anspreche.

- Die Sozialplanung solle, losgelöst von der Verwaltung, als ein *sich selbst organisierendes System* agieren.
- Die Sozialplanung solle sich als „Octopus“ verstehen, deren Arme in alle Sozialräume hinein reichen. Den Kopf des Octopus bilden Verwaltung und Politik.
- Die Sozialplanung solle als „Planetensystem“ agieren: Die im Inneren des Systems kreisenden Planeten stellen *schnellebige, kurzfristige Handlungen* dar, während die äußeren Kreise *langwierigere und langfristige Entscheidungen* symbolisieren. Dies gelte auch für das *Budget* der Sozialplanung, das zu einem Teil in langfristige Maßnahmen und zu einem anderen Teil in kurzfristige, flexible Angebote zur Bedarfsbefriedigung investiert werde. Die Kompetenz der Sozialplaner liege in einem *Wechsel zwischen den Umlaufbahnen* des Planetensystems.
- Sozialplaner sollen nicht länger von der Verwaltung ausgesucht und eingestellt, sondern *demokratisch vom Nutzer gewählt werden*.
- Jedem Sozialplaner sei ein gewählter Bürger zur Seite zu stellen, der diesen aus der Nutzerperspektive berät und bei der Planung unterstützt. Zusammen agieren sie als *Sozialplanungsteam*.
- Die Sozialplanung solle das gesamte Geschehen in der Gesellschaft und der Verwaltung „überfliegen“/überblicken. Dieses Verständnis wird durch ein Flugzeug sowie den Slogan „Sozialplanung als Überflieger“ symbolisiert.
- Der Sozialraum solle als eigener Körper, als *Sozialraumkörper* gelten. Anhand der Metapher des Baumes werden Sozialplanungsprozesse und Rollenverteilungen beschrieben: Der Sozialplaner agiere als *Gärtner*, der den Sozialraum-Baum regelmäßig gießt. Die *Wurzeln* des Baumes stellen die Bürger als Fundament des Sozialraums dar. Die *Vögel*, die die Früchte des Baumes essen, symbolisieren Politiker, die sich am Wachstum des Sozialraums laben (vgl. Abbildung 35).



Abbildung 35: Ideensammlung II – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

3.3.3 Selektionsphase

In der Selektionsphase werden insbesondere die Metapher des Baumes als Sozialraumkörper sowie des Supermarktes als eine Sozialplanung, die über Angebot und Nachfrage geregelt wird, diskutiert.

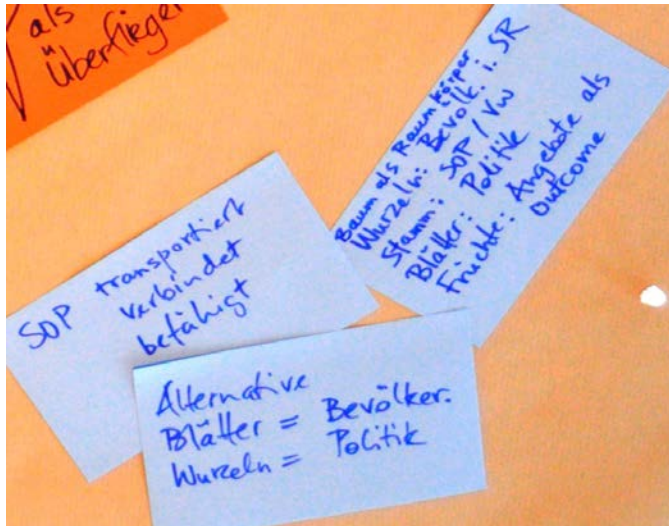


Abbildung 36: Selektionsphase I – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Hinsichtlich des Sozialraumkörpers konkretisiert die Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“, dass es sich bei einem Baum um ein eigenständiges Ökosystem handle – übertragen auf die Sozialplanung sollen die Sozialplaner nicht als externe Faktoren auf das System einwirken (als Gärtner), sondern ebenfalls ein Teil dieses sein. Im Rückgriff auf die Metapher der „kommunizierenden Röhre“ wird der Sozialplanung die Rolle des Stamms des Baumes zugeschrieben, der für den Transport von Informationen, die Verbindung zwischen Wurzeln und Blättern sowie die Befähigung zu Wachstum zuständig sei. Hinsichtlich der Rolle der Politik und der Bevölkerung werden zwei Möglichkeiten besprochen: Die Bevölkerung könne die Wurzeln, also das Fundament des Raumkörpers oder das Ergebnis dessen Wachstums, die Blätter des Baumes darstellen. Dasselbe gelte für die Politik, die mit ihren Vorgaben und Richtlinien die Baumwurzeln sein könne oder auch dessen Blätter. Die „Nippeser Bürgerwehr“ präferiert das Bild der Bevölkerung als Wurzeln und der Politik als Blätter des Baumes. Die Früchte des Raumkörpers stellen die Angebote dar, die im Austausch zwischen Bevölkerung, Sozialplanung und Politik entstehen.

Als zweite Metapher wird das ökonomische Modell einer Supermarktkette näher ausgeführt. Sie führe die Rechtsform einer Genossenschaft, wobei die Bürger als Genossen über Anteile verfügen und folglich über die Ausrichtung und Zielsetzung des Supermarktes mitentscheiden können. In der Zentrale der Supermarktkette sei der koordinierende, steuernde Teil der Sozialplanung verortet. Dieser operiere lediglich anhand virtueller Daten, habe somit keinen direkten Kontakt zu den Nutzern/Kunden. In den Filialen, also in den Sozialräumen hingegen agieren die Sozialplaner als Angestellte der Genossenschaft kundennah und stellen sicher, dass alle Produkte zur Bedarfsbefriedigung zur Verfügung stehen. Sie seien folglich für das Sortimentsmanagement zuständig. Einen besonderen Schwerpunkt nehmen dabei regionale Spezialitäten und Besonderheiten ein, das Sortiment unterscheide sich also je nach Filiale. Die Geschäftsführung bzw. die Filialleitungen der Supermarktkette obliege der Politik (vgl. Abbildung 37).

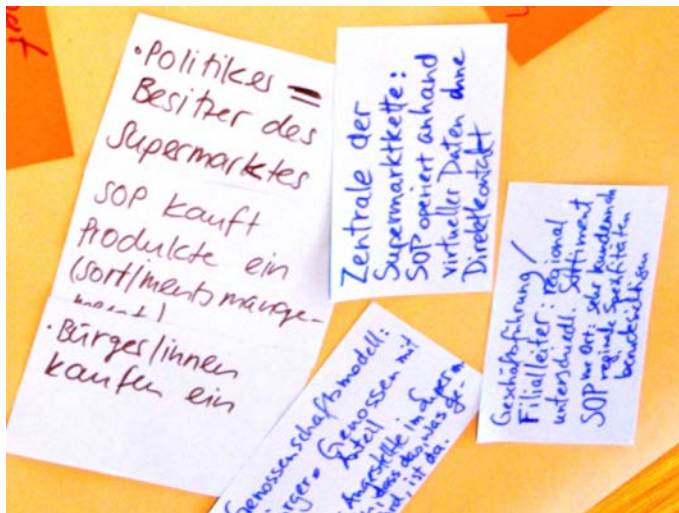


Abbildung 37: Selektionsphase II – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Die Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ denkt über die Verbindung beider Modelle nach und somit über Anknüpfungspunkte zwischen dem ökologischen System des Baumes und dem ökonomischen System eines Supermarktes. So können beispielsweise die Früchte des Baums als Produkte im Supermarkt verkauft werden. Um jedoch die Erarbeitung eines tiefenscharfen Modells sicherzustellen, einigt sich die Gruppe darauf, nur einer Idee – der des genossenschaftlichen Supermarktes – weiter nachzugehen.

3.3.4 Konstruktionsphase



Abbildung 38: Konstruktionsphase – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Die Arbeitsgruppe entschließt sich, das System einer genossenschaftlichen Supermarktkette durch eine molekulare Anordnung und Verbindung runder Styroporkörper und Strohhalme zu verbildlichen. Im Mittelpunkt dieses Gebildes befindet sich die größte Styroporkugel, die die Zentrale des Supermarktes und somit die Politik darstelle. Zur Veranschaulichung der Rolle der Sozialplanung

wird auf die Metapher des Octopus zurückgegriffen: Sein Kopf, der über ein Gummiband direkt mit der Zentrale der Supermarktkette verbunden ist, stehe für die strategische Planung des Sozialen; seine Arme reichen in die Sozialräume und somit in die Filialen, in denen Sozialplaner als Sortimentsmanager agieren. In Form von Alukugeln werden die Bürger dargestellt. Sie seien als Genossen und somit Anteilseigner durch flexible Drähte mit der Supermarktzentrale verbunden. Die Beweglichkeit der Drähte verdeutlicht dabei die Freiheit der Bürger, dass die Entwicklung des Supermarktes den eigenen Bedürfnissen entsprechend beeinflusst werden könne (vgl. Abbildung 39).

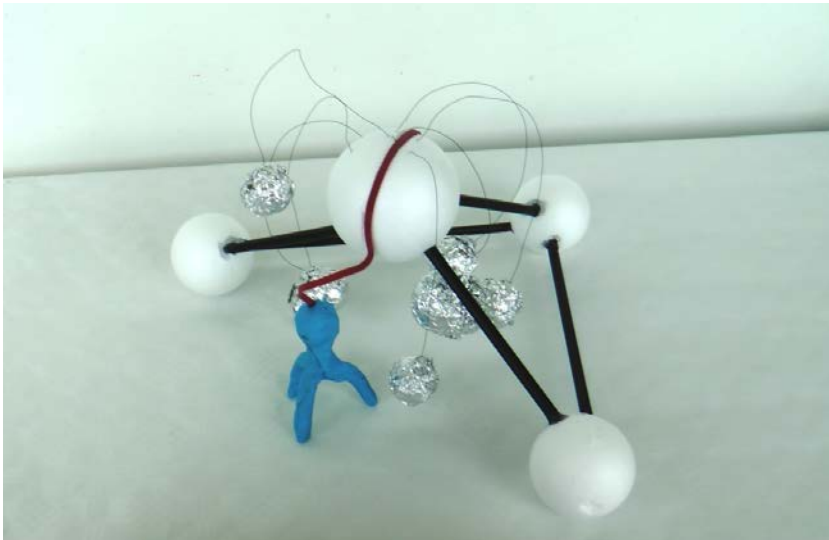


Abbildung 39: Modell der Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ I

3.4 Arbeitsgruppe „Blaue Funken“

Teilnehmende:

Anna Hampe	Stadt Hamburg, Bezirk Altona
Yvonne Krosse	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Matthias Reuter	Landkreis Görlitz
Johannes Weber	Stadt Wiesbaden
Martin Polenz	Stadt Arnshausen
Katharina Kappler	Technische Hochschule Köln (Protokoll)

3.4.1 Problemanalyse

Im ersten Schritt der Problemanalyse kristallisieren sich in der Gruppe drei Aspekte als zentral heraus: Erstens die Definition des Nutzers, zweitens die Erkenntnislage der Sozialplanung und drittens der Zugang zum Nutzer. Während der Diskussion halten die Teilnehmer die Inhalte und Ergebnisse auf einer Tischdecke und auf Klebezetteln fest (vgl. Abbildung 40/Abbildung 41).

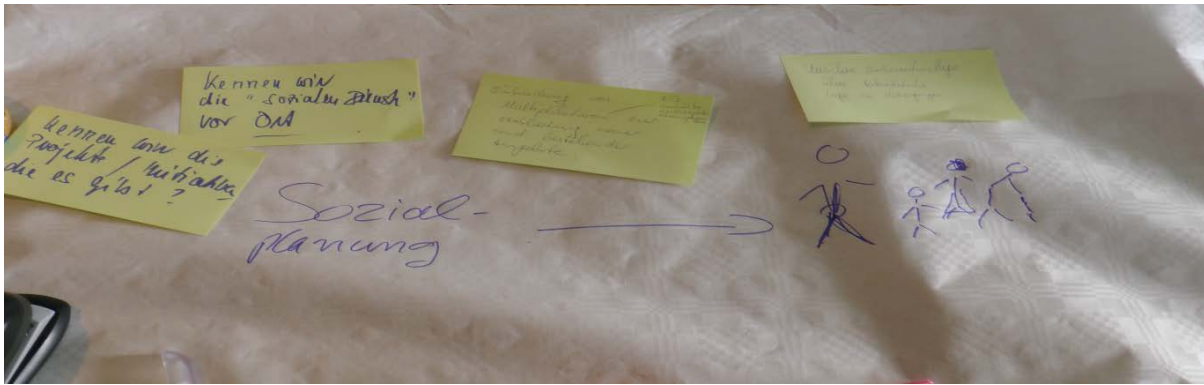


Abbildung 40: Problemanalyse I – Arbeitsgruppe „Blaue Funken“

Den Einstieg der Problemanalyse markiert die Diskussion und Verständigung über die Begrifflichkeit des Nutzers. Bei den Gruppenteilnehmern treten Fragen auf wie: Wer ist der Nutzer? Ist das der Bürger oder sind das auch die Kollegen in der Verwaltung, die öffentlichen Träger und Leistungserbringer? Eine Unterscheidung zwischen Nutzer und Akteur stellt sich schließlich im Austausch als wichtig heraus: Der Nutzer sei allein der Bürger und stehe somit im Fokus der Sozialplanung. Bei einer Fokussierung der Akteure im Planungsprozess als Nutzer wäre die Sozialplanung mit sich selbst beschäftigt. Die Teilnehmer diskutieren weiter und definieren, dass der Begriff des Nutzers weit zu fassen sei. Somit sei keine gesetzlich definierte Teilgruppe der Gesellschaft angesprochen, sondern alle im Sozialraum lebenden Menschen – als Nutzer sei zu 100 Prozent die Bevölkerung zu verstehen. Die Entwicklung einer Vorstellung von einer „Gesamtstadt“ sei damit zentral, da so auch Ressourcenträger in den Blick der Sozialplanung kommen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird die Gefahr, den Nutzer aus dem Blick zu verlieren, angesprochen. An dieser Stelle hinterfragen die Teilnehmer den Kenntnis- und Wissensstand der Sozialplanung in Bezug auf den Lebensraum der Bevölkerung: Kennen wir wirklich die Lebensbezüge der Nutzer in unterschiedlichen Gebieten? Als Schwierigkeit benennt ein Teilnehmer, dass der Landkreis für den Nutzer ein Konstrukt darstelle, mit welchem sich die Bürger nicht identifizieren und damit der Sozialplanung der direkte Kontakt zur Bevölkerung fehle. Insgesamt werden die fehlenden Kommunikationskanäle zu den Bürgern problematisiert. Hier knüpft die Frage an: Wie kriegt die Sozialplanung die Bürger beteiligt? Die Teilnehmer sehen sich dabei mit folgender Problematik konfrontiert: Sozialplanung sei für den Bürger kein Begriff und so seien auch Sozialplaner für sie nicht präsent. Der Zugang in die relevanten Kommunikationsnetzwerke der Menschen fehle und so gelängen Informationen über die Infrastruktur und Veranstaltungen im Sozialraum nicht an die Zielgruppe.



Abbildung 41: Problemanalyse II – Arbeitsgruppe „Blaue Funken“

3.4.2 Ideensammlung

Die Ideensammlung erfolgt vor dem Hintergrund der Fragestellungen: Kennen wir (die Sozialplaner) die Kommunikationsnetze, mögliche Bedarfsermittler und Dienstleistungen vor Ort? Wissen wir, wie die Menschen leben und was sie umtreibt? Der Zugang zum Nutzer beziehungsweise die Zugangsbarrieren und Hemmschwellen der Nutzer zu bestimmten Leistungsbehörden sowie der direkte Kontakt zur Bevölkerung stellen wichtige Themen zur Ideenentwicklung dar. So entwickeln die Gruppenteilnehmer den Gedanken, Personen im Stadtteil zu identifizieren, die als „Lotse“ im Sozialraum auftreten und Kontakt sowie eine Beziehung zu den Nutzern aufbauen. Hierbei sei ein kleinräumiges Vorgehen bedeutsam. So könne beispielsweise ein Kioskbesitzer oder der Wochenmarkt eine Bezugsperson beziehungsweise einen Bezugspunkt im Quartier darstellen. Über diesen Ansprechpartner können Bedarfe direkt ermittelt sowie die vorhandenen Angebotsstrukturen vermittelt werden. Dabei käme der Sozialplanung die Aufgabe der Aktivierung und Begleitung des Prozesses zu. Das Ausfindig machen eines solchen verantwortlichen Ansprechpartners sowie die Sicherung der Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit wird als Schwierigkeit formuliert. Ein Lösungsansatz könne der Rückgriff auf bestehende Netzwerkstrukturen im Stadtteil sein. Die Einbindung von verschiedenen Multiplikatoren, wie beispielsweise Hausärzte, Frauenärzte oder Kirchengemeinden, benennen sie als bedeutsam, da nicht vorhersehbar sei, an wen sich Bürger in bestimmten Bedarfssituationen wenden. Eine Vernetzung sei dementsprechend sinnvoll, um Angebote in der Bevölkerung zu etablieren, zu vermitteln und Zugang zu den Bedarfen der Menschen zu erhalten. Die einzelnen Ideen und Ergebnisse der Gruppenarbeit werden an der Pinnwand gesammelt und im Austausch erfolgt die Anordnung an der Pinnwand.

3.4.3 Selektionsphase

Das Prinzip des Wochenmarktes und die Idee des Kioskbesitzers als Kontaktpartner im Sozialraum bewerten die Teilnehmer als eine gute Ausgangslage für die Entwicklung eines Prototyps. Sie beschließen somit, sich auf die Reduktion professioneller Zugänge und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte zu konzentrieren. Der Fokus solle dabei stets auf dem Nutzer liegen, da er am besten wisse, was gut für ihn ist. Der Sozialplanung komme damit die Aufgabe der Ermöglichung, Befähigung sowie Prozessbegleitung zu: Leitlinien werden gegeben, die Umsetzung liege jedoch

in Bürgerhand. An dieser Stelle wird auf Lösungsansätze aus Finnland (Geld für lokale Verantwortung transferieren) und der Schweiz (basis-demokratische Elemente) verwiesen.

3.4.4 Konstruktionsphase



Abbildung 42: Konstruktionsphase – Arbeitsgruppe „Blaue Funken“

Das Schaubild (vgl. Abbildung 42) fasst die einzelnen Ergebnisse der Arbeitsphasen zur Entwicklung eines Prototypen zusammen: Den Ausgangspunkt bildet die Vorstellung einer Gesamtstadt bei der alle Teilgruppen einer Gesellschaft als Nutzer identifiziert werden. Hiervon ausgehend könne sich der gegenwärtige Landkreis in zwei Richtungen entwickeln: Bei Verfolgung des direkten Wegs in Richtung eines lebenswerten Landkreises „schraube“ die Sozialplanung an einer Anpassungsstrategie, die sich an den Entwicklungen im Zuge des demografischen Wandels orientiere. Das Ziel könne jedoch auch auf Umwegen, mithilfe von kleineren Erfolgen erreicht werden. Dieser Umweg stelle das Modell eines weiteren Prototyps dar, dessen Voraussetzung das Außerkraftsetzen von gültigen Standards für einen bestimmten Zeitraum sei. So können freies Denken und die Entwicklung innovativer Lösungsansätze ermöglicht werden.

Bereits zu Beginn des Workshops kommt bei den Teilnehmern die Metapher des Architekten für die Rolle des Sozialplaners auf: Der Architekt mache Pläne und organisiere sich im „Backoffice“ mit den beteiligten Akteuren, wie zum Beispiel einem Bauzeichner, mit dem Ergebnis, dass sich der Nutzer im Haus wohlfühlt. Somit stelle der Architekt die notwendigen Materialien und Ressourcen zur Verfügung und begleite den Bauprozess. Die Gestaltung des Wohnraums bleibe jedoch dem Nutzer (zum Beispiel der Familie) selbst überlassen. Die Ermöglichung zu lokaler Verantwortungsübernahme und die Bereitstellung der „Basics“ für die Bevölkerung stünden somit im Vordergrund. Dem Sozialplaner komme in diesem Zuge die Rolle des Moderators und eine Dolmetscher- sowie

Vermittlungsfunktion zu. Unter diesen Umständen könne ein Experimentierfeld entstehen, in welchem die Bürger neue Prototypen für einen lebenswerten Landkreis entwickeln.

Das Schaubild baut auf dem Politikvorschlag zum demografischen Wandel des Berlin-Institutes auf, worunter beispielsweise die Energieautarkie (Symbol Windräder) als ein erfolgreiches Projekt benannt wird.

3.5 Arbeitsgruppe „Rote Funken“

Teilnehmende:

Bernadette Bueren	Stadt Bielefeld
Rita Gisler	Netzwerk altersfreundlicher Städte; RITA GISLER . STRATEGIEN für Alter und Gesundheit
Annina Meinherz	Stadt Chur
Bernd Quick	Stadt Mainz
Manfred Wittmann	Stadt Viersen
Mareike Hammes	Technische Hochschule Köln (Protokoll)

3.5.1 Problemanalyse

Bei einer ersten Bestandsaufnahme wird von der Gruppe folgendes festgehalten: Es wird die Frage aufgeworfen, wer überhaupt Nutzer einer Sozialplanung sei: Ist es der Adressat, die Politik oder doch die Verwaltung? Die Gruppe kommt zu dem Ergebnis, dass es verschiedene Akteure gebe, denen ein Nutzen durch die Sozialplanung zuteilwerde. Im weiteren Verlauf spezialisierten sich die Teilnehmer jedoch auf den altwerdenden Menschen als Nutzer. Dieser erhebe den Anspruch zwischen verschiedenen Angeboten auswählen zu können, um individuelle Bedürfnisse zu decken (Wahlfreiheit). Für den Nutzer bestehen Lücken in der Versorgung, da sich eine Sozialplanung oft in der Zukunft bewege, jedoch akute Bedürfnisse in der Gegenwart für den Nutzer von Bedeutung seien. Zudem stellen die fehlende Kommunikation zwischen Nutzer und Sozialplaner und ein mangelhafter Informationsfluss Schwierigkeiten dar. Eine weitere Herausforderung liege vor, wenn der Nutzer nicht in der Lage ist, seine eigenen Bedürfnisse und Vorstellungen zu transportieren und Angebote den Adressaten deshalb möglicherweise nicht gerecht werden. Zudem werde alten Menschen häufig weniger zugemutet als sie tatsächlich in der Lage seien zu vollbringen. Hier finde zum Teil Diskriminierung und Bevormundung statt. Darüber hinaus werden nicht alle beziehungsweise zu wenige Rollen, die ein Mensch innehatte, angesprochen. Angebote sollen sich deshalb nicht nur an „den alten Menschen“ richten, sondern auch an weitere Rollen einer Person, wie zum Beispiel die des „Vaters“, „Ehrenamtlers“ oder des „Sportlers“. Eine weitere Schwierigkeit stelle das Profitdenken von Anbietern dar sowie fehlender Konsens zwischen beteiligten Akteuren (vgl. Abbildung 43).



Abbildung 43: Problemanalyse – Arbeitsgruppe „Rote Funken“

3.5.2 Ideensammlung

In dieser Arbeitsphase werden die herausgearbeiteten Probleme Themen und Überschriften zugeordnet sowie Lösungsideen gesammelt. Als erste Überschrift und erstes Themenfeld stellt die Gruppe die Heterogenität der Nutzer heraus. Dies bedeute, dass es sich um multiple Adressaten handle, um Rollenmodelle und verschiedene Lebensformen des Alters. Zudem wird festgestellt, dass die Vielfalt der Nutzer schneller zunehme als die Vielfalt der vorhandenen Angebote. Als Fazit wird formuliert, dass es nicht den einen Nutzer gebe. Daraus lasse sich eine Komplexität herleiten, mit der sich immer wieder auseinandergesetzt werden müsse. Angebote erscheinen oft zu generell und nicht individuell und konkret genug, darüber hinaus müsse berücksichtigt werden, dass der Nutzer nicht über Expertenwissen verfüge. Es soll eine Balance zwischen Expertenwissen und dem „gefühlten Wissen“ des Nutzers hergestellt werden. Die Vorstellungen der Nutzer weiche zum Teil von vorhandenen Möglichkeiten ab und kulturelle Traditionen finden zum Beispiel nicht ausreichend Berücksichtigung. Zudem wird das Themenfeld „Partizipation“ erschlossen. In vielen Fällen sei es Nutzern nicht möglich mitzuwirken, dabei sei es wichtig, dass diese Einfluss nehmen können. Im Falle des alternden Menschen komme es auch dazu, dass Angehörige die Entscheidungen treffen. Bleibe eine Beteiligung des Nutzers aus, erfolge die Problemlösung letztlich aus der Perspektive der Verwaltung und nicht aus der des Nutzers. In diesem Zusammenhang formuliert die Gruppe eine weitere Begrifflichkeit, die des „Timelags“. Hier wird die Schwierigkeit von Sozialplanung bezüglich der Komponente Zeit betont. Der Sozialplaner bewege sich in einem langfristigen und zukünftigen Zeithorizont, wohingegen der Nutzer in der Gegenwart und kurzfristig denke. Des Weiteren wird die Finanzierbarkeit einer Sozialplanung von den Teilnehmern aufgegriffen. In diesem Kontext wird über ein immerwährendes Kostenwachstum diskutiert sowie Qualität und Kosten in den Blick genommen. Dabei spielen die wirtschaftlichen Interessen von Anbietern eine tragende Rolle. Bezüglich der Anbieter und den damit einhergehenden Angeboten für alte Menschen, stellen die Teilnehmer heraus, dass die Schwierigkeit zum Teil in einer schlechten Vernetzung der Angebote liege und eine Koordination der Angebote entscheidend sei. All diese Themenfelder leiten

die Gruppe zu der Entwicklung eines Prototyps. Diesbezüglich werden vor allem die Stichwörter Netzwerk, Vielfältigkeit und Wahlfreiheit als wichtig erachtet (vgl. Abbildung 44).



Abbildung 44: Ideensammlung – Arbeitsgruppe „Rote Funken“

3.5.3 Selektionsphase

Zu den Punkten Netzwerk, Vielfältigkeit und Wahlfreiheit werden in diesem Arbeitsschritt noch die Punkte ausreichende Kommunikation, Neutralität im eigenen Denken und Sachorientierung ergänzt, die nun in einem Prototyp vereint werden sollen. Es entsteht die Metapher des Lagerfeuers sowie die der Brücke: Das Lagerfeuer repräsentiere den Treffpunkt im Quartier, an dem sich verschiedene Akteure treffen und vernetzen können. Zusätzlich wird die Idee der Brücke benannt, die den Experten und den Nutzer verbinde. Aus beiden Ideen entwickelt die Gruppe schließlich das Konstrukt eines Prototyps.

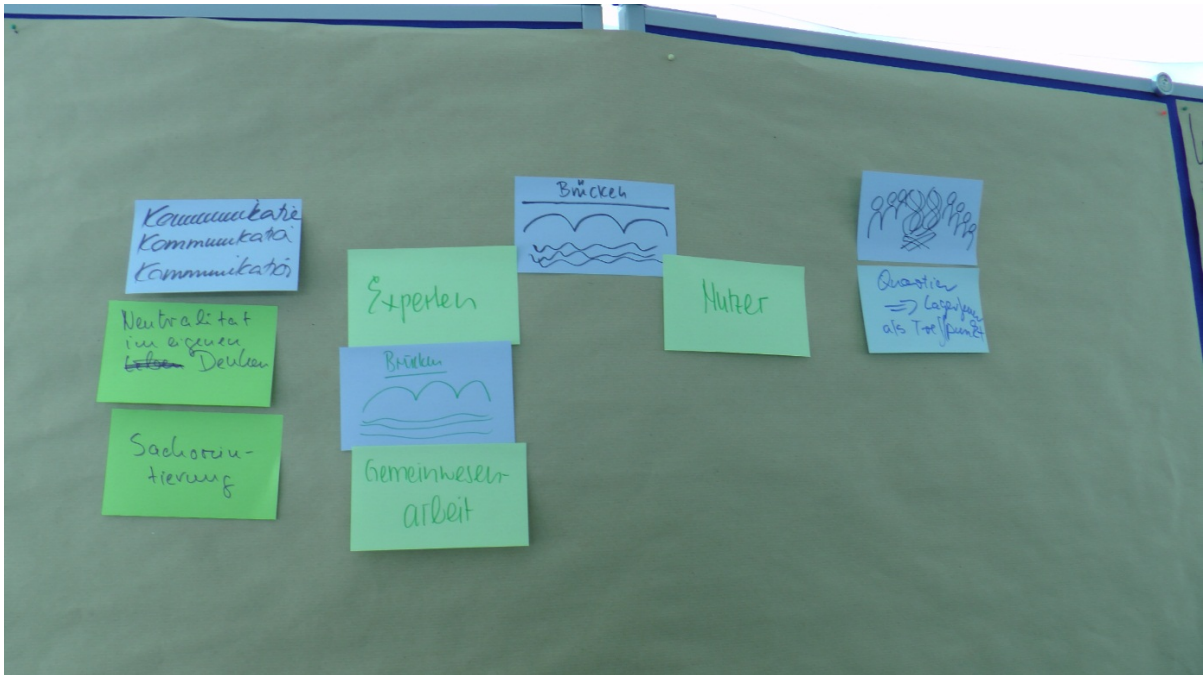


Abbildung 45: Selektionsphase – Arbeitsgruppe „Rote Funken“

3.5.4 Konstruktionsphase

Bei dem Konstrukt sei gemäß den Vorstellungen der Workshopteilnehmer der Nutzer das Zentrum, weswegen er in der Mitte angesiedelt ist. Ebenfalls in der Mitte und verbunden mit dem Nutzer sei der Sozialplaner. Die Sozialplanung Sorge für die Informationsweitergabe an den Nutzer und stehe mit diesem im Austausch. Darüber hinaus beziehe der Sozialplaner Wissen, Ideen und Vergleiche von anderen externen Akteuren. Zum Beispiel vergleiche und analysiere er Projekte in anderen Städten, um sie mit eigenen Ideen abzugleichen. Nutzer und Sozialplaner als Zentrum seien vernetzt mit allen Anbietern und Interessensgruppen. Diese Vernetzungen seien als Brücken gekennzeichnet. Die Brücken haben zum Teil unterschiedliche Farben, da die Verbindungen heterogen und unterschiedlich eng, intensiv, weit oder kurz seien. Die Brücken symbolisieren ebenfalls die Wahlfreiheit des Nutzers. Zusätzlich enthält das Konstrukt drei Kerzen. Diese stehen zum einen für die Emotionen, Wärme und Wertschätzung der Zielgruppe gegenüber. Zum anderen stehen sie für das „Feuer machen“ im Sinne von vorantreiben und zum Beispiel Zeit- und Zielvereinbarungen einhalten. Die dritte Kerze symbolisiert auch Vorsicht und Achtsamkeit, welche während einer Planung berücksichtigt werden sollte (vgl. Abbildung 46).

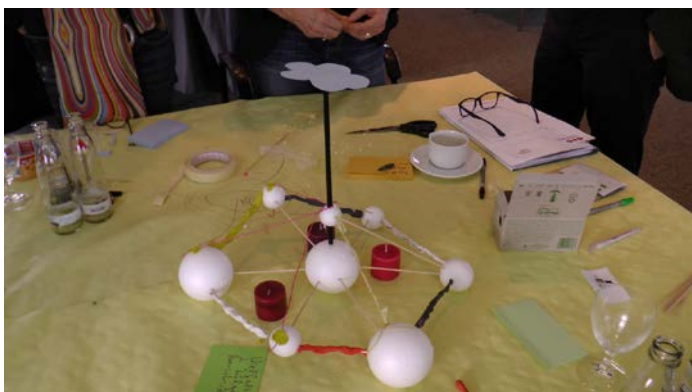


Abbildung 46: Modell der Arbeitsgruppe „Rote Funken“ I

3.6 Zusammenfassung der Ergebnisse

3.6.1 Arbeitsgruppe „Altstädter“

Die Gruppe „Altstädter“ beschäftigte sich im Zuge des „Design Thinking“ mit der Frage, wie ein zufriedenes Leben mit Pflegebedürftigkeit geführt werden kann. Davon ausgehend orientierten sich die Teilnehmenden an der Betroffenenperspektive und diskutierten, was der Einzelne im Alter braucht, was der alternde Mensch (noch) leisten kann und was er leisten möchte. Die Lösungssuche zu diesen Fragestellungen ergab folgende Überlegungen:

Aus Präventionsgründen sollte das Nachdenken über das Alter nicht erst stattfinden, wenn ein hohes Alter oder eine Pflegebedürftigkeit bereits erreicht sind. Somit kann es sinnvoll sein, eigene Wünsche frühzeitig zu dokumentieren. Auch andere gesellschaftliche Gruppen sollten frühzeitig für das Thema des Älterwerdens sensibilisiert werden, um dem alternden Menschen gerecht werden zu können. Darüber hinaus ist von Interesse, wie sich der Einzelne im Alter selbst aktiv einbringen kann, um etwas Neues zu lernen, wie beispielsweise eine Sprache oder ein Musikinstrument. Ein Hauptziel solcher Aktivitäten sollte es sein, die Lebensfreude zu erhalten. Neben gesellschaftlichen und persönlichen Komponenten sind auch strukturelle Aspekte von Bedeutung: So sollte beispielsweise das Pflegesystem auf eine individuelle Nutzung durch ältere Menschen ausgerichtet sein. In diesem Kontext schlug die Gruppe vor, ein System zu entwickeln, in welchem dem Nutzer ein Budget zur Verfügung gestellt wird, das er – je nach Bedarf – für Hilfeleistungen verwenden kann. Als eine weitere Herausforderung benannten die Teilnehmenden eine ausreichende Kommunikation über bestehende Angebote und deren Nutzungsmöglichkeiten. Diese Informationen sollen an den Nutzer herangetragen werden (Beispiel: technikbasiertes Wohnen als Zukunftsorientierung).

Als Metapher wählte die Gruppe einen Baum: Dieser wächst vom Korn ausgehend und wird älter. Seine Äste gehen zum Teil verloren, es kommen jedoch wieder neue Äste hinzu und er trägt Früchte. Vor dem Hintergrund, dass im Kontext von Planung das „Ich“ des Nutzers gestärkt werden soll, repräsentiert dieser Baum insbesondere die Nutzerperspektive. Dabei müssen Bedarfe und Bedürfnisse in den Blick genommen, die Vielfalt der verschiedenen „Ichs“ beachtet und heterogene Angebote gestaltet werden. So kann eine gelingende Altersbewältigung vollzogen werden (vgl. Abbildung 47).



Abbildung 47: Modell der Arbeitsgruppe „Altstädter“ II

3.6.2 Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

Mit der Einleitung „Die Gesellschaft von heute sind die Dementen von morgen“ verwies die Gruppe „Ehrengarde“ auf das von ihnen fokussierte Thema der Demenz. Sie verdeutlichten, dass der demente Mensch künftig im Mittelpunkt stehen wird und um ihn herum die relevanten Bezugssysteme liegen werden. Als Herausforderungen, denen der an Demenz erkrankte Mensch gegenübersteht, führten die Teilnehmenden Orientierungsprobleme hinsichtlich Raum, Zeit und der eigenen Person auf. Darüber hinaus sind Hilflosigkeit, eine zunehmende Pflegebedürftigkeit und ein daraus resultierender Unterstützungsbedarf zu berücksichtigen. Problematisiert wurde auch eine Perspektivlosigkeit, da eine Heilung der Erkrankung bisher nicht möglich ist. Darüber hinaus geht es um Scham, öffentlich über die Krankheit zu sprechen.

Ebenfalls betroffen ist die angehörige Familie, da sie sich zum Teil mit psychischer und physischer Überforderung konfrontiert sieht. Durch die Betreuung kann die Familie eigene Einschränkungen und finanzielle Herausforderungen erleben, eine emotionale Belastung verspüren und mit gesellschaftlichem Rückzug reagieren. Auch das nicht-familiäre Umfeld, die Menschen im Quartier, zum Beispiel der Bäcker oder das Gasthaus, können mit der Demenzerkrankung in Berührung kommen und Unsicherheiten im Umgang mit der betroffenen Person auftreten. Als Hauptprobleme stellten sich die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz sowie die Schwierigkeit, dass Hilfsangebote nicht ankommen und nicht genutzt werden, dar. Außerdem wurde die Angebotsvielfalt als unübersichtlich und überfordernd von der Gruppe bewertet.

Wichtig sind nach Meinung der Teilnehmer deshalb die regelmäßige Thematisierung von Demenz und die Sensibilisierung der Menschen im Quartier. Als Metapher wählte die Gruppe - angelehnt an den Kinofilm „Honig im Kopf“ - „Käse im Kopf“. Der Käse stellt das Gedächtnis des Dementen dar, welches zunehmend mehr Löcher aufweist. Neben diesem Bild rückt zusätzlich die Metapher vieler bunter Blumen und der Vergissmeinnicht. Die Blumen stellen die Gesellschaft dar, in deren Mitte sich auch die dementen Menschen befinden (vgl. Abbildung 48).



Abbildung 48: Modell der Arbeitsgruppe „Ehrengarde“

3.6.3 Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“

Die Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ definierte den Bürger als Nutzer von Leistungen als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Dabei handelt es sich um Individuen mit unterschiedlichen Werten, Vorstellungen, Bedürfnissen, Anliegen und möglichem Leidensdruck. Diese Nutzerperspektive sowie die Frage, wie Individuen möglichst schnell und effektiv verstanden und sich in ihren Anliegen unterstützt fühlen können, standen im Zentrum der Überlegungen. In diesem Zusammenhang wurde außerdem diskutiert, wie die Leistungen zu den Menschen kommen.

Der Design Thinking-Prozess führte in der Arbeitsgruppe zu folgenden Überlegungen: Die Nutzer befinden sich auf einer Ebene, die mit der Ebene des Sozialplaners – einer „Zwischenebene“ – verbunden ist. Die Stakeholder, die Einfluss auf die Planung nehmen, agieren auf einer weiteren Ebene (zum Beispiel auf der Ebene der Politik). Ziel der Sozialplanung und der Modellentwicklung ist somit eine effektive Verbindung und Modellierung dieser Ebenen. Das zugrundeliegende Menschenbild spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Frage, inwieweit der Staat in das Leben des Einzelnen eingreifen darf.

Um diese Überlegungen zu veranschaulichen, griff die Gruppe verschiedene Metaphern auf. Durchsetzen konnte sich letztlich unter anderem das Bild der Supermarktkette, bei der es sich um ein menschengeschaffenes, ökonomisches Modell handelt, das genossenschaftlich organisiert ist. Die Nutzer sind somit gleichzeitig Kunden und Genossen, sie entscheiden über die Ausrichtung der Supermarktkette. Der Sozialplanung kommt folglich keine alleinige Entscheidungskraft zu, vielmehr ist ein regelmäßiger Austausch mit den Nutzern gefordert. In diesem Zusammenhang besteht die Herausforderung für die Sozialplanung darin, das Sortiment den Bedürfnissen der Kunden anzupassen. Zu diesem Zweck ist die Sozialplanung im Sozialraum verankert und steht in direktem Kontakt zu den Kunden, um herauszufinden, wo Präferenzen und Abneigungen liegen. Diese Informationen leitet sie an die strategische Sozialplanung weiter, die die Bereitstellung neuer Produkte und Angebote in den Filialen gewährleistet. Für die Sozialplanung wählte die Gruppe deshalb die Metapher der Krake, deren Kopf die strategische Sozialplanung symbolisiert und deren Arme für die Planung in den Sozialräumen stehen. Von dort kann die Sozialplanung koordinieren, moderieren und transformieren. Diese Aufteilung sowie die Wahl einer Genossenschaft als Rechtsform der Supermarktkette stellt eine Zusammenführung des Top-down- und des Bottom-up-Ansatzes dar.

Diskutiert wurde im Plenum insbesondere die Frage, wie viel Autonomie und Entscheidungsmacht den Nutzern als Genossen tatsächlich zugesprochen wird, so beispielsweise wie damit umgegangen wird, wenn die Nutzer lediglich ungesunde Lebensmittel im Supermarkt einkaufen. Die Gruppe „Nippeser Bürgerwehr“ stellte daraufhin klar, dass es Aufgabe der Sozialplanung ist, bedarfsgerechte, innovative und qualitativ hochwertige Produkte zu identifizieren, bereitzustellen und dem Nutzer zu verkaufen (vgl. Abbildung 49).

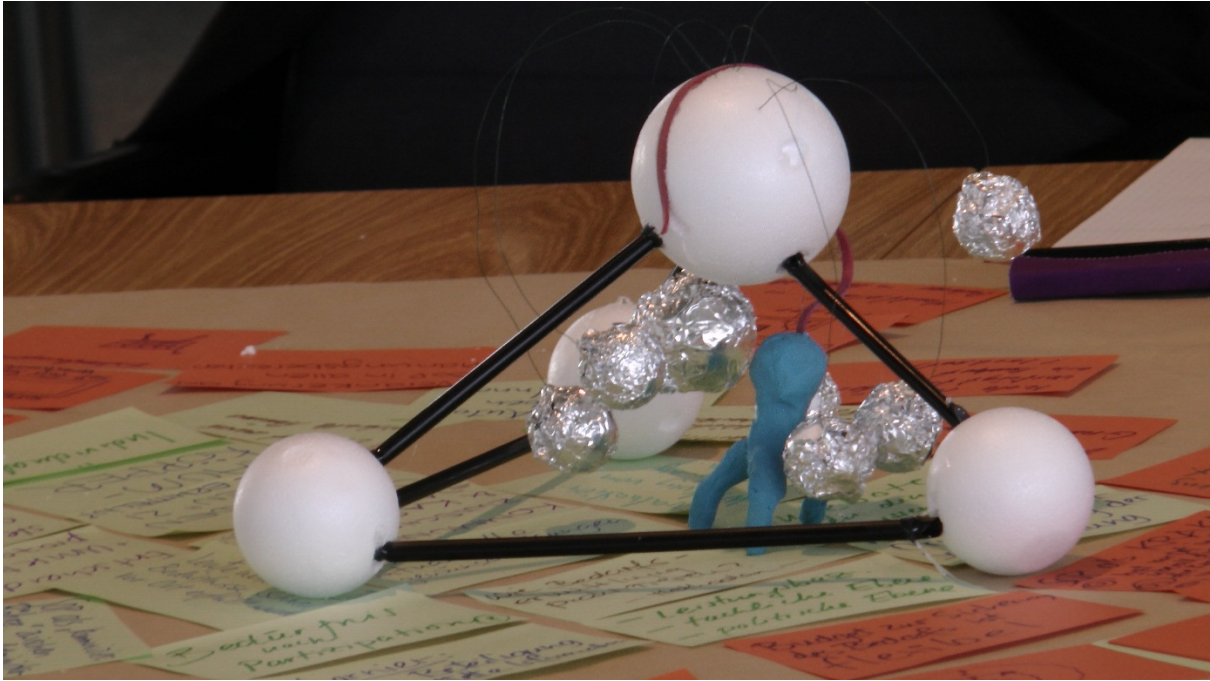


Abbildung 49: Modell der Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ II

3.6.4 Arbeitsgruppe „Blaue Funken“

Die Arbeitsgruppe „Blaue Funken“ definierte die Nutzergruppen ihres Planungsmodells nicht explizit, da die Sozialplanung idealerweise alle Betroffenen gleichermaßen einbezieht. Dies macht deutlich, dass die Herausforderungen der Sozialplanung vor allem in der Heterogenität der Gesellschaft und ihrer Bedürfnisse begründet liegen.

Vor dem Hintergrund dieser Heterogenität verdeutlichte die Gruppe, dass die Entwicklung einer Stadt oder eines Landkreises hin zu einer lebenswerten Gebietskörperschaft nicht immer über einen direkten Weg, der durch Anpassungsstrategien der Sozialplanung geebnet wird, erreicht werden kann. Stattdessen sind ebenso Umwege denkbar, die eine Zielerreichung anhand mehrerer kleiner Schritte ermöglichen (vgl. Abbildung 50).

Die Teilnehmenden wählten als Metapher für ihre Sozialplanung den „Architekten“, da dessen Aufgabe darin besteht, das 'Bauvorhaben' zu planen, zu organisieren und zu kontrollieren. Er konzentriert sich dabei jedoch nicht allein auf die Planung und Umsetzung des Bauvorhabens, sondern sorgt ebenso dafür, dass die Hausbesitzer (die heterogene Gesellschaft, der Stadtteil, der Sozialraum) den zugrundeliegenden Bauplan verstehen. Der Sozialplaner ist somit gleichzeitig Planer, Konstrukteur und Vermittler.

Zur Konkretisierung dieser Überlegungen wählte die Gruppe als „Bauvorhaben“ ein Grundstück mit einem Haus, dessen Planung in den Händen des Architekten liegt. Zu seinen Aufgaben zählen in diesem Fall die Kommunikation mit den verschiedenen beteiligten Gewerken (Fachbereiche), den Banken (Grundlagen zur Finanzierung) sowie die Verhandlung mit der Bauaufsicht (Politik). Er ist somit Vermittler, Verantwortlicher und Dolmetscher sowie die Person, die den Prozess von Anfang bis Ende begleitet, moderiert und mit ihrem Know-how bereichert.



Abbildung 50: Modell der Arbeitsgruppe „Blaue Funken“

Die Blauen Funken merkten kritisch an, dass sich die heutige Sozialplanung hauptsächlich auf die Stadtgestaltung bezieht und die Landflächen dadurch vernachlässigt werden. Dabei durchleben beide eine dichotome Entwicklung: Die Stadt sieht sich mit Wachstumsprozessen konfrontiert, die von der Sozialplanung – wie von einem Architekten – begleitet werden sollten, während das Land gleichzeitig Schrumpfungsprozessen ausgesetzt ist. Diese Entwicklungen fordern eine neu-gedachte Sozialplanung, die auf der Selbstständigkeit und Eigeninitiative der Bürger aufbaut und niederschwelliger und dialogischer aufgebaut ist.

3.6.5 Arbeitsgruppe „Rote Funken“

Die Gruppe „Rote Funken“ erwählte sich ebenfalls keine differenzierte Nutzergruppe für ihr Sozialplanungskonzept. Sie einigten sich darauf, den Fokus auf die gesamte Bevölkerung zu legen und alle Adressaten einzubeziehen, da Zielgruppen häufig viel zu stereotypisch definiert werden und somit die Vielschichtigkeit der Nutzer außer Acht gelassen wird. Der Anspruch an ein neues Sozialplanungskonzept besteht deshalb darin, die Bedürfnisse und Wünsche der Adressaten wahrzunehmen und künftige Entwicklungen und Veränderungen abzuschätzen. Hieraus könnte jedoch eine ungeahnte Komplexität an Bedürfnissen und Aufgaben entstehen, aufgrund derer sich die

Sozialplanung mit diversen Wegen und Werten konfrontiert sieht. Um diese handhaben zu können, sollte eine neue Sozialplanung verstärkt mit der Forschung zusammenarbeiten und auf diesem Weg Expertenwissen einbeziehen.

Im Zuge des Prototypings entwickelte die Arbeitsgruppe verschiedene Metaphern, die zu einem vielschichtigen Modell zusammengeführt wurden. Im Zentrum dieses Modells steht die Sozialplanung, die mit allen Akteuren verbunden ist. Über der Sozialplanung wurde eine Wolke angebracht, die für das Expertenwissen und für die Forschung steht. Die Verbindung zueinander ist hohl, so dass „Wissen“ aus der Wolke ungefiltert bei der Sozialplanung ankommen kann. Die Nutzergruppen sind ebenfalls durch flexible Strebungen mit der Sozialplanung verbunden. Durch diese werden die Bedürfnisse nicht nur über die Fachstellen und Fachbereiche an die Sozialplanung weitergeleitet, sondern kommen auf direktem Weg an. Der dritte Hauptakteur des Modells der Sozialplanung sind die Fachbereiche sowie die Anbieter sozialer Dienstleistungen. Sie führen Angebote durch und sorgen für eine Wahlfreiheit der Nutzergruppen. Kerzen und Feuer stellen die Emotionalität und Empathie in der Sozialplanung dar, können aber gleichzeitig „einheizen“, wenn es Veränderung oder Anstoß benötigt. Das Feuer kann zudem als Lagerfeuer betrachtet werden und mit einer friedlichen und gemeinschaftlichen Stimmung als Treffpunkt für alle Planungsbeteiligten dienen (vgl. Abbildung 51).

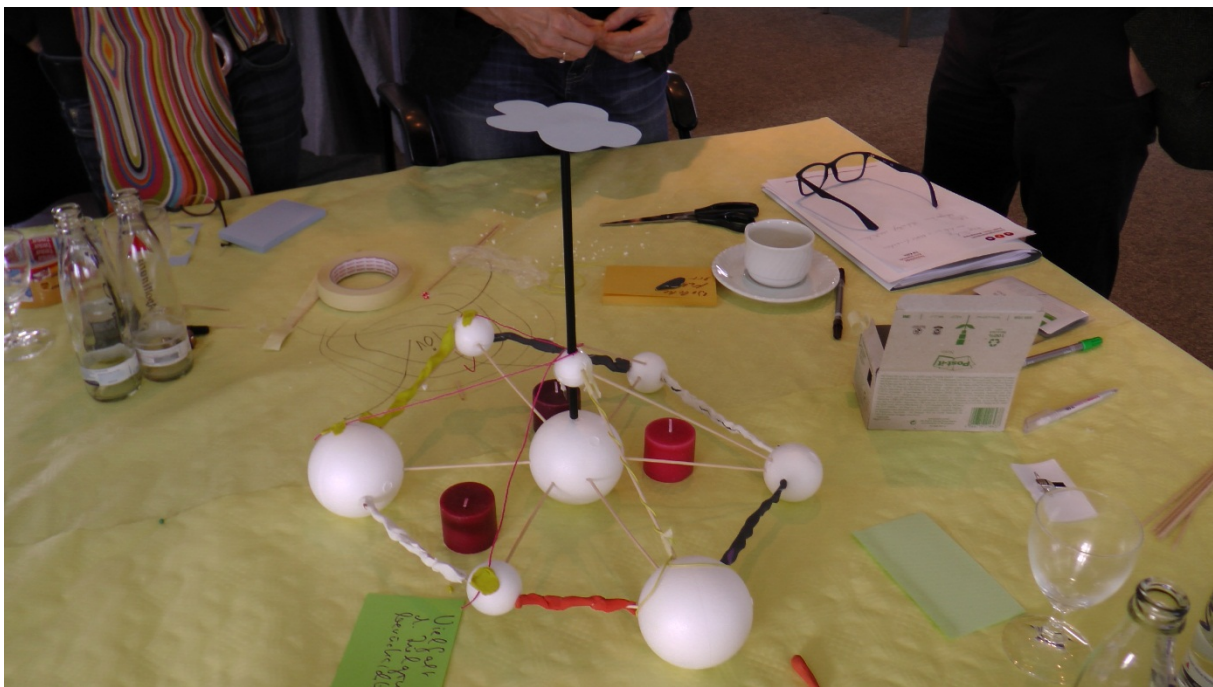


Abbildung 51: Modell der Arbeitsgruppe „Rote Funken“ II

4 Synthese der Ergebnisse und Ausblick

Die Ergebnisse des Prototyping und die hierbei entwickelten Metaphern wurden von dem Forscherteam der TH Köln im Anschluss an die Tagung zu einem gemeinsamen Modell einer integrierten Sozialplanung zusammengeführt. In Kapitel 4.1 wird das Modell anhand eines Schaubilds dargestellt. In Kapitel 4.2 wird das weitere Vorgehen in Form einer Übertragung bzw. Erprobung von Aspekten des entwickelten Prototyps erläutert.

4.1 Entwicklung eines integrierten Modells

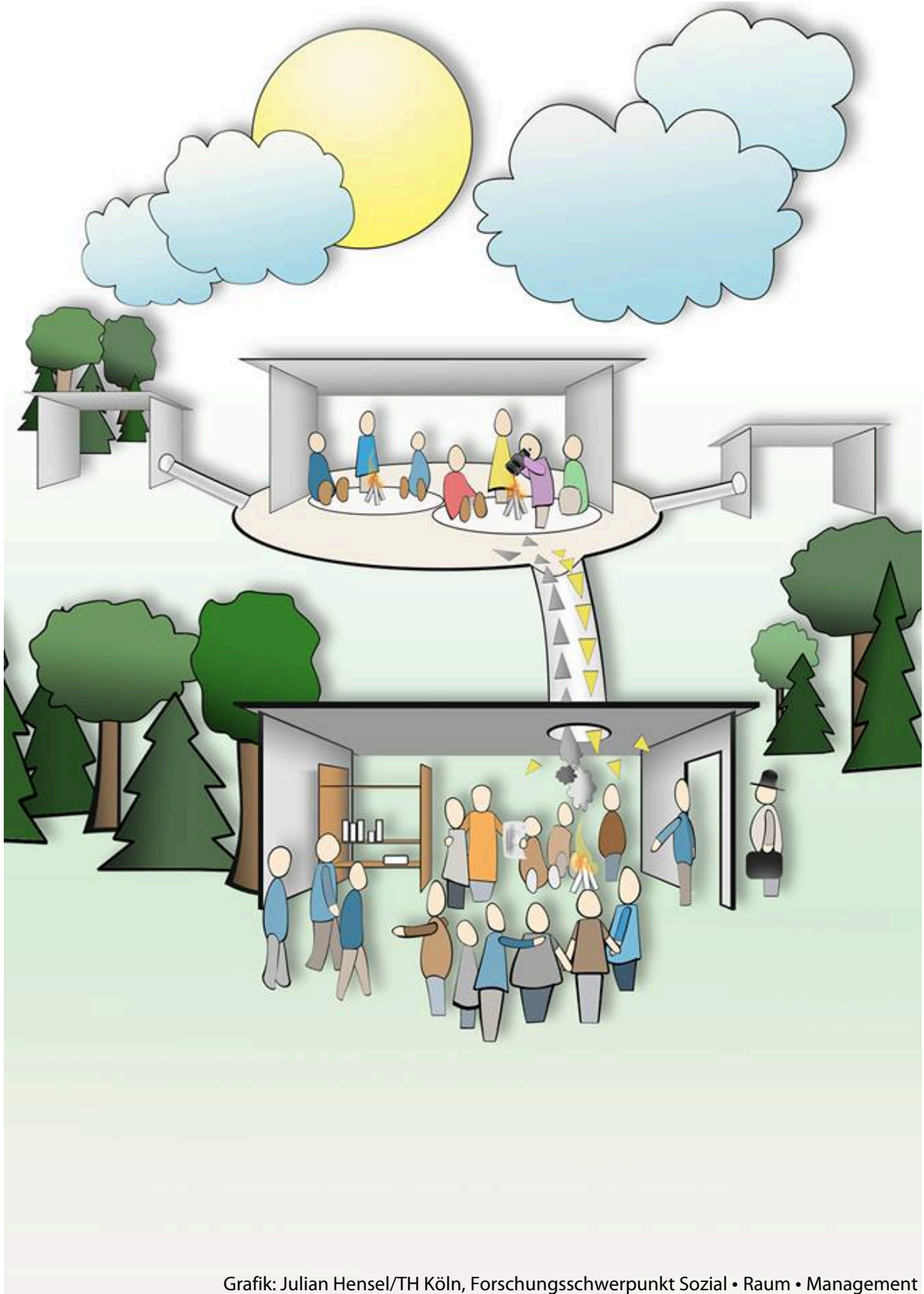
Die Abbildung 52 zeigt, dass eine integrierte Sozialplanung auf Kooperationen, Zusammenschlüssen und Netzwerken beruht. Nur wenn die soziale Infrastruktur unter Beteiligung unterschiedlicher verwaltungsinterner und -externer Akteure gestaltet wird, können ganzheitliche und gleichzeitig individuelle und bedarfsgerechte Angebote und Maßnahmen für die Nutzer entwickelt werden. Die Orte solcher Interaktionen sind im Bild durch Lagerfeuer gekennzeichnet: Sie stellen sowohl die Schnitt- und Verknüpfungspunkte der (verwaltungsinternen) Fachbereiche und Ressorts, die die Planung sozialer Belange gemeinsam angehen, als auch der Akteure im Sozialraum/in der Gemeinde, die zum Austausch von Informationen und zur Bündelung von Ressourcen zusammenkommen, dar.

Im Zentrum des Bildes befindet sich die Zentrale der Sozialplanung. Sie dient als Knotenpunkt für weitere „Planungsfilialen“ in den Sozialräumen – mithilfe der Metapher einer Supermarktkette wird somit die Mehrebenenstruktur einer integrierten Sozialplanung verdeutlicht.

Die Planungszentrale ist für strategische Planungsprozesse zuständig. Diese berühren dabei zwei Systeme, zu denen zum einen das politische System als normative Aufsicht zählt. Zum anderen ist in der Zentrale das System der Verwaltung als Steuerungszentrale verankert, das in verschiedene Teilsysteme zu differenzieren ist. Zu ihnen zählen unter anderem die Sozialplanung, die Sozialberichterstattung sowie weitere Fachplanungen. Die enge Zusammenarbeit innerhalb dieser Systeme im Rahmen von „Lagerfeuern“, die der Strategieentwicklung dienen, ist für eine integrierte Sozialplanung von großer Bedeutung. Aber auch der Austausch zwischen den Systemen ist notwendig, um gemeinsam die Aktivitäten der Planungseinheiten, die im Sozialraum/in der Gemeinde operativ tätig sind, zu steuern.

Auch die Dezentralisierung der Planung kann anhand des Bildes einer Supermarktkette beschrieben werden: Die Zentrale des Supermarktes steuert die an unterschiedlicher Stelle im Sozialraum/in der Gemeinde verorteten lokalen Filialen. Hierzu gehören Infrastruktureinrichtungen, in denen vor Ort lokale Fragen der Sozialplanung gebündelt werden. Bestehende Einrichtungen, wie zum Beispiel Bürgerhäuser, dienen dabei als Interaktionsräume. Des Weiteren können Träger die Schnittstelle zwischen Planung, lokalen Akteuren und Bürgern darstellen (bspw. als Schwerpunktträger) und somit eine besondere Rolle in der Planung einnehmen. Bei der gewählten Metapher handelt es sich um eine genossenschaftliche Supermarktkette, somit wird die Doppelrolle der Bürger betont: Als Anteilseigner des Supermarktes bzw. ihres Sozialraums sind sie in ihrer Funktion als Kommunalpolitiker für die normative Beaufsichtigung der Prozesse zuständig. Als Bürger sind sie zugleich auch Nutzer der Planung und in den lokalen Einrichtungen dazu eingeladen, die Angebote, die von der Sozialplanung bereitgestellt werden, nicht nur in Anspruch zu nehmen, sondern an ihrer Planung auch mitzuwirken.

Die Zentrale als strategische Planung und die lokalen Filialen in den Sozialräumen sind durch Kommunikationsstränge miteinander verbunden, wodurch beidseitige Austausch- und Informationsprozesse möglich werden.



Grafik: Julian Hensel/TH Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management

Abbildung 52: Prototyp "Integrierte Sozialplanung" - Zusammenfassung der Ergebnisse des Design Thinking Workshops vom 29.01.2016 – Schaubild

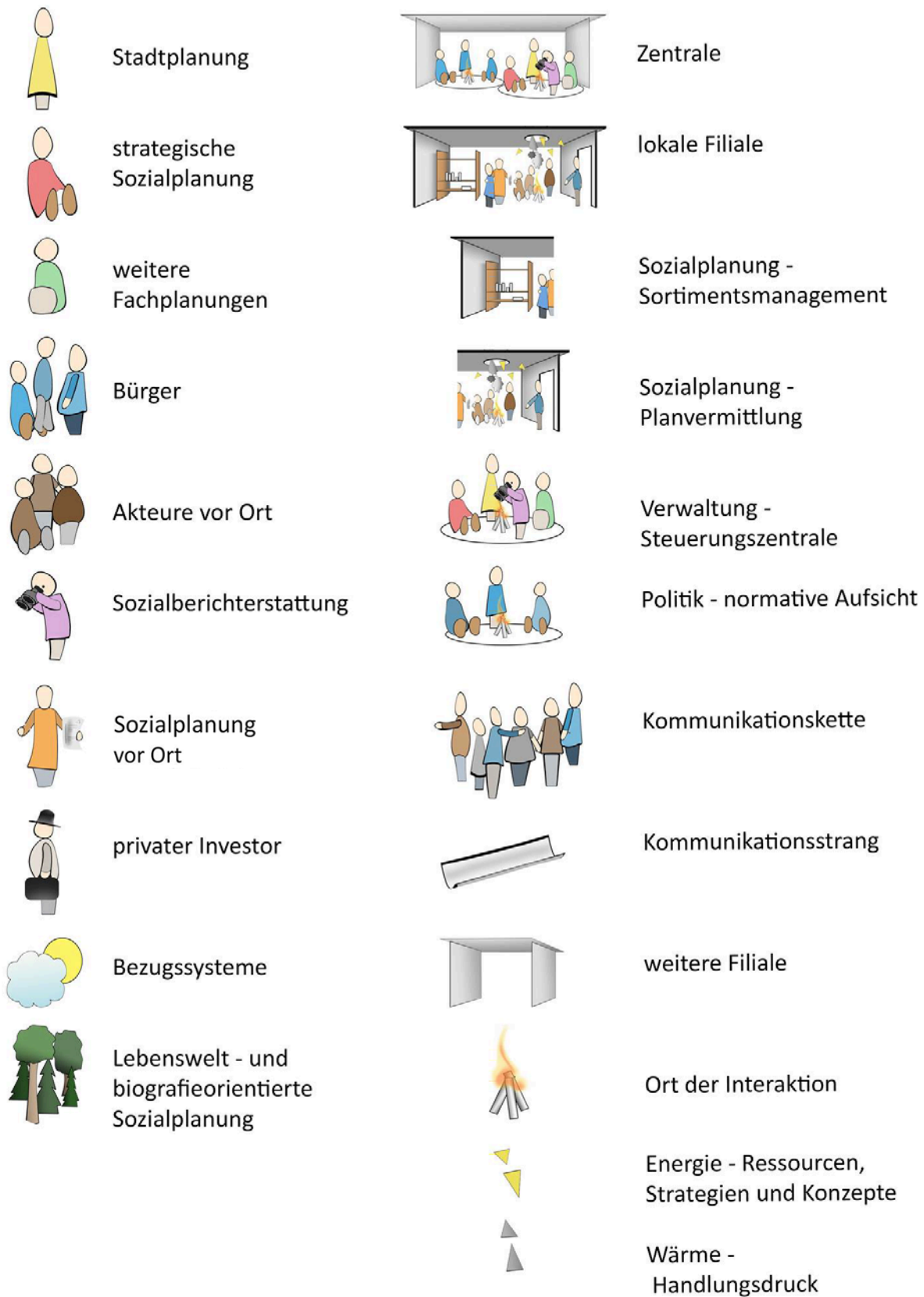


Abbildung 53: Prototyp "Integrierte Sozialplanung" - Zusammenfassung der Ergebnisse des Design Thinking Workshops vom 29.01.2016 - Legende des Schaubilds

Sonne und Wolken, die am Himmel des Planungsnetzwerks stehen, symbolisieren die Bezugssysteme der Sozialplanung, die das Netzwerk durch Licht und Regenwasser nähren: Durch ihren Output nehmen sie Einfluss auf die Strategieentwicklung der Sozialplanung. Zu den Bezugssystemen zählen bspw. die Vereine, in denen sich Sozialplanung organisiert, wie der Verein für Sozialplanung e.V. und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Aber auch Hochschulen können zur Gewinnung neuen Wissens und neuer Erkenntnisse beitragen sowie gewerkschaftliche Vereinigungen, sonstige Organisationen der Sozialen Arbeit und grundlegende Diskurse in Artikeln der Fachzeitschriften.

Die Bäume, die die Filiale umgeben und Bestandteil des Sozialraums sind, stehen in diesem Kontext für eine lebenslagenorientierte Ausrichtung der Sozialplanung. Denn ebenso wie junge und alte Bäume im Wald unterscheiden sich die Bürger hinsichtlich ihres Alters, ihrer Erfahrungen und Bedürfnisse. Sie können sich auch zu Betroffenheitssystemen formieren, bspw. als Angehörigenfamilien mit einem demenzerkrankten Angehörigen. Die Herausforderung der Sozialplanung liegt somit in einer individuellen und biografiesensiblen Organisation, die den unterschiedlichen Bedürfnissen angemessen Rechnung trägt.

Die bereits beschriebene lokale Filiale, in der Produkte bzw. Maßnahmen und Angebote der Sozialplanung für alle Kunden/Nutzer im Sozialraum/in der Gemeinde angeboten werden, ist mit der Zentrale vernetzt. Hier fungiert die Sozialplanung nicht nur als Kontaktperson zwischen Zentrale und Bürgern sondern zugleich auch als eine Art „Sortimentsmanager“. Ihre Aufgabe liegt unter anderem in der Bereitstellung bedarfsgerechter Waren und einer passgenauen Infrastruktur sowie der Angebote im Sozialraum. Die Bürger sind in ihrer Doppelrolle als Anteilseigner und Nutzer dazu eingeladen, die Filiale aufzusuchen und die Angebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen, auszuwählen.

Gleichzeitig agiert die Sozialplanung vor Ort als Architekt, als Planvermittler: Sie führt Plangespräche, in denen die Anliegen der Politik, die Bedarfe vor Ort sowie die operativen Planungsprozesse diskutiert werden. Diese Plangespräche finden wiederum an „Lagerfeuern“ statt. Als solche Orte können zum Beispiel Sozialraumkonferenzen, Arbeitskreise oder andere Gremien dienen, die sich der gemeinsamen Gestaltung von Planungsprozessen widmen. Auch wirtschaftlichen Anbietern von Leistungen, verbündet durch einen privaten Investor, steht die Tür zur Teilnahme am Lagerfeuer offen. Die Beteiligung der Bürgerschaft ist ein weiteres wichtiges Merkmal der lokalen Plangespräche.

Die Wärme des Lagerfeuers stellt die Gesprächsergebnisse dar und wird durch die Kommunikationsstränge an die Zentrale zurückgegeben. So werden einerseits ein wirkungsvoller Handlungskreislauf erzeugt und andererseits die strategische Überlegungen mit lokalen Informationen abgesichert. Das Ergebnis sind Strukturen, Strategien und Ressourcen für die lokalen Filialen, die die Rahmenbedingungen für die Planung vor Ort darstellen.

In der lokalen Filiale befindet sich außerdem eine Kommunikationskette, die sich aus Mittelspersonen und Ehrenamtlichen (z.B. Lotsen), Professionellen und Bürgern zusammensetzt. Es handelt sich um eine nach außen hin offene Formation, deren Anfang der Sozialplaner darstellt. Durch den (Körper-) Kontakt mit einem Bürger wird deutlich, dass er mit den Beteiligten der Menschenkette in einem regelmäßigen Austausch steht.

Darüber hinaus symbolisiert die Kommunikationskette die Beteiligung der Akteure und Nutzer an den Planungsprozessen. Über Lotsen können beispielsweise Informationen im Sozialraum/in der Gemeinde weitergeleitet und Angebote publik gemacht werden– die Kommunikationskette beginnt aus diesem Grund in der lokalen Filiale, wo Maßnahmen und Angebote der Planung bereitgestellt werden. Das in der Filiale dargestellte Lagerfeuer verdeutlicht erneut die hohe Bedeutung von Beteiligungsformen, wie Stadtteilkonferenzen oder Netzwerken, deren Informationsfluss für die Planung relevant ist.

In vereinfachter Form lässt sich der Prototyp eines integrierten Modells in folgendem Schaubild darstellen:

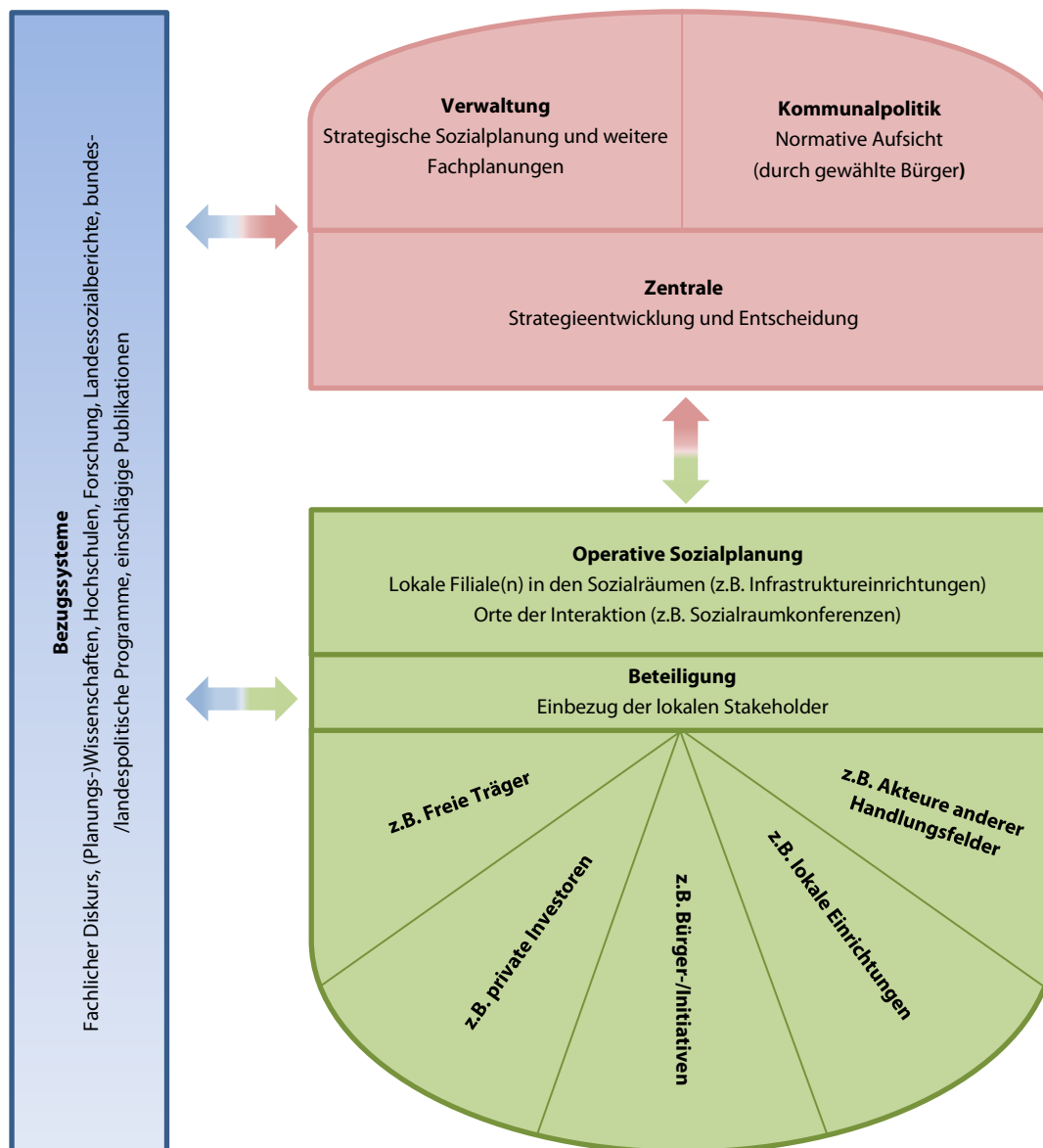


Abbildung 54: Strukturbild des integrierten Modells

4.2 Weiteres Vorgehen

In den weiteren Schritten wird das erarbeitete Modell praxisbezogen operationalisiert. Dabei sollen die Lösungsstrategien, die in den metaphorischen Prototypen erarbeitet wurden, von der Metaphorik befreit und in die kommunalen Strukturen transferiert werden. Es werden die Ansatzpunkte identifiziert, die Potenziale einer integrierten Sozialplanung widerspiegeln. Auf der Grundlage dieser Synthese der abgeleiteten Lösungsstrategien werden Module entwickelt, die in ihrer Gesamtheit ein innovatives Handlungsmodell der integrierten Sozialplanung darstellen, das sich in die Praxis der sozialen Planung von Städten und Landkreisen übertragen und bewerten lässt.

Zur Konkretisierung des handlungsrelevanten Modells und der Module einer integrierten Sozialplanung werden in den Sommermonaten des Jahres 2016 Experteninterviews in verschiedenen Gebietskörperschaften geführt, in denen die Anwendbarkeit überprüft wird.

5 Verzeichnisse

5.1 Literaturverzeichnis

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2016): Wir über uns. Online: <https://www.deutscher-verein.de/de/wir-ueber-uns-1162.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.03.2016].

Gürtler, J.; Meyer, J. (2013): 30 Minuten. Design Thinking. Offenbach: Gabal Verlag GmbH.

Meinel, C.; Weinberg, U.; Krohn, T. (2015): Design Thinking Live. Wie man Ideen entwickelt und Probleme löst. Hamburg: Murmann Publishers GmbH.

Plattner, H.; Meinel, C.; Weinberg, U. (2011): Design Thinking. Innovationen lernen – Ideenwelten öffnen. München: mi-Wirtschaftsbuch.

Springer Gabler Verlag (Hg.), (2016): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Design Thinking. Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/-2046631401/design-thinking-v2.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.03.2016].

Verein für Sozialplanung e.V. (2016): Wir über uns. Online: <http://www.vsop.de/index.php?page=14641&f=1&i=14641> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.03.2016].

5.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dreifache Integrationsstrategie im Projekt ISPIInoVA	7
Abbildung 2: Bedeutung einer sozialraumorientierten Sozialplanung – Workshop „Orientierung am Sozialraum“	12
Abbildung 3: Organisationsform und Ressourcen – Workshop „Orientierung am Sozialraum“	13
Abbildung 4: Verwaltungsinterne Kooperationen – Workshop „Orientierung am Sozialraum“	13
Abbildung 5: Verwaltungsexterne Kooperationen – Workshop „Orientierung am Sozialraum“	14
Abbildung 6: Entwicklungsperspektiven – Workshop „Orientierung am Sozialraum“	15
Abbildung 7: Bedeutung einer an den Bedürfnissen orientierten Sozialplanung – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“	18
Abbildung 8: Organisationsformen/ Ressourcen – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“	18

Abbildung 9: Verwaltungsinterne/verwaltungsexterne Kooperationen – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“	20
Abbildung 10: Realisierte Angebote / Erfolgsfaktoren – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“	21
Abbildung 11: Entwicklungsperspektiven – Workshop „Orientierung an den Bedürfnissen“	22
Abbildung 12: Bedeutung von Steuerung von Planungsprozessen in der Kommune – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	23
Abbildung 13: Entscheidungsbefugnisse und Methodenkompetenzen – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	24
Abbildung 14: Ressourcen und Kooperationen – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	26
Abbildung 15: Bedeutung von Steuerung – Workshop „Steuerungsverständnis in der sozialen Planung“	27
Abbildung 16: Bedeutung von Innovation in der Sozialplanung – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“	29
Abbildung 17: Rahmenbedingungen/Ressourcen – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“	29
Abbildung 18: Organisationsformen/Bedeutung anderer Fachbereiche – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“	30
Abbildung 19: Innovative Projekte/Erfolgsfaktoren – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“	31
Abbildung 20: Entwicklungsmöglichkeiten – Workshop „Innovationen in Strukturen und Prozessen“	32
Abbildung 21: Bedeutung eines partizipativen Vorgehens für die Sozialplanung – Workshop „Partizipation und Beteiligung“	33
Abbildung 22: Partizipative Angebote – Workshop „Beteiligung und Partizipation“	35
Abbildung 23: Erfolgsfaktoren – Workshop „Beteiligung und Partizipation“	36
Abbildung 24: Entwicklungsperspektiven – Workshop „Beteiligung und Partizipation“	37
Abbildung 25: Social Design Thinking – Einführung	40
Abbildung 26: Social Design Thinking – Prinzipien und Ablauf.....	41
Abbildung 27: Individuumzentrierte Planung – Arbeitsgruppe „Altstädter“	44
Abbildung 28: Modell der Arbeitsgruppe „Altstädter“ I.....	44
Abbildung 29: Problemanalyse – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	46
Abbildung 30: Ideensammlung I – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	47
Abbildung 31: Ideensammlung II – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	48

Abbildung 32: Konstruktionsphase und Modell – Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	49
Abbildung 33: Problemanalyse – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	50
Abbildung 34: Ideensammlung I – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	51
Abbildung 35: Ideensammlung II – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	52
Abbildung 36: Selektionsphase I – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	53
Abbildung 37: Selektionsphase II – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	54
Abbildung 38: Konstruktionsphase – Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“	54
Abbildung 39: Modell der Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ I.....	55
Abbildung 40: Problemanalyse I – Arbeitsgruppe „Blaue Funken“	56
Abbildung 41: Problemanalyse II – Arbeitsgruppe „Blaue Funken“	57
Abbildung 42: Konstruktionsphase – Arbeitsgruppe „Blaue Funken“	58
Abbildung 43: Problemanalyse – Arbeitsgruppe „Rote Funken“	60
Abbildung 44: Ideensammlung – Arbeitsgruppe „Rote Funken“	61
Abbildung 45: Selektionsphase – Arbeitsgruppe „Rote Funken“	62
Abbildung 46: Modell der Arbeitsgruppe „Rote Funken“ I	62
Abbildung 47: Modell der Arbeitsgruppe „Altstädter“ II.....	63
Abbildung 48: Modell der Arbeitsgruppe „Ehrengarde“	64
Abbildung 49: Modell der Arbeitsgruppe „Nippeser Bürgerwehr“ II	66
Abbildung 50: Modell der Arbeitsgruppe „Blaue Funken“	67
Abbildung 51: Modell der Arbeitsgruppe „Rote Funken“ II	68
Abbildung 52: Prototyp "Integrierte Sozialplanung" - Zusammenfassung der Ergebnisse des Design Thinking Workshops vom 29.01.2016 - Schaubild.....	70
Abbildung 53: Prototyp "Integrierte Sozialplanung" - Zusammenfassung der Ergebnisse des Design Thinking Workshops vom 29.01.2016 - Legende des Schaubilds	71
Abbildung 54: Strukturbild des integrierten Modells	73

5.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Programm der Fachtagung	9
Tabelle 2: Deutsche und Schweizer Experten.....	79

6 Anhang

6.1 Teilnehmerliste der Fachtagung	79
6.2 Kurzbeschreibungen der Sozialplanungsansätze der Teilnehmenden	80
6.2.1 Stadt Aachen.....	80
6.2.2 Stadt Arnsberg	81
6.2.3 Stadt Bielefeld.....	82
6.2.4 Stadt Chur	84
6.2.5 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.....	86
6.2.6 Landkreis Görlitz	87
6.2.7 Bezirk Hamburg-Altona.....	89
6.2.8 Kreis Heinsberg	91
6.2.9 Netzwerk altersfreundliche Städte; RITA GISLER . STRATEGIEN für Alter und Gesundheit	92
6.2.10 Stadt Mainz.....	93
6.2.11 Stadt Neuss	94
6.2.12 Stadt Schaffhausen	96
6.2.13 Landkreis Schmalkalden-Meiningen.....	98
6.2.14 Verein für Sozialplanung e.V.	99
6.2.15 Stadt Viersen	101
6.2.16 Stadt Wiesbaden.....	103

6.1 Teilnehmerliste der Fachtagung

Tabelle 2: Deutsche und Schweizer Experten

Frau	Birgit	Anders	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Frau	Bernadette	Bueren	Stadt Bielefeld
Herr	Volkhard	Dörr	Kreis Heinsberg
Frau	Rita	Gisler	Netzwerk altersfreundlicher Städte; RITA GISLER . STRATEGIEN für Alter und Gesundheit
Frau	Anna	Hampe	Bezirk Hamburg-Altona
Herr	Uwe	Hellwig	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Frau	Karin	Knaup	Stadt Wiesbaden
Herr Prof. Dr.	Gerrit	Köster	Stadt Aachen
Frau	Yvonne	Krosse	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Frau	Annina	Meinherz	Stadt Chur
Herr	Martin	Polenz	Stadt Arnshausen
Herr	Bernd	Quick	Stadt Mainz
Herr	Matthias	Reuter	Landkreis Görlitz
Frau	Andrea	Schumacher	Stadt Neuss
Herr	Enrico	Stehr	Stadt Chur
Herr	Simon	Stocker	Stadt Schaffhausen
Herr	Helge	Wallmeier	Verein für Sozialplanung e.V.
Herr	Johannes	Weber	Stadt Wiesbaden
Herr	Manfred	Wittmann	Stadt Viersen

Projektteam

Frau	Stephanie	Bremstahler	Technische Hochschule Köln
Frau	Gena	Da Rui	Hochschule Luzern - Soziale Arbeit
Frau	Annika	Hensel	Technische Hochschule Köln
Herr	Werner	Riedweg	Hochschule Luzern - Soziale Arbeit
Herr Prof. Dr. Dr.	Herbert	Schubert	Technische Hochschule Köln
Herr	Holger	Spieckermann	Technische Hochschule Köln
Herr Prof. Dr.	Jürgen	Stremlow	Hochschule Luzern - Soziale Arbeit

6.2 Kurzbeschreibungen der Sozialplanungsansätze der Teilnehmenden

Die nachfolgenden Beschreibungen der Sozialplanungsansätze der vertretenen Gebietskörperschaften wurden von den Teilnehmenden verfasst und für die Veröffentlichung in diesem Bericht zur Verfügung gestellt.

6.2.1 Stadt Aachen

Fachbereich für Soziales und Integration, Sozialplanung

Vertreten durch Prof. Gerrit Köster

Die Stadt Aachen kann auf eine *lange Tradition* in der auf den Sozialraum bezogenen Planung zurückblicken. Ausgehend von Erfahrungen aus der Stadtteilentwicklung in Lateinamerika fand der dort in der Entwicklungszusammenarbeit übliche basisorientierte, partizipative Ansatz seit 1989 nun auch in Aachen Anwendung - zunächst in der Altenhilfe-, seit 2009 (dem Erscheinungsjahr des ersten Sozialentwicklungsplanes) auch in der allgemeinen Sozialplanung. Den räumlichen Bezug bildeten zunächst 14 Sozialräume. Inzwischen sind es die 60 Lebensräume, in welche die Stadt untergliedert wurde.

Die *Abgrenzung der 60 Lebensräume* erfolgte neben sozio-demografischen Kriterien vor allem auf der Basis räumlicher Interaktionsmuster der Bevölkerung (Wo kaufe ich ein? Wo nehme ich Dienste in Anspruch? Wo leben meine Freunde? etc.). Im Rahmen der dazu notwendigen Befragungen wurden aber auch Informationen zu den Lebensverhältnissen und zu Vorstellungen und Wünschen der Probanden erhoben.

Grundlage für die kleinräumige Sozialplanung bildet die *Lebensraumb Beobachtung*. In jedem Jahr werden für jeden der 60 Lebensräume 54 Indikatoren zusammengestellt. Sie beziehen sich auf die Themen Arbeit, Armut, Bildung, Wohnen, Sicherheit, Gesundheit, Alterszusammensetzung und

Migration. Mit Hilfe einer Faktorenanalyse werden die Lebensräume bewertet und solche mit besonderen Herausforderungen identifiziert. Auf diese richtet sich das besondere Augenmerk aller kommunalen und externen Akteure.

Wichtigste Instrumente bei der Weiterentwicklung der Quartiere sind Stadtteilkonferenzen, Quartiersmanagement und Stadtteilbüros sowie die Einrichtung eines Stadtteifonds. Die *Stadtteilkonferenzen* sind ein Zusammenschluss aller in einem Quartier auf dem Gebiet der Gemeinwesenarbeit tätigen professionellen und ehrenamtlichen Personen, unabhängig von ihrer Verbandszugehörigkeit oder dem Institutionstyp, in dem sie tätig sind. Im Sinne einer „Planung von unten“ werden sie als die Hauptakteure angesehen, die besser als jeder Externe (auch als die Planer der Verwaltung) die Ressourcen und Probleme vor Ort kennen und Bedarfe formulieren können. Die städtische Sozialplanung tritt in diesem Zusammenhang zum einen als „Lieferant“ der Analysedaten und zum anderen als Moderator in der Gründungsphase der Stadtteilkonferenz auf. Im weiteren Verlauf soll sie aber auch Ideen und Vorschläge aus dem eigenen Erfahrungsschatz einbringen. Die Aufgaben einer Stadtteilkonferenz können von einer Bestandserhebung bis hin zur Formulierung integrierter Maßnahmenpläne reichen. Wichtig sind das gegenseitige Kennenlernen und die Koordinierung der Gemeinwesenarbeit vor Ort unter Berücksichtigung der lokalen Ressourcen, Angebote und Rahmenbedingungen.

Das *Quartiermanagement* ist in benachteiligten Quartieren eine Schlüsseleinrichtung. Quartiersmanager stellen lokale „Kümmerer“ dar. Sie sind Bindeglied zwischen den verschiedenen Akteuren, geben als Ansprechpartner für die Bewohner unterstützende und beratende Hilfestellung und aktivieren die Bewohner, den Erneuerungsprozess mitzugestalten. Dabei können die *Stadtteilbüros* als „Verortung“ des Quartiersmanagements angesehen werden.

Neben dem „Raum“ für Begegnung, Fortbildung und Information ist hier die „Person“ des Ansprechpartners und Beraters von entscheidender Bedeutung.

Im Jahre 2011 wurde in Aachen ein *Stadtteifonds* eingerichtet, mit dessen Hilfe die Stadtteilkonferenzen kleinere Projekte in Eigenregie umsetzen können. Voraussetzungen sind, dass die Bürgerbeteiligung einen zentralen Projektbestandteil bildet oder die Institutionen vor Ort über das Vorhaben befähigt werden, enger zusammenzuarbeiten bzw. die Bürger zu aktivieren. Weiterhin muss im Quartier eine Stadtteilkonferenz vorhanden sein, über welche die Projekte abgewickelt werden. Zudem dürfen keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten über Dritte bestehen.

Mit Hilfe des Stadtteifonds sollen zum einen die Arbeit der Stadtteilkonferenzen anerkannt und wertgeschätzt und gleichzeitig das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden.

6.2.2 Stadt Arnsberg

Zukunftsagentur | Fachstelle Zukunft Alter der Stadt Arnsberg

Vertreten durch Herrn Martin Polenz

Orientierung am Sozialraum

Arnsberg ist eine multizentrische Stadt mit vier größeren Zentren und elf weiteren Stadtteilen und Dörfern, die sich auf einer Fläche von 193 km² entlang des Ruhrtales erstrecken. Jeder dieser 15 Stadtteile stellt einen spezifischen, gewachsenen Sozialraum dar. Die Arbeit der Zukunftsagentur | Fachstelle Zukunft Alter bezieht sich auf das gesamte Stadtgebiet und verfolgt das Ziel, in die einzelnen Stadtteile und Dörfer der Stadt hinein zu wirken.

Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten

Die Fachstelle Zukunft Alter organisiert und unterstützt unterschiedliche thematische Netzwerke aus beruflich tätigen, zivilgesellschaftlichen und freiwilligen Akteuren in der Stadt. Im direkten Austausch mit zahlreichen Netzwerkpartnern erfolgt die Orientierung über Bedürfnisse, Ziele und aktuelle Herausforderungen.

Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Die Aufgabe der eigentlichen „Sozialplanung“ übernimmt für die Stadt Arnsberg der Landkreis Hochsauerland. Die Fachstelle Zukunft Alter konzentriert sich auf die Organisation und Weiterentwicklung der lokalen thematischen Netzwerke. Hierbei verfügt die Fachstelle über keine „harten“ Steuerungsinstrumente. Kommunikation und Kooperation sind Schlüsselbegriffe des Ansatzes, der Mitwirkungsbereitschaft und Freiwilligkeit auf Seiten der Partner voraussetzt.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

In Projekten wie der „Arnsberger Lern-Werkstadt Demenz“ ist es gelungen, lokale Bündnisse aus sehr unterschiedlichen Organisationen zu knüpfen, die gemeinsame Ziele verfolgen. Von Kindergärten und Schulen über Bibliotheken und Jugendbegegnungszentren bis hin zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen reicht die Bandbreite der Unterstützer und Kooperationspartner. Die Stadt übernimmt dabei Verantwortung und stellt die Koordinationsstelle zur Verfügung.

Beteiligung und Partizipation

Durch eine Kultur der Partnerschaft, gerade auch zwischen beruflich und freiwillig Tätigen ist es gelungen, den Kreis der Netzwerkpartner sehr weit zu fassen. Darüber hinaus fußen die Ziele und Maßnahmen der Fachstelle Zukunft Alter auf dem grundsätzlichen städtischen Konzept der Potenzialentfaltung, in dem Beteiligung und Partizipation essentielle Säulen sind.

6.2.3 Stadt Bielefeld

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Vertreten durch Frau Bernadette Bueren

Orientierung am Sozialraum

Die bisherigen Berichte zur Sozialplanung in Bielefeld erfassen die Daten in der Regel auf Basis der Stadtbezirke und auf Basis der statistischen Bezirke. Letzteres ist nicht immer möglich. Entspre-

chend werden Entwicklungsaufgaben, Bedarfe und Zielsetzungen, die sich aus der Erfassung der Sozialdaten ergeben auf Ebene der Stadtbezirke oder statistischen Bezirke erfasst. Nicht alle relevanten Daten, gerade in Bezug auf die Gruppe der Älteren, sind sozialräumlich abgreifbar (z.B. Pflegebedürftigkeit).

Orientierung an den Bedürfnissen der AdressatInnen

Eine Abfrage der Bedürfnisse der AdressatInnengruppe über quantitative oder qualitative Methoden ist in der Regel nicht leistbar und auch nicht in allen Fällen zielführend. (Eine quantitative Befragung der Senioren zu ihren Bedarfen über Emnid fand im Jahr 2004 statt). Kommunale Verwaltung ist daher darauf angewiesen, Bedürfnisse von AdressatInnen in Experten-gesprächen mit verschiedenen Trägern und den Interessensgruppen der jeweiligen AdressatInnen zu erfassen. Dies erfolgt in der Altenhilfeplanung und - gesetzlich verankert -u.a. in der Konferenz Pflege und Alter, im Seniorenrat und über die zahlreichen Trägerverbände und Facharbeitskreise.

Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Es wird versucht, in den Fällen, in denen Einflussmöglichkeiten bestehen, Angebote an den Ergebnissen der Sozialplanung auszurichten und/oder bei erfassten Defiziten über einschlägige Förderprogramme zusätzliche Maßnahmen zu fördern. Das APG NRW ermöglicht seit kurzem, die Förderung stationärer und teilstationärer Pflegeplätzen von einem sozialräumlich erfassten Bedarf abhängig zu machen. Außerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten sind die Steuerungsmöglichkeiten auf die Erzielung von Übereinkünften mit den sozialen Trägern beschränkt.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

Das APG ermöglicht über die Vorgabe einer Altenhilfeplanung eine Stärkung der Planung im Bereich der Altenhilfe. Zudem werden über das Programm „altengerechte Quartiere“ des Landes in einem städtischen Quartier modellhaft Ansätze eines Quartiersmanagements umgesetzt, in dem u.a. die besonderen Bedarfe älterer MigrantInnen im Vordergrund stehen werden.

Der Sozial- und Lebenslagenbericht der Stadt Bielefeld, der zweijährig erstellt wird, wird in 2016 erstmalig in einem kooperativen Prozess der im Sozialdezernat befindlichen Sozialplanungen erstellt.

Beteiligung und Partizipation

Beteiligungsgremien, die die kommunalen Entscheidungsprozesse begleiten, sind der Seniorenrat und die Konferenz „Alter und Pflege“. Die Partizipation von Betroffenen steht vor finanziellen und methodischen Problemen. In der Regel existieren keine finanziellen Mittel um differenzierte Beteiligungsprozesse zu entwickeln und zu moderieren zur Verfügung. Zudem erweist es sich methodisch als schwierig, Bedarfe über eine Lebenssituation, die in der Zukunft liegt (Alter, Pflegebedürftigkeit), zu erfassen, da sich Bedürfnislagen erst in der Lebenssituation ergeben. Zudem orientieren sich die Betroffenen an dem, was sie kennen und können alternative Bedarfe nicht benennen.

6.2.4 Stadt Chur

Vertreten durch Frau Annina Meinherz und Herrn Enrico Stehr

Kurzportrait Altersplanung

Kennzahlen (Stichtag: 31.12.2014)

<i>ständige Wohnbevölkerung</i>	34'547	100.0%
<i>Altersstruktur</i>		
<i>0-19 Jahre</i>	5'728	16.6%
<i>20-39 Jahre</i>	9'682	28.0%
<i>40-64 Jahre</i>	12'248	35.5%
<i>65-79 Jahre</i>	4'930	14.2%
<i>80 Jahre und älter</i>	1'959	5.7%
<i>Altersquotient*</i>		31.4%
<i>Greying Index*</i>		39.7%
<i>Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung 2010-2014</i>		2.3%

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistischer Atlas der Schweiz

*Altersquotient: Personen im Alter von 65 oder mehr Jahren pro 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren

*Greying Index: Personen im Alter von 80 oder mehr Jahren pro 100 Einwohner im Alter von 65 bis 79 Jahren

Gestaltung der Alterspolitik und Sozialplanung

In der Stadt Chur existiert ein Altersgesetz, die meisten Bestimmungen sind allerdings auf kantonaler Ebene geregelt (Kantonales Gesundheitsgesetz, 2013 und Verordnung zum Krankenpflegegesetz, 2015). Der Kanton Graubünden ist in Planungsregionen eingeteilt und die kantonale Rahmenplanung wird durch ein Beratungsunternehmen erstellt.

Die Stadt Chur verfügt über Steuerungsmöglichkeiten via Leistungsvereinbarungen. Die Fachstelle Alter besteht seit ca. fünf Jahren und hatte ursprünglich den Auftrag, Projekte zur Pflegefinanzierung durchzuführen. Mittlerweise steht die Erarbeitung eines umfassenden Alterskonzepts im Fokus, die Altersthematik soll als Querschnittsthema implementiert werden. Das neue Alterskonzept orientiert sich an den WHO-Vorgaben zu „Age-friendly cities and communities“ sowie am Praxisbeispiel der Stadt Bern, zudem wird für die Erarbeitung eine externe Fachperson beigezogen. Das Konzept orientiert sich an Themen wie Gender, Migration, Integration/Partizipation, besonders verletzte Personen, pflegende Angehörige, Erwerbsarbeit etc.

Die Fachstelle Alter sieht sich zuständig für die dritte und vierte Lebensphase, wobei die dritte Lebensphase unter präventiven Aspekten berücksichtigt werden soll. Zum Thema Freiwilligenarbeit

und pflegende Angehörige besteht eine Zusammenarbeit mit Benevol sowie ein Projekt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule St. Gallen. Ein weiteres Projekt (Freiwillige unterstützen pflegende Angehörige) wird gemeinsam mit dem Roten Kreuz durchgeführt.

Hinsichtlich der interdepartementalen Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung hat der Leiter Fachstelle Alter bisher mit der Stadtbuchhaltung Kontakt aufgebaut. Zudem wurden im Rahmen des neuen Alterskonzepts Expertengruppen definiert (Hochbau-, Tiefbaudepartement, öffentlicher Verkehr etc.)

Zukünftig ist im Bereich der stationären Versorgung eine Überprüfung der Leistungsvereinbarungen, die Selektionierung von anzubietenden Leistungen vorgesehen (wachsender Bereich Spezialversorgungen z.B. durch multimorbide Patienten/innen; wachsende Anzahl von Senioren/innen mit Behinderung; Bereich Suchterkrankung). Als eine der wichtigsten zukünftigen Entwicklungen sollen sowohl formelle wie auch informelle Versorgungsstrukturen im Sinne einer koordinierten Versorgung miteinander vernetzt werden.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

Der Leiter der Fachstelle Alter verfügt über ein hohes Bewusstsein für die wichtigen Zusammenhänge. Derzeit stellt er die nötigen Vernetzungen innerhalb der Stadtverwaltung her und vertritt das Thema Alter im Rahmen von departementsübergreifenden Projekten. Als weitere innovative Personen können die Leiterin Pflege der Spitex Chur, die ehemalige Leiterin der Fachstelle auf kantonalen Ebene sowie die Pro Senectute identifiziert werden.

Bestandteil des neuen Alterskonzepts ist z.B. das Thema „Gender“, zu dem es bisher kaum spezialisierte Angebote gibt. Zum Themenbereich „Migration“ ist der Leiter der Fachstelle Alter in einem Sounding Board der Fachhochschule Zürich vertreten, die mit der Pro Senectute einen Leitfadens „Alter und Migration“ erarbeitet hat. Hinsichtlich der Themen „Integration und Partizipation“ hat die Fachstelle Alter eine Bevölkerungsbefragung „Wie altersfreundlich ist meine Stadt“ durchgeführt. Zur Thematik „pflegende Angehörige / Freiwilligenarbeit“ besteht ein gemeinsames Projekt der Stadt Chur mit der Fachhochschule St. Gallen und der Stadt Schaffhausen. Zur Gesundheitsförderung / Prävention ist im Sommer 2015 ein Pilotprojekt gestartet und hinsichtlich des Themas „Erwerbsarbeit“ sollen zwei Perspektiven – die Integration und Weiterbeschäftigung (Teilhabe / Einbezug) und die Stadt Chur als Arbeitgeberin – beleuchtet werden.

Sozialraumorientierung

Eine koordinierte Stadtplanung bzw. Quartierentwicklung existiert in der Stadt Chur bisher nicht. Es fällt auf, dass in einem Stadtgebiet vier der sieben Alters- und Pflegeheime angesiedelt sind und somit eine Konzentrierung der stationären Versorgung im Alter besteht. Dabei handelt es sich nicht um städtische Einrichtungen, sondern um private Trägerschaften. Die Stadt Chur ist durch unterschiedliche Quartiersstrukturen gekennzeichnet, darunter befinden sich Quartiere mit sehr aktiven und weniger aktiven Vereinen. Der Einbezug von Quartiervereinen bei der Entwicklung des Alterskonzepts ist geplant und erwünscht.

Hinsichtlich der Themen Wohnen mit Serviceleistungen und betreutes Wohnen werden quartierbezogene oder generationenbezogene alternative Wohnformen geprüft.

Auf kantonaler Ebene ist der Kanton Graubünden in Planungsregionen unterteilt. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Alterskonzepts bestehen Überlegungen zum Einbezug der anderen Gemeinden der Planungsregion. Die Planungsregionen der Alters- und Pflegeheime, Spitalregionen und Spitex-Regionen sind alle unterschiedlich, es bestehen Überlegungen zu deren Harmonisierung. Bisher fand noch keine Abstimmung zwischen den Gemeinden der Planungsregion statt.

Beteiligung und Partizipation

Bei der Erarbeitung des Churer Alterskonzepts waren verschiedene Akteure beteiligt: Alle Alters- und Pflegeheime, alle Spitex-Organisationen, das Rote Kreuz, die Caritas, die Pro Senectute, der Seniorenrat sowie die Hausarztvereinigung. Die Kerngruppe setzt sich aus der Geschäftsleiterin der Spitex, dem Vorsitzenden der Bündner Senioren/innen, dem Geschäftsführer von Pro Senectute, einer Mitarbeiterin des Roten Kreuzes sowie dem Leiter der Fachstelle Alter zusammen. Bei der Entwicklung des Alterskonzepts besteht das Ziel einer stärkeren Einbindung von Stadtbus, Schweizerische Bundesbahnen, Quartiervereinen und Akteuren innerhalb der Verwaltung. Zudem existieren Überlegungen zum Einbezug der anderen Gemeinden der Planungsregion.

Weiter hat die Fachstelle Alter eine Bevölkerungsbefragung "Wie altersfreundlich ist meine Stadt" durchgeführt. Dabei wurden 80-90 Senioren/innen eingeladen, um den Fragebogen zur Zufriedenheit mit der Altersfreundlichkeit der Stadt Chur auszufüllen. Der Fragebogen wurde von der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Bern entlang der WHO-Richtlinien zu „Age-friendly cities and communities“ entwickelt. Als weiterer Initiator lanciert der Seniorenrat sehr gute Initiativen und organisiert sich selber.

6.2.5 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Vertreten durch Herrn Uwe Hellwig

„Über den Deutschen Verein

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist seit über 130 Jahren das gemeinsame Forum für alle Akteure in der sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts in Deutschland.

Mit unserer Erfahrung und Expertise begleiten und gestalten wir die Kinder-, Jugend-, und Familienpolitik, die Grundsicherungssysteme, die Altenhilfe, die Pflege und Rehabilitation, das bürgerschaftliche Engagement, die Planung und Steuerung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste, sowie die internationale und europäische Sozialpolitik und das Sozialrecht.

So vielfältig wie unsere Themen sind auch unsere über 2.000 Mitglieder. Seit der Gründung des Deutschen Vereins im Jahre 1880 zählen u. a. Kommunen, die Freie Wohlfahrtspflege, die Wissenschaft, Einzelpersonen und zahlreiche weitere Akteure aus dem sozialen Bereich zu unserer Mitgliedschaft.

Wir sind überparteilich und weltanschaulich neutral, arbeiten konsensorientiert und mit hoher Fachlichkeit. Mit unseren Publikationen und Fachveranstaltungen informieren wir über aktuelle soziale Entwicklungen.

Unsere Arbeit: Theorie und Praxis vereint

In unseren Gremien erarbeiten Vertreter/innen der Kommunen, der Freien Wohlfahrtspflege, der Bundes- und Landesregierungen, der Wissenschaft und aus weiteren Organisationen und Institutionen gemeinsam tragfähige Konzepte.

Unsere Empfehlungen sind wissenschaftlich fundiert, praxisnah und werden durch einen breiten Konsens getragen. Sie bieten Orientierung in der täglichen Arbeit von Jugend- und Sozialämtern, Sozialgerichten, Einrichtungen für behinderte und pflegebedürftige Menschen oder bei der Sozialplanung.

Zahlreiche Reformen der Sozialgesetzgebung sind im Deutschen Verein beraten worden. Und wir können sagen: Unsere Stellungnahmen werden gehört und fließen in Gesetzesverfahren ein.

Bei Verfahren des Bundesverfassungsgerichts werden wir immer wieder als sachkundiger Dritter geladen. Mit den Fraktionen des Bundestages und der Landtage führen wir regelmäßig Fachgespräche.

Mitglieder und Unterstützer

Kommunen und ihre Verbände:

Landkreise, Städte und Gemeinden, die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, sowie ihre Landesverbände, Sozialen Dienste und Einrichtungen.

Freie Wohlfahrtspflege:

AWO Bundesverband e. V., Deutscher Caritasverband e. V., Deutsches Rotes Kreuz Generalsekretariat, Diakonie Deutschland, Der Paritätische Gesamtverband e. V., Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, sowie ihre Landes- und Kreisverbände und Einrichtungen.

Weitere Akteure des Sozialen:

Verwaltungs- und Sozialgerichte, Universitäten, Fachhochschulen, Ausbildungsstätten, Vereine, Verbände, Unternehmen, privat-gewerbliche Träger und ihre Verbände, Stiftungen und Einzelpersonen aus allen Bereichen der Sozialpolitik, des Sozialrechts und der sozialen Arbeit“ (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2016).

6.2.6 Landkreis Görlitz

Stabstelle für Integrierte Sozialplanung

Vertreten durch Herrn Matthias Reuter

Integrierte Sozialplanung im Landkreis Görlitz

Der Landkreis Görlitz liegt im Osten von Sachsen, im Dreiländereck Tschechien-Polen-Deutschland. Er entstand 2008 aus den vorherigen Landkreisen Niederschlesische Oberlausitz, Löbau-Zittau und der kreisfreien Stadt Görlitz. Seit dieser Kreisreform besteht im Landkreis eine Integrierte Sozialplanung (ISP), angesiedelt als Stabsstelle der Dezernatsleitung und besetzt mit zwei Vollzeitstellen.

Sozialraumorientierung

Im Landkreis Görlitz gibt es sehr unterschiedlich dicht besiedelte Räume – von extrem dünn besiedelten Regionen im Norden über dicht gedrängte Straßendörfer im Süden bis zu kleineren Städten. Alle diese Regionen haben unterschiedliche Ressourcen in ihrer sozialen Infrastruktur und Bevölkerungszusammensetzung. Um den Kreis mit einer Ausdehnung von 100 km in »hand-habbare« Regionen mit ähnlicher Bedarfslage einteilen zu können, wurden fünf »Planungsräume« definiert. In der täglichen Arbeit wird deutlich, dass vom Bürger selbst definierte »Sozialräume« deutlich kleiner sind und eher auf der Ebene der einzelnen kreisangehörigen Gemeinde wirken – eine permanente Herausforderung für die Kommunikation der ISP mit den Bürgermeistern und regionalen Gremien.

Bedürfnisse der Adressatinnen und Adressaten

Eine wesentliche Kunst der ISP besteht darin, die verschiedenen Bedürfnisse der Bürger und Träger von Diensten und Einrichtungen zu erfassen. Daraus entsteht in einem öffentlichen Diskussionsprozess ein fachlich und politisch bestätigter Bedarf. Der Bedarf ist der Kompromiss aus den bestätigten Bedürfnissen und dem, was im Haushalt zur Bedarfsdeckung bereitgestellt werden kann. Hier ist die Schnittstelle zur Finanzplanung und dem Haushalt angesiedelt. Nur wenn beides zusammenspielt, kann die ISP ihre Wirkung entfalten – Pläne ohne finanzielle Untersetzung bleiben nutzlos.

Steuerungsverständnis in der Integrierten Sozialplanung

Die ISP im LK Görlitz versteht sich als strategische Steuerungsunterstützung für die Dezernatsleitung und den Landrat. Zentrale Voraussetzung dafür sind eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in flachen Hierarchien – hier abgebildet durch eine Ansiedlung der Planung außerhalb der Fachämter und gelebt durch eine Diskussion auf Augenhöhe mit den Amtsleitungen von Jugend-, Sozial- und Gesundheitsamt sowie dem Jobcenter. Die ISP kann außerdem ein neutraler Vermittler sein zwischen Politik und Verwaltung, zwischen Bürger und Träger. Stetiger Anlass zum Nachjustieren bleibt das Verhältnis von strategischem Handeln und dem operativen Geschäft in der Ebene. Indem die ISP die Umsetzung der strategischen Beschlüsse begleitet und überwacht, zeigt sich die Praxisnähe. Durch eine enge Rückkopplung zu den Fachämtern zeigt sich, wo gegebenenfalls nachgesteuert, besser erklärt oder anders kommuniziert werden muss.

Innovationen in Strukturen und Prozessen

Basis für die gesamte Arbeit ist ein Rahmenplan Integrierte Sozialplanung, der als Kreistagsbeschluss die Richtung für die Verwaltung vorgibt und gleichzeitig die Kreisräte an gemeinsam vereinbarte Ziele bindet. Die o.g. Struktur ermöglicht die Umsetzung einer konsequent integrierten Planung. Das ist kein Selbstläufer und muss – behördenintern und nach außen – immer wieder erklärt und angemahnt werden. Nur so gelingt es, Doppelstrukturen zu vermeiden und einen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten herbeizuführen. Spannend wird es, wenn Sozialplanung

über den Tellerrand des Sozialen hinausschaut. Die ISP im LK Görlitz setzt auf eine enge Vernetzung zu anderen planungsrelevanten Bereichen innerhalb des Landratsamtes – von der Schulnetzplanung über die Kreisentwicklung zur Bauaufsicht.

Eine gute Sozialberichterstattung sorgt dafür, dass Veränderungen in der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Sie schärft gleichzeitig den Blick auf Problemlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die nicht im Fokus der Medien stehen. Der Landkreis Görlitz ist bemüht, Tabuthemen (z.B. psych. Erkrankungen) ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Ein wichtiges Anliegen der ISP ist das Bemühen um mehr Freiheiten bei der Gestaltung des Landkreises im Hinblick auf den demographischen Wandel im Ländlichen Raum. Hier werden die Zukunftsmodelle entwickelt, die eine alternde Gesellschaft in wenigen Jahren vor große Herausforderungen stellen. Dazu kommen alle bekannten Lösungsmodelle, Standards von Einrichtungen und Diensten etc. auf den Tisch und müssen sich der Frage nach ihrer Demographie-Festigkeit stellen.

Beteiligung

Die Beteiligung von Bürgern und Trägern ist ein aktuelles Thema im Landkreis, vor allem im Hinblick auf die Jugendhilfeplanung. Methodisch laufen die angedachten Planungsraum-konferenzen noch nicht in dem Umfang wie ursprünglich erwartet – hier kommt das System der 5 Planungsräume an seine Grenzen. Als guter Ansatz haben sich parallel laufende »Kleine Planungsraumkonferenzen« erwiesen, die nur aus den Bürgermeister der einzelnen Planungsräume und Vertretern des Sozialdezernates bestehen. Beteiligungsprozesse bleiben auf absehbare Zeit ein Lernfeld für die ISP und die gesamte Verwaltung.

6.2.7 Bezirk Hamburg-Altona

Abteilung Integrierte Sozialplanung

Vertreten durch Frau Anna Hampe

Integrierte Sozialplanung im Bezirk Altona – Stadt Hamburg

Der Bezirk Altona ist einer von sieben Bezirken der Stadt Hamburg. Im Bezirk leben knapp 250.000 Einwohner*innen. Die Abteilungen Integrierte Sozialplanung und die übergeordneten Fachämter Sozialraummanagement wurden in den Hamburger Bezirken im Rahmen der Bezirksreform 2007 aufgebaut. Im Fachamt wurden konzeptionell auch die Abteilungen für Städtebauförderung/ soziale Stadt, die Zuwendungsabteilung für soziale Einrichtungen sowie das Sportreferat angesiedelt. Ziel ist eine sozialraumorientierte und integrierte Planung und Steuerung sozialer Infrastruktur im Bezirk. Die fachlich- operationelle Planung verbleibt in den Fachabteilungen und -ämtern (Jugendamt, Gesundheitsamt, Stadtteilkultur, Senioren etc.). In der Abteilung sind weitere Querschnittsaufgaben wie Bildung, Integration, Flüchtlinge, Arbeit, Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung angesiedelt.

Orientierung am Sozialraum

Die Sozialraumorientierung im Bezirk Altona ist aus der Jugendhilfeplanung erwachsen, die seit den 90-er Jahren eine sozialräumliche Gliederung und Planung im Bezirk aufgebaut hat. Der Bezirk gliedert sich in 10 Planungsräume (meist Stadtteilgrenzen) und 25 Sozialräume (Gebiete und Quartiere unterhalb der Stadtteilgrenzen).

Eine Grundlage für die Planung bilden die integrierten Sozialraumbeschreibungen, die für die 10 Planungsräume mit ihren Sozialräumen erstellt werden. Sie setzen sich aus einem Datenteil, einer Übersicht bestehender Infrastruktur und einem qualitativen Teil zusammen und beschreiben die Lebenslagen der Zielgruppen Kinder und Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen. Grundlage bilden verschiedenen Datenbanken, die Bevölkerungs-, Sozial- und Einrichtungsdaten auf Ebene der Sozialräume vorhalten.

Das Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit hat im Jahr 2011 Dezernatsziele entwickelt. Bestandteil ist eine sozialräumliche Perspektive und eine Umsetzung der verschiedenen Themenbereiche fokussiert auf benachteiligte Quartiere.

Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten

Einen Einblick in die Lebenslagen und Bedarfe der Bewohner*innen wird in den Sozialraumbeschreibungen gegeben. Für den qualitativen Teil führen wir insbesondere Workshops und z.T. Einzelinterviews mit den Einrichtungen vor Ort und ausgesuchten Einwohner*innen. Daneben fließen Fachbeiträge aus den Bereichen Bildung, Integration, Jugendamt, Sport, Senioren, Gesundheit und Arbeit ein. Über die Aussagen aus den Workshops, Interviews und Fachbeiträgen werden Empfehlungen erstellt, welche Themen in den Sozialräumen für die Menschen bearbeitet werden sollten, bzw. wie Angebot weiterentwickelt werden können. Die Sozialraum-beschreibungen dienen hier insbesondere dazu, dass Einrichtungen und Fachabteilungen ihre Arbeit in Hinblick auf einen bestimmten Sozialraum reflektieren können und Angebote an aufkommende Bedarfe anpassen.

Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Sozialplanung wird als strategische Planung verstanden, die aufgrund neu auftretender Bedarfslagen oder politischer Aufträge ein Thema strukturiert, aufbereitet und Empfehlungen erarbeitet. Sie versteht sich nicht als operative Planung - die Umsetzung wird von den Fachabteilungen organisiert und durchgeführt. Im Planungskreislauf strukturiert und steuert sie den Prozess der Bestandserhebung, der Bedarfserhebung und entwickelt Empfehlungen. Die Umsetzung und die Kontrolle des Ergebnisses liegen in der Verantwortung des Dezernats und der Fachabteilungen.

Neben den Sozialraumbeschreibungen wurden die Themen Jungerwachsene, Konsolidierung in der offenen Kinder und Jugendarbeit, Erarbeitung von Belastungsindikatoren für benachteiligte Gebiete im Rahmen der Dezernatsziele und Konsolidierung Mütterberatung erarbeitet. Aktuell bildet die Planung von sozialraumorientierten Integrationsangeboten für Flüchtlinge den Schwerpunkt der Arbeit.

Innovationen in Strukturen und Prozessen sozialen Planung

Durch die strukturierte Herangehensweise und den Fokus auf die einzelnen Sozialräume ist eine Planung sozialer Infrastruktur möglich, die an dem Nahraum der Menschen ansetzt. Unterstüt-

zungsstrukturen vor Ort werden aufgezeigt, bzw. Lücken bei den Angeboten vor Ort werden sichtbar. Sozialplanung bietet Handlungswissen für die kommunale Verwaltung und Entscheidungsgrundlagen für Politik in Hinblick darauf:

- welche soziale Infrastruktur,
- mit welchen Angeboten,
- für wen,
- wo vorgehalten wird.

Beteiligung und Partizipation

Kinder und Jugendliche werden bisher an konkreten Planungsvorhaben durch Projekte oder im Rahmen der offenen Kinder und Jugendarbeit beteiligt (Schulneubau, Neubau oder Umgestaltung Jugendeinrichtung, Entwicklungskonzept Soziale Stadt).

Im Rahmen der Sozialraumbeschreibungen beteiligen wir die Einrichtungen und die Bevölkerung durch Stadtteilworkshops.

Kinder und Jugendliche wurden bisher bei der Erstellung der Sozialraumbeschreibung nicht beteiligt, da aufgrund der Abstraktheit des Themas und langwierige Planungsprozesse für Kinder und Jugendliche eine geringe Attraktivität besteht, sich in den Prozess einzubringen.

6.2.8 Kreis Heinsberg

Stabstelle Demographischer Wandel und Sozialplanung

Vertreten durch Herrn Volkhard Dörr

Sozialplanungskonzept des Kreises Heinsberg
(Kurzversion)

Orientierung am Sozialraum

Im Kreis Heinsberg (ca. 250.000 EW) wurden in der Zusammenarbeit zwischen den kreisangehörigen Kommunen und der Kreisverwaltung insgesamt 20 Sozialräume gebildet. Um der intendierten Quartiersentwicklung Rechnung zu tragen, wurden diese zusätzlich in insgesamt 65 Quartiere untergliedert. Dieser Prozess fand im Jahr 2013 im Rahmen der Entwicklung und Einführung eines kreisweiten Sozialraum-Monitoring statt, das erstmals mit Datenstand 31.12.2013 auf der Basis eines zuvor vereinbarten Indikatorentableaus erhoben wurde. Die Auswertung der Datenabfrage hat das Geographische Institut der RWTH Aachen durchgeführt. Diese Studie wurde zur Grundlage für weitere Aktivitäten in Richtung Sozialraumorientierung in einem heterogenen Gebiet, das sowohl ländliche als auch städtische Strukturen aufweist, genommen. Konzeptionell und inhaltlich wird im Planungsbereich des Kreises der Anschluss an das Fachkonzept „Sozialraumorientierung“ durchgeführt und in Kooperation mit den kreisangehörigen Kommunen propagiert.

Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Dem Planungsverständnis liegen die Prinzipien der Sozialraumorientierung zugrunde, die sukzessiv unter folgenden Kriterien umgesetzt werden sollen: 1. Orientierung am Willen der Bürgerinnen/Bürger, Hilfeempfänger, Betroffenen; 2. Unterstützung der Eigeninitiative und Selbsthilfe; 3. Konzentration auf die im Sozialraum/Quartier vorhandenen Ressourcen; 4. Zielgruppen- und Bereichsübergreifende, transkategoriale Sichtweise; 5. Kooperation und Koordination aller Unterstützungssysteme und Behörden. Diese Vorgehensweise wird mit einer wirkungsorientierten Steuerung in Verbindung gebracht, wobei das Sozialraum-Monitoring eine tragende Säule übernehmen wird. Zukünftig soll hieraus eine integrierte Finanz- und Sozialplanung entstehen. Der zuvor skizzierte Ansatz ist wiederum als Bestandteil eines integrierten Kreisentwicklungskonzeptes zu verstehen, mit dessen Vorarbeiten zwischenzeitlich begonnen wurde. Hierbei ist angedacht, dass zunächst ein kreisweites Demografiekonzept entwickelt wird, dass dann in einem weiteren Schritt zu einem integrierten Kreisentwicklungskonzept fortgeführt werden soll.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

Der Planungsansatz versucht die historisch gewachsene Aufspaltung in Altenhilfeplanung, Kommunale Pflegeplanung, Armutsbekämpfung, Bildungsplanung usw. durch ein integriertes Planungsinstrument zu überwinden. Dabei wird die Zielrichtung verfolgt, über die Einführung des Community-Care-Ansatzes die Einbindung der Quartiersbewohnerin/des Quartiersbewohners in Nachbarschaften bzw. Gemeinschaften zu ermöglichen bzw. zu intensivieren.

Fähigkeiten und Stärken der Bewohnerinnen und Bewohner sollen in Nachbarschaften bzw. dem Quartier zu Synergieeffekten verbunden werden. Durch die Implementierung der hierfür relevanten, quartiersbasierten Ressourcen in ein Geoinformationssystem soll deren Zugänglichkeit und Nutzbarkeit optimiert werden. Bedarfe sollen nach Möglichkeit im Rahmen von Quartierskonferenzen eruiert werden. Hierüber sollen eine Stärkung der bestehenden Netzwerke und eine Intensivierung der Netzwerkarbeit erfolgen.

Beteiligung und Partizipation

Bei der Umsetzung bzw. Entwicklung des Quartiersansatzes in den kreisangehörigen Kommunen wird zu diesem Aspekt der Beteiligung und Partizipation auf bereits vorhandenen Strukturen aufgebaut. Hier sind zu nennen: Runde Tische, kleinräumige Studie des Geographischen Instituts der RWTH Aachen: Bewohnerbefragung „Nachhaltige Förderung der Lebensqualität im Kreis Heinsberg“; Arbeitsgruppe „Älter werden im Kreis Heinsberg“, Beirat für Generationenfragen des Kreises Heinsberg, Kommunale Konferenz Alter und Pflege, AG der Senioreninitiativen im Kreis Heinsberg, Freiwilligen und Selbsthilfezentrum im Kreis Heinsberg, Lokale Teilhabekreise, Netzwerk Hospiz etc.

6.2.9 Netzwerk altersfreundliche Städte; RITA GISLER . STRATEGIEN für Alter und Gesundheit Externe Projektpartnerin der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit, im Projekt ISPIInoVA

Vertreten durch Frau Rita Gisler

Rita Gisler ist Inhaberin von *Rita Gisler · STRATEGIEN für Alter und Gesundheit*.

Als Unternehmensentwicklerin und Expertin für Altersfragen begleitet sie Städte und Gemeinden in der Entwicklung von kommunalen Altersstrategien. Sie arbeitet mit in strategischen, politischen und wissenschaftlichen Projekten mit Bezug zur Altersversorgung. www.ritagisler.ch

Rita Gisler stellt als Geschäftsführerin des *Schweizer Netzwerks altersfreundlicher Städte* die Verbindung des Projekts ISPlnoVA zum Netzwerk sicher.

Das Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte wurde auf den 1. Januar 2015 per Beschluss des Vorstands des Schweizerischen Städteverbands als ständige Kommission eingesetzt. Es ist wichtiges Austauschgremium für Fragen der städtischen Altersplanung und -versorgung. Nach dem Modell der globalen Bewegung der „Age-friendly Cities and Communities“ der Weltgesundheitsorganisation WHO ist eine Schweizer Bewegung entstanden; diese orientiert sich denn auch an den Richtlinien und Handlungsfelder der WHO als gemeinsame Basis. Das Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte vertritt eine umfassende, interdisziplinäre und transversale Alterskonzeption.

Heute gehören dreizehn große und mittlere Städte aus den drei großen Schweizer Sprachregionen als Mitglieder dem Netzwerk an. Es sind dies Basel, Bern, Chur, Frauenfeld, Jona-Rapperswil, Lausanne, Lugano, Luzern, Neuchâtel, Riehen, Schaffhausen, Winterthur, Zürich. Acht sind Gründerstädte und arbeiten schon seit 2013 zusammen.

Das Netzwerk sorgt für die Verbreitung des WHO-Konzepts für altersfreundliche Städte. Dazu gehören die altersfreundliche Ausgestaltung des städtischen Lebensraums sowie die Information und Integration der älteren Bevölkerung. Das Netzwerk sensibilisiert zudem für ein positives Altersbild.

In der Praxis stehen aktuell folgende Aktivitäten im Vordergrund:

- Austausch von Best Practice und Erfahrungen
- Fachliche Beratung des Schweizerischen Städteverbands
- Vorort-Besichtigungen
- Durchführung einer Jahresversammlung zum themenspezifischen Fachaustausch unter den Mitgliedern
- Gewinnung von neuen Mitgliedern

6.2.10 Stadt Mainz

Amt für Soziale Leistungen, Jugendhilfe- und Sozialplanung

Vertreten durch Herrn Bernd Quick

Jugendhilfe- und Sozialplanung in Mainz – Kurzkonzept

Sozialpolitik und Sozialarbeit kann heute weniger denn je nur in der ausgleichenden Reaktion auf soziale Probleme bestehen. Sie muss vorausschauend und verändernd sein und kann deshalb auf Planung und theoretisch fundierte Konzepte nicht verzichten. Jugendhilfe- und Sozialplanung stellt in Mainz, wie in den meisten anderen deutschen Städten, fachlich fundiertes Wissen zur Verfügung, auf dessen Grundlage die Jugend- und Sozialpolitik auf kommunaler Ebene Entscheidungen treffen kann.

Die Jugendhilfe- und Sozialplanung wird dabei grundsätzlich als ein Instrument zur zielgerichteten, bedürfnis- und bedarfsorientierten Ausgestaltung und Weiterentwicklung der unterschiedlichen kommunalen sozialen Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern (z.B. der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII, der Sozialhilfe nach SGB XII oder der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen nach SGB IX) verstanden.

In partizipative Planungsprozesse werden alle Einrichtungen und Dienste der anerkannten Träger der Jugendhilfe und der Wohlfahrtspflege sowie Interessenvertretungen einbezogen, also auch diejenigen der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände oder der freien Initiativen sowie Selbsthilfegruppen und Betroffene. Des Weiteren sollte der Planungsprozess stetig und kontinuierlich verlaufen und sich nicht auf die Erstellung bloßer Planwerke beschränken. Eine enge Verzahnung mit der Praxis des Jugendhilfe- und Sozialbereichs muss hierzu gegeben sein (z.B. über den Kontakt zu sozialraumorientierten Netzwerken).

In der Jugendhilfe- und Sozialplanung können verschiedene theoretische und methodische Ansätze zum Tragen kommen:

- Infrastruktur- und Teilbereichsplanung (etwa Kindertagesstättenbedarfsplanung, Pflegestrukturplanung oder Teilhabeplanung).
- Zielorientierte Planung (ist das fachpolitische Ziel etwa die Vermeidung von Kinderarmut, so richtet sich die Planung entsprechend dieser Zielsetzung aus).
- Zielgruppenorientierte Planung (die Planung richtet sich auf die Probleme bestimmter Personengruppen, etwa Alleinerziehender oder alleinstehender Seniorinnen und Senioren).
- Sozialraumorientierte Planung (hier werden soziale Problemlagen etwa durch Sozialraumanalysen festgestellt und die Maßnahmenplanung richtet sich nach den Erkenntnissen dieser Analyse).

Jugendhilfe- und Sozialplanung bedeutet auch, die Anliegen von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen sowie weiterer Zielgruppen gegenüber anderen Planungen und Politikfeldern (z.B. der Stadt- und Bauleitplanung) deutlich zu machen und zur Geltung zu bringen.

6.2.11 Stadt Neuss

Sozialamt; Stabstelle Sozialplanung

Vertreten durch Frau Andrea Schumacher

Sozialplanung in der Stadt Neuss

Die Sozialplanung vernetzt insbesondere zwischen Politik, Verwaltung und den Menschen vor Ort und hat die Aufgabe, die von den Mandatsträgern in den politischen Gremien gefassten Beschlüsse und Ziele in Maßnahmen umzusetzen und so zu operationalisieren.



Vor dem Hintergrund eines möglichst bedarfs- und wirkungsorientierten und damit nachhaltigen Handelns der Verwaltung verfolgt die Sozialplanung in der Stadt Neuss einen integrierten und partizipativen Planungsansatz. Dieser Ansatz bezieht sich nicht nur auf die Menschen vor Ort oder die jeweils thematisch Betroffenen, sondern schließt alle beteiligten Akteure ein, wie z. B. die Inte-

ressenvertreter der Betroffenen, fachspezifische Experten oder professionelle Akteure aus der Sozialen Arbeit vor Ort. Und auch der interdisziplinäre Dialog in der Verwaltung ist nicht zu vergessen.

In der umgekehrten Richtung hat *Sozialplanung die Aufgabe, die durch partizipative Prozesse sich ergebenden Problemlagen und Lösungsmöglichkeiten für die Verantwortlichen verfügbar zu machen, sodass sie ihre politische Verantwortung ausüben und entscheiden können.*

Der integrierte Planungsansatz erfordert ganzheitliche, zugleich aber auch binnendifferenzierte Betrachtungen. Dabei ist insbesondere eine regionale Differenzierung unerlässlich. Denn gesamtgesellschaftliche / gesamtstädtische Entwicklungen schließen in kleinräumigeren Segmenten sogar gegenläufige Tendenzen nicht aus. Durch differenzierte Planungsinstrumente wird dies transparent.

Der Neusser Sozialplanungsansatz spiegelt sich in den bisherigen Projekten konkret wieder:

	<p>Integration von Menschen mit Migrationshintergrund</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unter Leitung der Sozialplanung wurde im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, an der auch Migrantenvertreter aus dem Integrationsrat beteiligt waren, gemeinsam das Integrationskonzept der Stadt Neuss erarbeitet und nachfolgend durch den Integrationsrat und Sozialausschuss der Stadt Neuss beschlossen. • Gründung „Runder Tisch Integration“ mit Vertretern des Rates, des Integrationsrates und der Wohlfahrtsverbände zur wirkungs- und bedarfsorientierten Integrationsförderung; Umsetzung durch das neu konzipierte Integrationsbüro.
	<p>Inklusion von Menschen mit Behinderung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Basisworkshop mit Menschen mit Behinderung, deren Interessenvertretern und Vertretern der Wohlfahrtsverbände => Etablierung eines <i>Behindertenbeauftragten</i> • Nachfolgend wurde ein „Runder Tisch Barrierefreiheit in Neuss“ etabliert und so für die Vertreter der Betroffenen, der Wohlfahrtsverbände und der Ratsfraktionen ein <i>dauerhaftes fachliches Arbeitsgremium</i> geschaffen. • Auf Vorschlag des Runden Tisches erfolgte die lizenzierte Übernahme der in Berlin entwickelten Aktion „Neuss barrierefrei“ und damit eine überregionale Vernetzung <p>Die Federführung obliegt der Verwaltung, das Begehungsteam stellen insbesondere Mitglieder des Runden Tisches, die selbst von verschiedenen Behinderungen betroffen sind. Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund sind aktiv beteiligt. Aus der entstandenen Vernetzung sind diverse weitere Aktionen erwachsen, wie z. B. hausinterne Mitarbeiterschulungen.</p>



Integrierte Sozialberichterstattung

- Basis der Datenanalyse war das *integrierte Modell* der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), KGSt-Materialie 4/2009 vom 05.11.2009.
- Erweitert wurde dies insbesondere um
 - o eine Bestandserfassung der Leistungsangebote über die im engeren Sinne „sozialen Einrichtungen“ hinaus,
 - o Einschätzungen aus der sozialen Arbeit vor Ort, die durch die Beteiligung z. B. der Wohlfahrtsverbände in einem gemeinsamen Prozess erarbeitet wurden,
 - o städtebauliche Planungsinformationen.

6.2.12 Stadt Schaffhausen

Vertreten durch Herrn Simon Stocker

Kennzahlen (Stichtag: 31.12.2014)

<i>ständige Wohnbevölkerung</i>	35'927	100.0%
<i>Altersstruktur</i>		
<i>0-19 Jahre</i>	6'395	17.8%
<i>20-39 Jahre</i>	9'898	27.6%
<i>40-64 Jahre</i>	12'258	34.1%
<i>65-79 Jahre</i>	5'037	14.0%
<i>80 Jahre und älter</i>	2'339	6.5%
<i>Altersquotient*</i>		33.3%
<i>Greying Index*</i>		46.4%
<i>Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung 2010-2014</i>		2.8%

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistischer Atlas der Schweiz

*Altersquotient: Personen im Alter von 65 oder mehr Jahren pro 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren

*Greying Index: Personen im Alter von 80 oder mehr Jahren pro 100 Einwohner im Alter von 65 bis 79 Jahren

Gestaltung der Alterspolitik und Sozialraumorientierung

Ausgangspunkt der Alterspolitik der Stadt Schaffhausen ist die 2008 im Stadtparlament verabschiedete Vorlage zur „Weiterentwicklung der Alterspolitik der Stadt Schaffhausen“. Damit wurde entschieden, dass die Altersheime bei der Stadt bleiben sollen und keine Auslagerungen in öffentlich rechtliche Trägerschaften stattfinden sollen. Kernpunkt war die Zusammenführung der ambulanten und stationären Altersbetreuung im Rahmen von Quartierdienstleistungszentren. Darauf

basierend wurde die Strategie „zu Hause alt werden“ in Kraft gesetzt. Die Altersheime in der Stadt wurden schrittweise zu quartierbezogenen Alterszentren entwickelt, denen auch die Spitexleistungen für das jeweilige Quartier zugeordnet sind. Weiter wurde eine Stabstelle Quartierentwicklung geschaffen, welche die Gemeinwesenarbeit umsetzt. Es wurden drei Alterszentren aufgebaut und ein Altersheim wurde in eine Service-Wohnform umfunktioniert.

In einem weiteren Projekt sollen die Angebote von Nachbarschaftshilfe, Spitex, Alterszentren und privaten Organisationen näher zusammengebracht und die Versorgung optimiert werden. Eine generationenübergreifende Quartierentwicklung ist noch in Entwicklung. Umgesetzt werden kann dieser Kulturwandel mittels Projekten wie den Quartierbegehungen. Einbezogen ist auch ein Fachbeirat als Fachorganisation, in der alle Altersorganisationen vertreten sind (Stadtratsbeschluss).

Der Bereich Alter ist neu in einer Geschäftsleitung, die aus sechs Personen besteht, organisiert. Diese nehmen neben der hierarchischen Führungsaufgabe in ihrem Aufgabengebiet noch eine Ressortverantwortung für den ganzen Bereich Alter wahr. Durch diese Ressorts (Einkauf, Qualitätsmanagement, Finanzen, Fachdienste, Kommunikation) wird ein umfassendes Verständnis sichergestellt. Mit der neuen Struktur der Geschäftsleitung wird vermehrt konzeptionell für den ganzen Bereich Alter geplant. Zum Sozial- und Sicherheitsreferat zählen die Bereiche Alter, Soziales, Sicherheit und Öffentlicher Raum. Neben den drei städtischen quartierbezogenen Alterszentren bestehen auch zwei private Heime, die über Leistungsverträge mit der Stadt Schaffhausen verfügen. Neben der steuernden Funktion der Stadt Schaffhausen wird auch dem Einbezug der zivilgesellschaftlichen Akteure eine hohe Bedeutung beigemessen.

Stadtintern besteht eine Arbeitsgruppe Stadtentwicklung. Dadurch soll die referatsübergreifende Zusammenarbeit verbessert werden. Z.B. existiert im Baureferat eine Fachstelle für Stadtplanung. So können Erkenntnisse aus den Quartierbegehungen, die bauliche Maßnahmen erfordern, besser umgesetzt werden. In diesen Gremien ist es wichtig, die politisch Verantwortlichen (Stadträte) und die Fachleute in den Referaten zusammenzubringen.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

Stadtrat Simon Stocker hat die Entwicklungen wesentlich vorangetrieben. Sehr wichtig sind auch die Leiterin des Bereichs Alter sowie die Leitung der Quartierentwicklung. Die Bereichsleiterin Alter ist sehr gut vernetzt, z.B. pflegt sie ein eigenes Netzwerk zum Erfahrungsaustausch mit fünf bis acht Gemeinden. Wesentlich sind auch der Austausch mit dem Fachbeirat und dem erweiterten Altersforum. Auch die Pro Senectute gilt als wichtiger Akteur im Bereich der Gesundheitsförderung.

Die Zusammenarbeit mit Fachhochschulen oder der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) wird aktiv gesucht und gepflegt. Der ETH-Bericht zur Umsetzung von „ambulant vor stationär“ am Beispiel der Stadt Schaffhausen hat sehr zur politischen Akzeptanz beigetragen. Es wurde sichtbar, dass die Konzepte fachlich fundiert sind. Auch in weiteren Themen wie z.B. pflegende Angehörige wird mit der Fachhochschule St. Gallen zusammengearbeitet. Der Umsetzungsprozess von Alters- und Pflegeheimen zu quartierbezogenen Alterszentren mit integrierter Spitex und Quartierentwicklung ist anspruchsvoll und wird durch einen internen OE-Berater begleitet.

Die Gemeinwesenarbeit (GWA) wird durch die Quartierentwicklung wahrgenommen. Früher war die GWA im traditionellen, defizitorientierten Sinne Quartier- und Jugendarbeit. Heute soll eine

ressourcenorientierte Quartierentwicklung geschaffen werden. Weiter ist der Aufbau eines Familienzentrums geplant, wo Nachbarschaftshilfe, Spitex und Alterszentren näher zueinander gebracht werden sollen. Zukünftig sind auch Dienstleistungen in den Tageszentren (z.B. für ältere Menschen mit Suchtproblemen) oder die Erarbeitung einer Demenzstrategie in Zusammenarbeit mit dem Kanton, der Psychiatrie und den Alterszentren wichtig.

6.2.13 Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Fachbereich Gesundheit, Jugend und Soziales; Stabstelle Sozialplanung

Vertreten durch Frau Birgit Anders und Frau Yvonne Krosse

Organigramm

- Sozialplanung als Stabstelle beim Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit angegliedert, nicht in den einzelnen Fachdiensten verortet (sh. Anlage)
- 4,75 VbE insgesamt
 - ▶ 1,0 VbE SB Sozialplanung: u.a. Koordinierung und Überwachung der erstellten fachspezifischen Pläne und Berichte, Auswertung des Datenmaterials, Erarbeitung von Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Konzepten, Bearbeitung von schwierigen und bereichsübergreifenden Angelegenheiten im Bereich der Sozialplanung, Erstellung von Bestands- und Bedarfsanalysen und/oder Plänen im Bereich des SGB IX und SGB XII (z. B. im Bereich der Eingliederungshilfe, Behinderten-/Teilhabeplan)
 - ▶ 1,0 VbE SB Sozialbericht/Fördermittel: u.a. Erstellen des Sozialberichtes, Bearbeitung und Abrechnung der Fördermittel in den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit
 - ▶ 1,0 VbE SB Jugendhilfeplanung: u.a. Erstellen von Bestands- und Bedarfsanalysen und/ oder Plänen im Bereich des SGB VIII, Bearbeitung von Kostensatz- und Entgelt-berechnungen und Erstellen von Verträgen
 - ▶ 1,0 VbE SB Armutsprävention: Entwicklung einer wirksamen Armutspräventionsstrategie (finanziert über ESF-Fördermittel)
 - ▶ 0,75 VbE SB Seniorenarbeit: u.a. Koordinierung von Angeboten der kommunalen Altenhilfe für ältere Menschen mit und ohne Behinderung und Angeboten professioneller Hilfesysteme vor Ort, Aufbau und Pflege einer Netzwerkstruktur, Erstellen von Bestands- und Bedarfsanalysen und/oder Plänen im Bereich der Altenhilfe (einschließlich Stand der pflegerischen Versorgung), Entwicklung von zielgruppenorientierten und sozialraum-bezogenen Konzepten

Sozialplanung

- Bildung der Sozialräume im ländlichen Raum anhand der politischen Grenzen (Verwaltungsgemeinschaften, Erfüllende Gemeinden, Einheitsgemeinden) sowie der Sozialräume innerhalb der Städte Meiningen, Schmalkalden, Zella-Mehlis in Zusammenarbeit mit den Stadtplanungsämtern der einzelnen Städte
- Arbeit anhand von Sozialräumen erfolgt seit 1999 für den kompletten Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit
- Alle Berichte orientieren sich an den festgelegten Sozialräumen

- Datensammlung, Datenanalyse zur Erarbeitung von Schlussfolgerungen, Empfehlungen, Handlungsanleitungen für Verwaltung, Politik, Kommunen, Träger, Institutionen, Adressaten
- Fachplanungen innerhalb der Sozialplanung: Jugendhilfeplanung, Seniorenarbeit, Eingliederungshilfe, Demographie
- Einbeziehung der Kommune durch gezielte Weitergabe von Informationen und Beratung (u.a. im Hinblick auf bestehende Angebote auszubauen, zu erweitern, neu zu strukturieren)

Ansatz der integrierten Sozialplanung

- Sozialbericht beinhaltet alle wesentlichen Daten rund um das Thema soziale Sicherheit
- Seniorenarbeit: Erweiterung des Pflegeberichts zum Seniorenbericht unter Berücksichtigung weiterer Aspekte der Lebenswelt (Wohnen, Beteiligung)
- Vernetzung der Strukturen z.B. in der Jugend- und Altenhilfe, Öffentlichkeitsarbeit → Gestaltung durch Zusammenarbeit
- Wissenschaftliche Befragung zur Bedarfserfassung „Frühe Hilfen“
- Ämterübergreifende Zusammenarbeit u.a. im Rahmen Erstellung Sozialbericht und Armutsprävention mit den Bereichen Asyl, Kreisentwicklung, Schulentwicklung, ÖPNV
- Ansätze von Bürgerbeteiligung: Kinder- und Jugendliche (Schülerbefragung), Seniorenbeiräte, ehrenamtliche Seniorenbeauftragte

Planung

- Nichtnutzerbeteiligung
- Kundenbefragung
- Sozialplanung auf Augenhöhe mit den anderen Fachplanungen innerhalb des Hauses
- Versorgung = Querschnittsthema, d.h. nicht nur auf Alter reduzieren

6.2.14 Verein für Sozialplanung e.V.

Vertreten durch Herrn Helge Wallmeier

„Das Selbstverständnis des VSOP

"Sozialplanung bewegt sich im Spannungsfeld Politik, Wissenschaft und Praxis, sie ist Sozialforschungs-, Planungs- und Koordinationstätigkeit zugleich.

Sozialplanung ist das Instrument zur Ermittlung und differenzierten Beschreibung von Bedürfnissen und Lebenslagen von Betroffenen. Für modernes Organisationsmanagement bei der Neuorganisation sozialer Dienste und der Sozialverwaltung liefert Sozialplanung das Know how.

Sozialplanung organisiert offene Planungsprozesse und sorgt für Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen in politischen und konzeptionellen Entscheidungsprozessen. Als Katalysator für lokale Entwicklungen ist Sozialplanung nah an der Lebenswelt der Betroffenen.

Im gesellschaftlichen Rahmen ist Sozialplanung Inszenierung, Dramaturgie und Skandalisierung von Notlagen. Ihre Anwaltsfunktion zielt auf den Abbau sozialer Ungerechtigkeit und regionaler Disparitäten in der Infrastruktur.

In dieser Form vertritt Sozialplanung die Sicht von unten und operiert bewusst parteiisch. Zudem liefert Sozialplanung einen Kompass im Kosten- und Finanzierungsbereich, gibt Informationen, wo man finanziell steht und welchen Spielraum man hat."

So lautet kurzgefasst die Plattform und das Selbstverständnis, mit dem im Jahr 1991 ein loses Netzwerk von SozialplanerInnen den Verein für Sozialplanung (VSOP) gegründet hat.

Der VSOP ist ein selbstorganisierter Zusammenschluss Sozialplanerinnen und Sozialplanern, die sich zum Ziel gesetzt haben, die fachliche und fachpolitische Diskussion über alle Fragen zur Sozialplanung voran zu treiben. Kennzeichnend für dieses in Deutschland einmalige Forum für Sozialplanung ist Interdisziplinarität, Praxisbezug, Arbeitsfeldorientierung und ein prozessuales, kommunikatives und beteiligungsorientiertes Grundverständnis von Planung. Der VSOP engagiert sich für eine qualitative Weiterentwicklung der Sozialplanung.

Der Verein

Mittlerweile hat der Verein 220 Mitglieder, die bei Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, Beratungs- und Planungsinstituten und bei Aus- und Fortbildungseinrichtungen Sozialplanung betreiben und damit auch maßgeblich zur fachlichen Weiterentwicklung der Sozialplanung in Deutschland beitragen.

Zwei Drittel aller Mitglieder stehen als ReferentInnen zu unterschiedlichen Themen der Sozialplanung zur Verfügung. Anfragen nach ReferentInnen nimmt die VSOP-Geschäftsstelle entgegen. Die Mitglieder organisieren selbst Fachtagungen, Workshops und Fortbildungen zu allen Themen der Sozialplanung, zur Weiterentwicklung fachlicher Standards und Methoden und zur Sozialberichterstattung - in aller Regel in Kooperation mit sozialen Fachorganisationen, Landesbehörden und Kommunen.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des VSOP ist die Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen sozialpolitischen Themen: durch fachpolitische Stellungnahmen und eigene Publikationen, die vor allem Arbeitsergebnisse eigener Tagungen und Workshops zusammenfassen.

Hier hat der VSOP vielbeachtete Stellungnahmen zur Einführung der Jugendhilfeplanung nach Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, zu den Standards der Armutserstattung, zur Reform der Sozialhilfe und zum Thema Sozialraumanalyse und Sozialraumplanung herausgegeben.

Die Arbeitsweise des Vereins und auch seine Geschichte sind 2008 in einer "Plattform und Kompass" zusammengestellt worden. Hier können Sie die Geschichte des Vereines u.v.m. lesen.

Der VSOP wird von einem ehrenamtlichen Vorstand geleitet.

Was bietet der Verein für Sozialplanung?

- Direkten Zugang zu einem bundesweiten Netzwerk von über 200 Fachkolleginnen und Fachkollegen
- Fortbildungsangebote (in Kooperation z.B. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge)
- Exklusiven Bezug des VSOP-Rundbriefes
- Zugang zum internen Teil des Internetangebotes des VSOP mit aktuellen Infos, Dokumenten und Kommentaren

- Möglichkeit für ein fachbezogenes und beruflich gewinnbringendes Engagement.

Sozialplanung

Sozialplanung bewegt sich im Spannungsfeld Politik, Wissenschaft und Praxis, sie ist Sozialforschungs-, Planungs- und Koordinationstätigkeit zugleich. Sozialplanung ermittelt und beschreibt Bedürfnisse und Lebenslagen. Sie entwickelt vorausschauend soziale Unterstützungssysteme und überprüft diese auf ihre Wirkungen.

Sozialplanung hat eine wichtige steuerungsunterstützende Funktion im Sozialbereich gerade im Rahmen der neuen kommunalen Steuerungsmodelle. Sie unterstützt das Management im Sozialbereich durch die Entwicklung datengestützter Zielvorstellungen, durch valide Bedarfsuntersuchungen und die laufende Evaluation bestehender Leistungsangebote. Sie leistet damit einen Beitrag zu einem bedarfsgerechten, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Angebot sozialer Dienstleistungen und Einrichtungen.

Sozialplanung zielt in ihrer gesellschaftlichen Funktion auf soziale Gerechtigkeit und den Abbau regionaler Ungleichheit. In dieser Form vertritt Sozialplanung die Sicht von unten und operiert bewusst parteiisch. Sie sieht sich in der Funktion eines Anwaltes für jene, die sich nicht selbst artikulieren können. Sie zielt auf Strukturen, in denen sich Betroffene selbst äußern und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen können.

Sozialplanung organisiert Planungsprozesse, und sorgt für Mitwirkung und Beteiligung der Betroffenen in politischen und konzeptionellen Entscheidungsprozessen. Dadurch ist Sozialplanung auch in der Lage, Prozesse der Organisationsentwicklung und des Qualitätsmanagements fachlich zu initiieren und zu begleiten.

SozialplanerInnen sind überall dort tätig, wo soziale Probleme bearbeitet werden müssen: in Städten und Landkreisen, bei Regierungen, bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, in freien Instituten oder auch einzeln, freiberuflich im Auftrag arbeitend“ (Verein für Sozialplanung e.V. 2016).

6.2.15 Stadt Viersen

Fachbereich Soziales und Wohnen, Sozialplanung

Vertreten durch Herrn Manfred Wittmann

Orientierung am Sozialraum

In der Stadt Viersen wird seit 1999 eine regelmäßige Sozialberichterstattung betrieben. In diesem Zeitraum sind fünf Sozialberichte im engeren Sinne und zusätzlich thematisch fokussierte Schwerpunktberichte erschienen.

Für den Zweck der Berichterstattung, bzw. der Lokalisierung von lokalen Handlungserfordernissen, sind Sozialräume gebildet worden, deren Entwicklung seit 2001 beobachtet werden kann. Soweit die Daten dies erlauben, werden sie auf der Ebene der Sozialräume dargestellt und analysiert. Die Sozialräume orientieren sich dabei an räumlichen Nähen, die die Bürger zueinander haben oder zumindest haben können. In der Folge ist die Anzahl der Einwohner in den Sozialräumen unein-

heitlich; bei einem Mittelwert von 3.790 zum 31.12.2014 beträgt das Minimum 409 und das Maximum 7.620.

Unterhalb der Ebene der Sozialräume steht noch die Ebene der Statistischen Bezirke für Analysen zur Verfügung, die bedarfsabhängig für interne Zwecke hinzugezogen wird und für die Entwicklung kleinräumigerer Maßnahmen verwendet werden kann. Aufgabenbezogen werden dabei unterschiedliche Sozialraumzuschnitte für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen für erforderlich gehalten.

Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten

Im Grundsatz werden zunächst die verschiedenen Aufgabenstellungen analysiert und aus diesem Kontext dann zunächst Bedarfe erschlossen. Die Orientierung an der „Bedürfnisebene“ erfolgt anschließend umsetzungsbezogen, beispielsweise in Hinblick auf die Erreichung der Zielgruppe, bzw. wenn die Aktivierung und Beteiligung von Bürgern selber das Ziel ist.

Als Beispiele können hier genannt werden:

- eine Befragung zu den Wohnwünschen von Senioren, wobei die Ergebnisse mit der städtischen Wohnungswirtschaft kommuniziert worden sind
- Initiierung und Begleitung eines einwohnergetragenen DORV-Ladens in einem peripheren Stadtteil
- Begleitung von Bewohnerprozessen im Rahmen des Programms Soziale Stadt

Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Sozialplanung wird in der Stadt Viersen primär als Instrument zur strategischen Steuerung verstanden. Entsprechend werden von der Sozialplanung Vorschläge erarbeitet, die von den Führungsebenen diskutiert und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Sozialplanung fungiert damit als Grundlagenerstellung für Entscheidungsfindungsprozesse der Verwaltungsführung und der politischen Gremien.

Parallel fungiert sie als eine Art Kompass, was hier heißen soll, dass sie eine langfristige strategische Orientierung ermöglicht. Steuerungsmedien sind hierbei Information, Austausch und die Integration von Perspektiven.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

Die Sozialplanung in der Stadt Viersen entwickelt sich weiter von der Entwicklung von Maßnahmen für einzelne Probleme zu einer strategischen Gesamtplanung. Über die Planung von „einfachen Maßnahmen“ mit klar benennbaren Zielen hinaus werden dabei Prozesse und Strukturen identifiziert, die Einfluss auf die Lebens- und Teilhabechancen der Bevölkerung bzw. verschiedener Teilgruppen haben. Dabei werden Prozesse identifiziert und genutzt, bei denen unterschiedliche Akteure, zu nennen sind hier z.B. die Stadtentwicklung und die Sozialplanung, bei der Entwicklung von Steuerungsgrundlagen zusammenarbeiten.

Beteiligung und Partizipation

Entsprechend der primär strategischen Ausrichtung werden Planungen primär mit anderen Fachbereichen abgestimmt bzw. entwickelt.

Dabei werden auch, z.B. im Rahmen der Betonung der Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements, Voraussetzungen benannt, die Beteiligung und Partizipation befördern sollen. Beschlussfassungen, Konkretisierungen und Umsetzungen finden jedoch auf anderen strukturellen Ebenen statt. An der konkreten Ausgestaltung (und ggf. auch Nachsteuerung) ist die Sozialplanung in der Regel nicht beteiligt.

6.2.16 Stadt Wiesbaden

Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Grundsatz und Planung und Abteilung

Vertreten durch Frau Karin Knaup und Herrn Johannes Weber

Konzept und Vorgehen der Sozialplanung in Wiesbaden

In Wiesbaden ist das Aufgabenfeld der Sozialplanung in einer eigenen Abteilung „Grundsatz und Planung“ verortet. Es ist organisatorisch dem Amt für Soziale Arbeit zugeordnet und auch für die Geschäftsbereiche des Amtes für Grundsicherung und Flüchtlinge tätig.

Wesentliche Bereiche sind:

- die Kinder- und Jugendhilfeplanung einschließlich der Bildungsförderung (SGB VIII)
- die Alten- und Behindertenhilfeplanung (SGB XI und XII)
- die Planung im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes, der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter (AsylbLG und SGB XII)
- die Planung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Beschäftigungsförderung des Kommunalen Jobcenters
- die sozialräumliche Entwicklungsplanung

Steuerungsverständnis in der sozialen Planung

Zentrales Anliegen der Sozialplanung ist es, zur systematischen und zielorientierten Weiterentwicklung der Produkte und Leistungen sozialer Arbeit und sozialer Politik auf lokaler Ebene beizutragen - mit Blick auf deren Menge, insbesondere aber auch mit Blick auf deren Wirkung, Reichweite und Tragfähigkeit sowie Nachhaltigkeit. Hierzu bedient sie sich des Instruments der Bedarfs- und Bestandserhebung und -analyse und stellt u.a. im Rahmen der Sozialberichterstattung wesentliche Planungsdaten bereit.

Darüber hinaus unterstützt und begleitet sie den daran anschließenden breit angelegten öffentlichen und fachlichen Diskurs im Hinblick auf die Ausarbeitung der Bedarfsdeckungsziele und eines entsprechenden Handlungs- und Maßnahmenprogramms sowie die Möglichkeiten einer fortlaufenden Evaluation und Rückkoppelung. Grundvoraussetzung hierfür ist eine gute und enge Vernetzung mit möglichst allen relevanten Akteuren. Der für die operative Planung und Umsetzung einzelner Teilschritte zuständigen Fachabteilungen kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten

Der Ansatz der Sozialplanung in Wiesbaden orientiert sich am Konzept der Lebenslagen. Grundlegend ist das Verständnis personenbezogener sozialer Dienstleistungen (einschließlich der Existenzsicherungsleistungen) als Ko-Produktion.

Orientierung am Sozialraum

Der Sozialraum wird als eine zentrale Dimension der Lebenslage verstanden. Zu den Arbeitsfeldern in diesem Bereich zählen die sozialräumliche Berichterstattung (Sozialraumanalyse, Sozialatlas), die Begleitung und Weiterentwicklung der stadtteilbezogenen Arbeit, eine sozialraumorientierte Projektentwicklung und Projektsteuerung und eine enge Mitwirkung bei der Stadtentwicklungsplanung.

Beteiligung und Partizipation

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Aufbereitung und Aufarbeitung der durch die Sozialplanung zur Verfügung gestellten Planungsdaten im Rahmen eines breit angelegten Diskurses unter Einschluss möglichst vieler relevanter Akteure und der lokalen Öffentlichkeit gelegt. Die Einbeziehung erfolgt dabei - wie auch bei der Datenerhebung selbst - zumeist eher indirekt über Vertreter in Gremien und Interessenverbänden, Multiplikatoren oder Experten. Teils erfolgt aber auch eine direkte Einbindung u.a. über telefonische oder postalische Befragungen oder im Rahmen von Fokusgruppen, einer Zukunftswerkstatt oder Bürgerversammlungen und Fachtagen.

Innovationen in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung

Neue Impulse für die Sozialplanung ergeben sich aktuell in Wiesbaden insbesondere ausgehend vom Konzept des „Capability-Approach“ und dem Ansatz der „Produktionsnetzwerke“. Ein relativ neues Konstrukt in der Umsetzung stellt darüber hinaus der „Sozialindex“ zur bedarfsgerechten Ressourcenverteilung dar. Erfreulich ist aktuell die intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklungsplanung bei der Flächennutzungsplanung und der Entwicklung neuer Wohnbauflächen.